

Martina Stackelbeck (Hg.)

# Gefälligst zur Kenntnisnahme!



HARTZ IV

**– wie die neue Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik  
sich im östlichen Ruhrgebiet auswirkt**



Martina Stackelbeck (Hg.)

# **Gefälligst zur Kenntnisnahme!**

**Wie die neue Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik sich im östlichen Ruhrgebiet auswirkt**

**Impressum:**

Gefälligst zur Kenntnisnahme! –

Wie die neue Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik sich im östlichen Ruhrgebiet auswirkt

Martina Stackelbeck (Hg.)

Beiträge aus der Forschung, Band 146

ISSN: 0937-7379

1. Auflage Dortmund Oktober 2004

© Kooperationsstelle Wissenschaft-Arbeitswelt im Landesinstitut Sozialforschungsstelle Dortmund

Iris Kastel-Driller

Evinger Platz 17

D-44339 Dortmund

Tel.: +49 (0) 231-8596-140

Fax: +49 (0) 231-8596-100

eMail: Kastel@sfs-dortmund.de

<http://www.sfs-dortmund.de>

<http://www.werkstadt-dortmund.de>

Umschlag und Gestaltung: Michael Banos

Druck: druckwerk gmbh kollektiv dortmund

Schutzgebühr: 2,50 Euro

## Gliederung

<b>Ein Vorwort</b>	
Von Eberhard Weber, Vorsitzender DGB Östliches Ruhrgebiet	5
<b>Warum diese Veröffentlichung?</b>	
Ein Erklärung der Herausgeberin Martina Stackelbeck	6
<b>Lesehilfen: Abkürzungsverzeichnis und Kurzerläuterungen</b>	8
<b>"Typisch ist, dass der Druck höher wird ..."</b>	
Aus einem Gespräch mit Gisela Tripp und Bertrix Heßling vom Arbeitslosenzentrum Dortmund (ALZ), am 30.03.2004	10
<b>Werden Arbeitslose künftig zum Umzug in eine kleinere Wohnung gezwungen? – Mögliche Kürzungen bei Wohngeld und Wohnkosten</b>	
Von Helmut Lierhaus vom Mieterverein Dortmund e. V.	13
<b>"Löhne 30 % unter dem Tarif – das führt direkt in die Verelendung"</b>	
Aus einem Gespräch mit Sabine Alker, Gewerkschaftssekretärin der Gewerkschaft Nahrung, Genuss, Gaststätten (NGG), am 13.07.2004	14
<b>"Sie sagen: 'Wir haben noch Arbeit und wir sind bereit, dafür zu zahlen!' Und sie zahlen – mit ihrer Lebensqualität und mit ihrer Gesundheit"</b>	
Aus einem Gespräch mit Beatrice Apker, ehrenamtliche Beraterin, am 01.04.2004	17
<b>"Sie müssen davon ausgehen, dass 75 % aller Schuldner Krisenschuldner sind"</b>	
Aus einem Gespräch mit Ralf Jeuschede von der Schuldnerberatung des Diakonischen Werkes, am 30.03.2004	19
<b>"Die kommen in einen Teufelskreis"</b>	
Aus einem Gespräch mit Kirsten Cordes, Psychologin und Beraterin bei der Kommunikations- und Beratungsstelle für Prostituierte (Kober), am 29.03.2004	22
<b>"Die Gesundheitsreform ist für arme, alte Leute lebensgefährlich!"</b>	
Aus einem Gespräch mit Alessandra Alberti, 2. Vorsitzende des Vereins für internationale Freundschaften e. V. (VIF), am 27.04.2004	25
<b>"Wenn sie nichts mehr zu verlieren haben, dann brauchen sie sich keine Sorgen darum zu machen, dass sie etwas verlieren"</b>	
Aus einem Gespräch mit Ernst Lange, Geschäftsführer von Bodo e. V., am 31.03.2004	28
<b>"Also, ein Wohnungsloser und Quittungen sammeln ... da begegnen sich Welten, die nicht zusammenpassen"</b>	
Aus einem Gespräch mit Anne Rabenschlag, Geschäftsführerin des Diakonischen Werks, am 07.05.2004	32
<b>"In der öffentlichen Debatte steht einfach nicht, wie Voraussetzungen für die Realisierung der Zumutbarkeit geschaffen werden können"</b>	
Aus einem Gespräch mit Christine Gilbert, Projektleiterin und Sigrid Pettrup, Trainerin und Personaldisponentin im Projektes "JOBlokal" bei der Dortmunder Beschäftigungs-, Qualifizierungs- und Ausbildungsgesellschaft (dobeq GmbH), am 31.03.2004	35
<b>"Die Dienstleistung 'Integration von Arbeitslosen' ist bei 'Geringqualifizierten' die Quadratur des Kreises"</b>	
Aus einem Gespräch mit Gabriele Lenz und Manfred Trinkert vom Christlichen Jugenddorf (CJD) "Zeche Germania", am 17.03.2004	37
<b>"Allen Trägern schwimmen die Felle davon!"</b>	
Aus einem Gespräch mit Angelika Axmann von der Koordinierungsstelle der Interessengemeinschaft Sozialgewerblicher Beschäftigungsinitiativen e. V. (ISB) und Andreas Koch, Vorstand ISB sowie Geschäftsführer der Grünbau GmbH, am 16.03.2004	40
<b>"Die Situation der Weiterbildungsträger ist absurd!"</b>	
Aus einem Interview mit Ilse Knapp-Geiger, Geschäftsführerin des Vereins zur Förderung von Frauenerwerbstätigkeit im Revier e. V. (VFFR), am 12.03.2004	43
<b>"Für mich ist die Frage, ob die Bedeutung der Qualität im Bildungsbereich irgendwann erkannt wird"</b>	
Aus einem Gespräch mit Angelica Erbslöh, Geschäftsführerin des Entwicklungszentrums für berufliche Qualifizierung und Integration GmbH (EWZ), am 17.03.2004	45
<b>"Im Wesentlichen läuft der Kampf im Moment über den Preis"</b>	
Aus einem Gespräch mit Herbert Dörmann, Geschäftsführer der Werkstatt im Kreis Unna, am 25.03.2004	48
<b>"In Dortmund wird es in einigen Jahren Slums geben"</b>	
Aus einem Gespräch mit Andreas Gora, Geschäftsführer der Arbeiterwohlfahrt Dortmund, am 24.03.2004	52
<b>"Die Auswirkungen von Hartz werden bis tief in die bürgerlichen Schichten gehen"</b>	
Aus einem Gespräch mit Heiko Holtgrave, Mitglied im Vorstand Akoplan e. V., am 09.03.2004	54



# Ein Vorwort

## Von Eberhard Weber, Vorsitzender DGB Östliches Ruhrgebiet

"Die Modernen Dienstleistungen am Arbeitsmarkt", besser bekannt unter "Hartz-Gesetze", verstanden auch als Teil der Agenda 2010, werden in diesen Monaten heftig und kontrovers diskutiert. Sie sind Gegenstand von Debatten in der Bevölkerung, in Gewerkschaften, Wohlfahrtsverbänden oder auch den Kirchen. Die SPD und Bündnis90/Die Grünen waren im Wesentlichen mit der CDU/CSU und der FDP im Dezember 2003 einig darin, dass ein Paradigmenwechsel in der Arbeitsmarkt-, Sozial- und Gesundheitspolitik durchzusetzen sei, der u. a. mit massiven Einschnitten für breiteste Teile der Bevölkerung einhergehen müsse, um – so hieß es – die Grundlagen des Sozialstaates in der Zukunft zu sichern.

Anzumerken bleibt in diesem Zusammenhang, dass z. B. eine deutliche Kurskorrektur in der Geschäftspolitik der Bundesagentur für Arbeit (BA) schon in den letzten Jahren erkennbar war, neue arbeitsmarktpolitische Instrumente zum Einsatz kamen, die per Saldo allerdings die erhofften und prognostizierten Erfolge bis dato nicht nachweisen konnten. Der Hinweis darf nicht fehlen, dass der Haushalt für aktive Arbeitsmarktpolitik z. B. beim Arbeitsamt Dortmund trotz anhaltend hoher und sich verfestigender Massenarbeitslosigkeit deutlich zurückgefahren wurde.

In der vorliegenden Veröffentlichung kommen nun die zu Wort, die sich als Geschäftsführer/innen oder als Berater/innen, also als Fachfrauen und -männer in Verbänden, Beratungsinstitutionen oder in Qualifizierungs- und Beschäftigungsgesellschaften mit den unmittelbaren Auswirkungen dieser gesetzlichen Änderungen – Politiker sprechen in diesem Zusammenhang gern von Reformen – auseinandersetzen müssen. Um Missverständnisse zu vermeiden: Es handelt sich nicht um eine repräsentative wissenschaftliche Untersuchung. Veröffentlicht sind allerdings reale Situationsbeschreibungen, Einschätzungen, Erwartungen, Forderun-

gen, gerichtet an die Politik auf kommunaler Ebene, aber auch an die Landes- und Bundespolitik.

Politiker/innen gleich welcher politischer Einfärbung ist diese Veröffentlichung sehr zu empfehlen. Sie vermittelt unmittelbar individuelle Probleme, die inzwischen massenhaft auftreten, weist auch auf massive strukturelle Defizite hin wie z. B. den neuen Zentralismus der Bundesagentur für Arbeit. Bemerkenswert ist diese Veröffentlichung auch deshalb, weil sich unabhängig von ihrem jeweiligen politischen Standort die Interviewpartner/innen gleichermaßen überaus distanziert und kritisch, natürlich differenziert mit einzelnen Aspekten der sogenannten Reformgesetzgebung auseinandersetzen. Die Professionalität der beruflichen Aufgabe und Tätigkeit steht im Vordergrund. Für sensible Politiker/innen ein Hinweis darauf, sich weniger mit hoher Rhetorik öffentlich auf eine kontrovers geführte Debatte einzulassen, sondern den Dialog am Ort des Geschehens zu suchen, um individuelle und strukturelle Probleme aufzunehmen, sie in eine andere, sozialverträgliche Politik einfließen zu lassen.

Die Konsequenzen anhaltender Arbeitslosigkeit, damit verbundener Armut, Ausgrenzung, Entsolidarisierung, Qualifikationsverlust werden zuallererst lokal sichtbar und spürbar. Im Kindergarten, in der Schule, im Stadtteil, aber auch in den Arbeitsbeziehungen in den Betrieben und Verwaltungen oder im Finanzhaushalt einer Stadt.

Wenngleich Kommunalpolitik nur einen begrenzten Einfluss auf die dargestellten Politikfelder hat, wird sie dennoch daran gemessen, welchen Einfluss sie auf Bundes- und Landespolitik nimmt und wie sie vorhandene kommunale Gestaltungsspielräume nutzt.

Eberhard Weber, September 2004



# Warum diese Veröffentlichung?

Von Martina Stackelbeck



Die Idee für diese Veröffentlichung entstand im Frühjahr dieses Jahres. Hintergrund war, dass bis dato kaum jemand zur Kenntnis nahm, welche schwer wiegenden Veränderungen durch die neuen Arbeitsmarkt- und Sozialgesetze zu erwarten waren bzw. sind. Die Konsequenzen für die soziale Absicherung einzelner Betroffener waren weitestgehend unbekannt. Zwar ist die Anzahl der Menschen, die die Folgen absehen, mittlerweile gestiegen. Trotzdem sind wir der Meinung, dass es immer noch an Aufklärung mangelt. Auch die Risiken für arbeitsmarkt- und sozialpolitische Einrichtungen in Dortmund und Umgebung werden bislang selten in der Öffentlichkeit thematisiert. Die Konsequenzen treffen auch die Stadt und alle ihre Bürger/innen.

Mit dieser Textsammlung wollen wir informieren über Agenda 2010, insbesondere die "Hartz-Gesetze", und die Folgen für einzelne Betroffene und ihre Familien sowie für arbeitsmarkt- und sozialpolitische Einrichtungen. Grundlage für die Texte sind Interviews mit Vertreter/innen arbeitsmarkt- und sozialpolitischer Einrichtungen aus Dortmund und dem Kreis Unna, die zwischen März und Juli 2004 geführt wurden. Die Interviews spiegeln den damaligen Status quo wider. Jedes Interview hatte seine eigenen Themenschwerpunkte, die im wesentlichen durch die Arbeit der Befragten bestimmt wurden. Die Gespräche wurden – bis auf zwei – mit einem Audiogerät aufgezeichnet und verschriftet. Danach wurden Passagen und Zitate ausgewählt, die in besonderer Weise verdeutlichen, wo problematische Folgen der veränderten Arbeitsmarkt- und Sozialgesetzgebung liegen. Die Gesamtauswahl berücksichtigt zudem, dass ein möglichst breites Themenspektrum abgebildet wird.

Den Beiträgen der Interviewpartner/innen vorab steht eine kleine "Lesehilfe". Sie erläutert die im weiteren benutzten Abkürzungen und erklärt kurz die wesentlichen "Fachbegriffe", die in den Texten verwendet werden.

Im Mittelpunkt der ersten Interviewauszüge stehen die Ängste und Unsicherheiten Arbeitsloser. Sie sind oft schlecht informiert oder fühlen sich schlecht informiert – insbesondere, wenn es um das Thema der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe oder der Zumutbarkeit von Jobs geht. Manchmal entstehen Verständnislücken aber auch deshalb, weil die Betroffenen kaum glauben können, dass das, was sie erfahren haben, wirklich richtig ist. Ein Beispiel hierfür ist die Zumutbarkeit einer Fahrtzeit von 1½ Stunden pro Weg für eine Teilzeitstelle – möglicherweise im Niedriglohnssektor.

Einfühlsam beschrieben wird auch die Furcht der Menschen vor Leistungskürzungen. Sie sind verunsichert darüber, wie stark Vermögen, Partner/innen-Einkommen, Unterhaltsgeld, Wohnungsgröße usw. die Höhe ihrer Leistungsansprüche beeinflussen. Zudem befürchten sie Sperrzeiten. Letzteres führt zum Beispiel dazu, dass Arbeitslose zu Unternehmen gehen, obwohl sie wissen, dass dort keine Stellen frei sind, und um einen Nachweis dafür bitten, dass sie sich vorgestellt haben. Sie müssen ihre Eigeninitiative dokumentieren.

Die Angst vor Leistungskürzungen wird vor dem Hintergrund nachvollziehbar, dass 75 % aller Überschuldeten Krisenschuldner/innen sind, also zumeist durch unerwartete Arbeitslosigkeit in finanzielle Notlagen geraten. Was früher ein Randgruppenproblem war, trifft heute auch zahlreiche Personen aus der Mittelschicht. Die Wege aus der finanziellen Misere sind individuell: Für manche ist z. B. ein privates Insolvenzverfahren das Mittel der Wahl. Einige glauben, der Notsituation durch Prostitution zu entkommen. Die Einsteigerinnen beim Straßenstrich werden immer zahlreicher und immer älter.

Um solch prekären Situationen vorzubeugen, ist das Beste, erst gar nicht arbeitslos zu werden. Das denken viele – und werden dadurch erpressbar. Einige Interviewpartner/innen berichten von Menschen, die in



Arbeitssituationen verharren, in denen sie ihre Lebensqualität und ihre Gesundheit ruinieren. Extreme Arbeitsverdichtung, Mehrarbeit, schlechte Bezahlung und permanente Angst vor Verlust des Arbeitsplatzes kennzeichnen die Situation vieler Erwerbstätiger. Hinzu kommt die Spaltung der Belegschaften durch die Billiglohnkonkurrenz: Arbeitslose müssen Stellen annehmen, die mit 30 % unter Tarif entlohnt werden. Das löst zusätzlichen Druck aus. Hoffnung macht, dass hier anscheinend Grenzen der Leidensfähigkeit erreicht sind. So wird zum Beispiel der Ruf nach Mindestlöhnen immer lauter.

Aber auch die "Montagsdemonstrationen" zeigen, dass "das Volk" nicht länger bereit ist, einen Rückbau des Sozialstaats zu Lasten der Schwächsten hinzunehmen. Kritisiert wird zum Beispiel die Gesundheitsreform. Unsere Interviewpartner/innen berichten, dass alte Menschen sich den Arzt nicht leisten können und an Medikamenten sparen, was für sie lebensgefährlich sein kann. Wer kein Geld für Gesundheit hat, wird zukünftig noch deutlicher erkennbar werden. Bereits heute gibt die Qualität der Zahnprothetik Auskunft über die finanzielle Leistungsfähigkeit einer Person. Und: Es gibt insbesondere im Dienstleistungsbereich Menschen, die nicht vermittelt werden können, weil ihre Zähne nicht saniert sind.

Die "Nicht-Vermittelbarkeit" einiger Menschen bewegt viele unserer Gesprächspartner/innen. Als nicht vermittelbar gilt man aus unterschiedlichen Gründen. Zum Beispiel, wenn man nach 40 Jahren Beschäftigung arbeitslos wird und auf Grund des Alters als arbeitsmarktfremd eingestuft wird. Nicht vermittelbar sind aber auch Menschen mit geringen Qualifikationen, die keinen Bildungsgutschein erhalten. Manche Langzeitarbeitslose brauchen erst einmal eine Beschäftigung, bevor sie vermittelbar sind. Das gilt auch für Jugendliche, die zunächst einen Einstieg in den Arbeitsalltag finden müssen, bevor sie einer geregelten Arbeit nachgehen können. Für alle diese Menschen bietet die neue Arbeitsgesetzgebung nach Überzeugung der Interviewpartner/innen wenig oder nichts. Sie fallen aus dem Reintegrationssystem auf Grund mangelnder Angebote direkt oder weil die angebotenen Maßnahmen unzureichend (z. B. zu

kurz) sind, indirekt heraus – sind quasi zum Bezug von Sozialhilfe bzw. zukünftig Arbeitslosengeld II verdammt. Denn – und darin sind sich alle Interviewpartner/innen einig – es gibt nicht genügend Arbeitsplätze! So haben diese Menschen keine Chance.

Eine Perspektive böte ihnen zum Beispiel eine fortgesetzte Förderung des zweiten Arbeitsmarktes. Sie ist auch eine wichtige Voraussetzung für den Weiterbestand einer vielfältigen, leistungsfähigen Trägerzene. Denn die neue Arbeitsmarkt- und Sozialgesetzgebung bedroht auch ihre Existenz. Die Fördermittel der Landesregierung und der Kommune gehen zum Teil drastisch zurück. Kirchliche Einrichtungen sind zudem durch rückläufige Kirchensteuereinnahmen auf Grund von Austritten und arbeitslosigkeitsbedingten Mindereinnahmen bedroht. Bestandteile der Texte sind Ausführungen dazu, wie die Organisationen sich den neuen Anforderungen stellen, welche Strategien sie entwickeln und wie sie ihre Zukunftsfähigkeit einschätzen. Ausschreibungspraxis, Bildungsgutscheine, Verkürzung von Maßnahmen usw. sind dabei nur einige Stichworte, die den Arbeitsalltag der Träger belasten. Die Bundesagentur für Arbeit scheint eine Förderzusage für Qualifizierungs- und Beschäftigungsmaßnahmen gegenwärtig ausschließlich nach Kostengesichtspunkten zu vergeben. Resultat ist eine Preiskonkurrenz der Träger, die nach Einschätzung der Befragten zu Lasten der Qualität der Maßnahmen geht. Eine längerfristige Planung ist den Einrichtungen kaum möglich, was zu Entlassungen des Personals führt. Regionale Kompetenzen zur Wiedereingliederung von Arbeitslosen und Sozialhilfeempfänger/innen gehen somit verloren. Auch deshalb appellieren die Befragten einhellig dafür, dass sich die Kommune weiterhin sozial- und arbeitsmarktpolitisch engagiert.

Unser Dank gilt allen Interviewpartner/innen, die sich – oftmals trotz großen Arbeitsdrucks – Zeit für das Interview und die Textkorrekturen genommen haben. Ihr Engagement ist intrinsisch und/oder professionell, aber die Empörung über Agenda 2010 und Hartz-Gesetze kam und kommt von Herzen. Ihre Offenheit hat diese Veröffentlichung erst möglich gemacht.

Martina Stackelbeck, im Herbst 2004

# Lesehilfen: Abkürzungsverzeichnis und Kurzerläuterungen

Der folgende Text enthält Erklärungen der Abkürzungen und kurze Erläuterungen zu den arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Begriffen, die von den Interviewpartner/innen verwendet werden.

<b>AGENDA 2010</b>	Mit AGENDA 2010 bezeichnet insbesondere Bundeskanzler Gerhard Schröder die Änderungen der SPD/GRÜNEN-Regierung in der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik sowie im Sozialversicherungssystem.
<b>Arbeitslosengeld II - ALG II</b>	Arbeitslosengeld II oder ALG II erhalten ab dem 01.01.2005 alle anspruchsberechtigten Sozialhilfeempfänger/innen und alle anspruchsberechtigten Arbeitslosen, spätestens wenn sie länger als ein Jahr arbeitslos sind. Ob jemand anspruchsberechtigt ist, hängt zum Beispiel von seinem Besitz und von der Hausgemeinschaft, in der er lebt, ab. Die Agentur für Arbeit ermittelt in einem 16-seitigen Fragebogen, wer zukünftig Geld erhält. Die alte Sozialhilfe und Arbeitslosenhilfe entfallen.
<b>Bildungsgutscheine</b>	Wer arbeitslos gemeldet ist, kann für die Teilnahme an einer Qualifizierungsmaßnahme von der Agentur für Arbeit einen Bildungsgutschein erhalten. Damit kann sie/er eine passende Maßnahme bei einem Träger ihrer/seiner Wahl besuchen. Wer einen Bildungsgutschein erhält, entscheidet die Konferenz der Arbeitsvermittler/innen. Voraussetzung ist eine große Nähe zum Arbeitsmarkt, die in einem "Profiling" (s. u.) festgestellt wird.
<b>Gesundheitsreform</b>	Unter Gesundheitsreform werden die jüngeren gesetzlichen Veränderungen insbesondere zu den Leistungen der gesetzlichen Krankenkassen verstanden. Eine zentrale Neuregelung ist die Einführung der Praxisgebühr in Höhe von 10,- € pro Quartal, wenn ein Arzt aufgesucht wird.
<b>Hartz</b>	Mit dem Begriff "Hartz" sind die arbeitsmarktpolitischen Gesetzesänderungen gemeint, die von einer Kommission der Bundesregierung unter Leitung von Peter Hartz erarbeitet wurden. <ul style="list-style-type: none"><li>- Hartz I beinhaltet zum Beispiel die Beschreibung der Personalservice-Agenturen und ihrer Aufgaben.</li><li>- In Hartz II sind u. a. Mini-Jobs, Ich-AG und die Zumutbarkeit von Jobs neu geregelt.</li><li>- Hartz III befasst sich vor allem mit der Umstrukturierung der Bundesagentur für Arbeit und mit Job-Centern.</li><li>- Hinter dem Begriff "Hartz IV" verbirgt sich zum Beispiel die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe, das sogenannte Arbeitslosengeld II (ALG II) sowie Verschärfungen der "Zumutbarkeitsregeln".</li></ul>
<b>Ich-AG</b>	Als "Ich-AG" werden Ein-Personen-Unternehmen bezeichnet, die mit einer finanziellen Unterstützung der Bundesagentur für Arbeit aus einer Arbeitslosigkeit heraus gegründet wurden. Die Fördersätze für eine Ich-AG betragen im ersten Jahr 600,- Euro monatlich (vgl. Überbrückungsgeld).
<b>ISB</b>	Interessengemeinschaft sozialgewerblicher Beschäftigungsinitiativen e. V. Zur ISB gehören: <ul style="list-style-type: none"><li>- EWEDO: Entwicklungs-Werkstadt Dortmund GmbH</li><li>- GrünBau GmbH Dortmund</li><li>- Diakonie – Arbeitsprojekte: Diakonisches Werk</li><li>- dobeq: Dortmunder Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaft mbH</li><li>- in via: katholische Mädchen-Sozialarbeit Dortmund e. V.</li><li>- VFFR: Verein zur Förderung der Frauenerwerbstätigkeit im Revier e. V.</li><li>- AKOPLAN: Institut für soziale und ökologische Planung e. V.</li><li>- Werkhof Projekt gGmbH Dortmund</li><li>- EWZ – Entwicklungszentrum für berufliche Qualifizierung und Integration GmbH: Entwicklungszentrum Dortmund GmbH</li></ul>

# Lesehilfen: Abkürzungsverzeichnis und Kurzerläuterungen

Weitere Mitglieder der ISB:

- pdL – Projekt Deutsch Lernen: Verein zur Förderung der interkulturellen Zusammenarbeit e. V.
- Stadtteil-Schule Dortmund e. V.
- CJD Dortmund – Umweltwerkstadt
- Förderung "Sinnvolle Arbeit" e. V.
- ALZ: Arbeitslosenzentrum Dortmund e. V.

<b>Mini-Job</b>	Zu den Mini-Jobs zählt eine Erwerbstätigkeit, mit der nicht mehr als 400,- Euro monatlich verdient wird.
<b>Personalserviceagenturen (PSA)</b>	Personalserviceagenturen sind Unternehmen, die Arbeitslose beschäftigen, um sie an andere Unternehmen zu verleihen, allerdings mit dem Ziel, sie zu vermitteln.
<b>Profiling</b>	Mit "Profiling" ist eine Erhebung individueller Kompetenzen gemeint, die die Integrationschance, die Vermittlung in Arbeit erhöhen. Hierzu gehören formale Qualifikationen, berufliche Fähigkeiten, Schlüsselqualifikationen, soziale Kompetenzen, Sprachkenntnisse, Deutschkenntnisse etc. Arbeitslose werden durch das Profiling in fünf Gruppen klassifiziert, wobei "Profiling fünf" die Gruppe mit der größten Entfernung vom Arbeitsmarkt markiert.
<b>Überbrückungsgeld</b>	Überbrückungsgeld können Arbeitslose erhalten, die sich selbstständig machen wollen. Es wird für sechs Monate gezahlt. Die Höhe des Überbrückungsgeldes ist abhängig vom zuvor erzielten Einkommen. (vgl. "Ich-AG")
<b>VOL-A</b>	Die Vol-A ist eine Vergabeordnung, die regelt, nach welchen Grundsätzen und Bestimmungen Aufträge durchgeführt werden.

# "Typisch ist, dass der Druck höher wird ..."

Aus einem Gespräch mit Gisela Tripp und Bertrix Heßling vom  
Arbeitslosenzentrum Dortmund (ALZ) am 30.03.2004



Der Verein Arbeitslosenzentrum e. V. (ALZ) wurde 1983 von politisch und sozial engagierten Menschen zur Beratung, Begleitung und Weiterbildung von Arbeitslosen und von Arbeitslosigkeit bedrohten Menschen gegründet. Dem Verein gehören Kirchen, Gewerkschaften, Parteien, Sozial- und Wohlfahrtsverbände, Initiativen und Einzelpersonen an. Bertrix Heßling arbeitet als Beraterin im ALZ. Gisela Tripp leitet das ALZ und arbeitet auch als Beraterin.

## Was Agenda 2010 bedeutet, weiß noch kaum einer

Für Gisela Tripp sind Reformen nichts wirklich Neues: "Da ich das nun ja schon 20 Jahre mache, ist das nicht die erste Reform, die ich erlebe. Grundsätzlich muss man sagen, dass Reformen immer zu großen Verunsicherungen führen bei den Betroffenen – in diesem Fall den Arbeitslosen und denen, die wissen, dass sie arbeitslos werden. (...) Insbesondere, weil es relativ wenige Verbesserungen im Gesetz gab. Es war eigentlich durchgängig so - bis auf einzelne wie zum Beispiel die Verlängerung des Arbeitslosengeldes für Ältere vor einigen Jahren -, dass es immer Leistungskürzungen gegeben hat und Verschlechterungen.

Agenda 2010 hat allerdings eine andere Qualität. (...) Es ist das größte Reformwerk nach dem zweiten Weltkrieg. Das ist vielen natürlich noch nicht klar, weil sie nur einzelne Informationen erreichen, die sie durch Presse oder Fernsehen mitbekommen. (...) Die Leute fragen uns gezielt und dann sagen sie, 'wer weiß das denn? Wer informiert darüber, dass wir auch verstehen, worum es geht(?)'. Das erleben wir mittlerweile täglich."

## Nicht die Zumutbarkeit, sondern der Mangel an Arbeitsplätzen ist das Problem!

Gisela Tripp: "Ein Beispiel dafür ist das Arbeitslosengeld II, wobei es darum geht, wie hoch die Leistungen sind. Das ist die eine Seite, die existenzielle. Die zweite ist

natürlich mit Hartz II verbunden: Was heißt zumutbare Arbeit, was heißt Verpflichtung zur Arbeit? Die wenigsten Menschen wissen das, auch für Akademiker ist das ein Buch mit sieben Siegeln. (...)

Zur Zumutbarkeit von Jobs ist die Haltung durchgängig, dass den Arbeitslosen klar ist, dass sie nicht mehr in die Tätigkeit kommen, die sie vorher hatten. Und, dass sie den Lohn, den sie vorher erzielten, nicht mehr bekommen werden. Das ist eigentlich durchgängig in allen Berufsgruppen so. Auch wenn ein Facharbeiter oder ein Angestellter noch einmal eine Umschulung macht, (...) ist ihm klar, dass er wesentlich weniger verdienen wird. Aber er kommt noch nicht mal in Arbeit. (...) 36 % der Arbeitslosen sind 50 Jahre und älter. Achteinhalbttausend 58-Jährige sind in Dortmund gar nicht mehr in der Statistik."

Auch bei den Leiharbeitsfirmen ist die Situation laut Bertrix Heßling nicht anders: "Die meisten Arbeitslosen würden jederzeit bei einer Leiharbeitsfirma arbeiten – wenn sie nur Arbeit bekämen. Die Zeitarbeitsfirmen stellen ja auch nur ein, wenn sie jemanden brauchen. Ist diese Tätigkeit bei dem Arbeitgeber ausgelaufen, kommt die Kündigung. Also, das geht dann ex und hopp." Gisela Tripp ergänzt: "Unsere Erfahrung ist, dass Leiharbeitsfirmen so verfahren und nicht nur mit dem ungelerten Ausländer, der schnell rausgeschmissen wird, wenn er z. B. arbeitsunfähig ist oder sich verspätet. Ein besonderes Problem stellt der Einsatz von Facharbeitern unterhalb ihrer Qualifikation dar. Sie sind bereit, auch diese Tätigkeiten anzunehmen, befürchten aber eine Entwertung ihrer Qualifikation und auf Dauer einen finanziellen und sozialen Absturz."

## Ich-AG oder Überbrückungsgeld

Die politische Bewertung einiger Teile der Arbeitsmarktreformen kann nach Auffassung von Gisela Tripp erst erfolgen, wenn sich die dauerhafte Wirkung zeigt: "Herzstücke von Hartz waren ja Ich-AG und Per-

sonalserviceagentur. Damit wollte man die Arbeitslosenzahl bis 2005 halbieren. Grundsätzlich stellt sich die Frage, warum man dafür Aufgaben aus der Agentur auslagern muss. Privatisierung und Demontage des Arbeitsamtes kostet immens viel Geld, unsere Versicherungsgelder. Und die andere Frage ist – und da wird es interessant auf Dauer – Hartz hatte selber empfohlen, dass Kleinbetriebe 50 % der Beschäftigten zusätzlich einstellen könnten, indem sie Mitarbeiter entlassen und als Ich-AG wieder einstellen. Das heißt, gleiche Arbeit - weniger Lohn. Und bei den PSA<sup>1</sup> ist es ähnlich, nur auf andere Betriebe bezogen. Die PSA sind eher für Großbetriebe und die Ich-AG für Klein- und Mittelbetriebe. (...) Da wird es deutlich, wie der Arbeitsmarkt verändert werden soll."

Auch zur Ich-AG bzw. zum Überbrückungsgeld wird der Rat im ALZ gesucht. Bertrix Heßling: "Wenn jemand kommt, stelle ich immer beide Alternativen vor: Ich-AG und Überbrückungsgeld. Wobei man ja auch darauf achten muss, ob die Geschäftsidee überhaupt tragfähig ist. Bei der Ich-AG benötigt man gar keinen Nachweis dazu. Überbrückungsgeld gibt es ein halbes Jahr angelehnt am vorherigen Verdienst. Man bekommt quasi Arbeitslosengeld oder -hilfe zuzüglich dem, was die Bundesagentur für Arbeit an Rentenbeiträgen und Krankenversicherungsbeiträgen, also an Sozialversicherung bezahlt. Das bekommt man also zusätzlich ausgezahlt. - Bei der Ich-AG ist der Betrag im ersten Jahr 600,- € monatlich. Aber eben ein ganzes Jahr lang."

### Berücksichtigung von Vermögen

Auch zur Höhe der Arbeitslosenhilfe bei Berücksichtigung von Vermögen und Partnereinkommen gibt es viele Fragen. In die Berechnung einbezogen wird die gesamte Barschaft, Lebensversicherungen, vielfach das Auto. Auch unbebaute Grundstücke, die vielleicht später zum Beispiel für ein Bauvorhaben genutzt werden sollten, werden angerechnet. Nicht berücksichtigt bleibt noch selbst genutztes Wohneigentum bis zu einer angemessenen Größe. Unberücksichtigt bleiben auch pro Lebensjahr 200,- € als Freibetrag. Bertrix Heßling: "Das trifft insbesondere Ältere. Wenn man mit 50 Jahren nur noch 10.000,- € besitzen darf, ist das verdammt wenig."

<sup>1</sup> (vgl. "Lesehilfen")

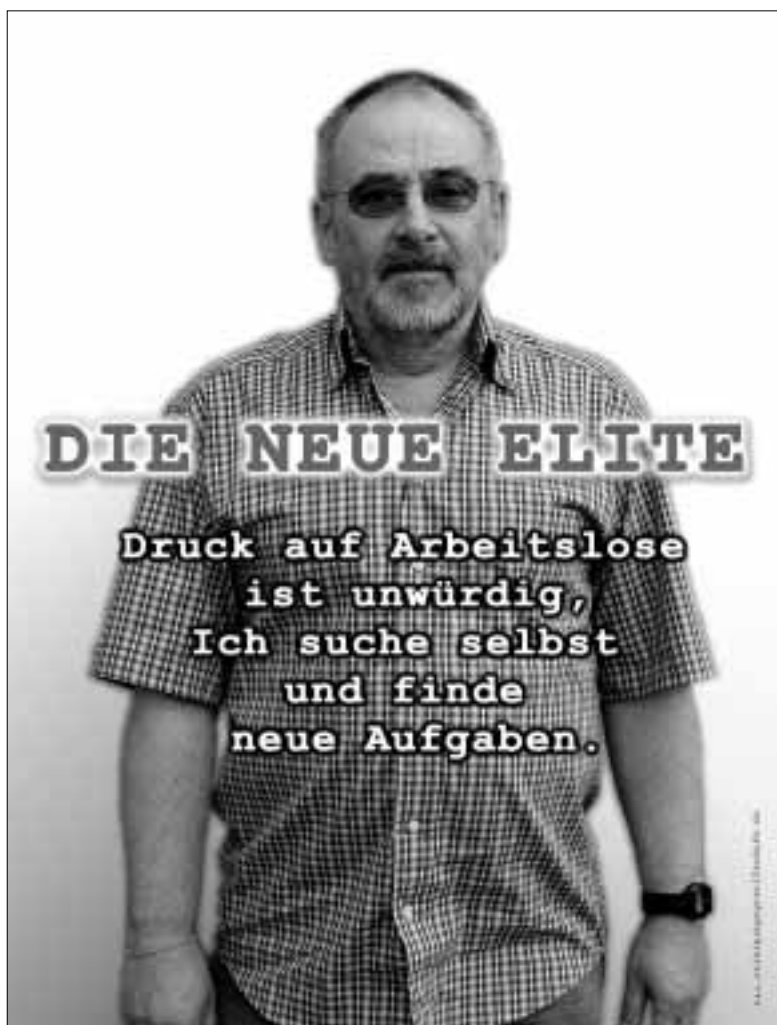
10.000,- € kann man dann auch nicht mehr als Altersversorgung sehen. Wo alle davon reden, dass man selber vorsorgen soll. Wenn ich die Rücklagen dann im Endeffekt auflösen muss. Das betrifft viele, die nur wenig verdient haben, so dass sie sich quasi kein Eigentum schaffen konnten, also keine Eigentumswohnung oder kein Haus kaufen konnten, aber schön brav in die Lebensversicherung immer eingezahlt haben. (...) Die eine kleine Rente zu erwarten haben, also 600,- oder 700,- Euro und denen die Lebensversicherung weggenommen wird."

Gisela Tripp ergänzt: "Viele müssen ihre Lebensversicherungen angreifen oder gänzlich auflösen. Die Erträge aus den Ver-

Die zur Gestaltung der Texte verwendeten Postkarten entstanden 2003 in einem Seminar des ver.di Erwerbslosenausschusses in Zusammenarbeit mit der Künstlergruppe "Reinigungsgesellschaft" aus Dresden.

Der Kartensatz "Die neue Elite" ist im Original vierfarbig und kostenlos zu erhalten unter:

ver.di  
Bundesverwaltung  
Ressort 11  
10112 Berlin



sicherungen sind für viele die einzige Chance, ihren Lebensunterhalt sicher stellen zu können. Also, die Einkommenssituation ist bei einigen zunehmend dramatisch. Die, die Jahre lang gespart haben, und mehr haben, die fallen ganz häufig ganz heraus aus dem Bezug von Arbeitslosenhilfe."



### ... und Partneereinkommen

Durch die gesetzlichen Änderungen, die Ende 2003 beschlossen wurden, erhalten Arbeitslosenhilfeempfänger mit einem erwerbstätigen Partner weniger Leistungen. (Gekürzt wurden das anrechnungsfreie Existenzminimum und der Zuschlag für Erwerbstätigkeit fiel gänzlich weg.) Das entspricht einer Kürzung von 270,- Euro, was einige schlagartig traf, wie Gisela Tripp berichtet: *"Das wussten viele Arbeitslose nicht. 2004 gab es auf einmal viel weniger als im Jahre 2003. Die Menschen saßen fassungslos vor uns und sagten: 'Es hat sich doch an unserem Einkommen nichts geändert. Wieso kriegen wir heute weniger?' Das sind kleine Regeln, kleine Änderungen, aber mit riesiger Wirkung."*

### Der Druck auf Arbeitslose steigt

Bertrix Heßling weiß, dass Arbeitslose Stress von mehreren Seiten ausgesetzt sind: *"Typisch ist, dass der Druck höher wird, weil das Geld immer knapper wird und man damit nicht auskommt und die Schulden weiter wachsen, immer größer werden. Die Menschen gehen in die Arbeitslosigkeit und haben schon Schulden. Die müssen noch nicht einmal groß sein. Aber wenn ich nur ganz wenig habe, dann kann ich auch keine 600,- € mehr abbezahlen. Druck wird auch in der Weise ausgeübt, dass ich mich überall bewerben soll und diese Bemühungen nachweisen muss, obwohl keine Arbeitsstellen vorhanden sind oder sich hunderte anderer bewerben. Wie es denen geht, dass interessiert keinen."* Gisela Tripp ergänzt: *"Typisch ist die Aussichtslosigkeit, eine Arbeit zu finden. Und das in allen Bereichen – zunehmend auch bei den Minijobs. Man findet ja noch nicht mal einen Nebenjob. Oder die Anforderungen daran sind genau so hoch gesteckt, wie bei einer normalen Arbeitsstelle mit schriftlicher Bewerbung etc. Und trotzdem sucht aber immer noch der überwiegende Teil der Arbeitslosen nach Stellen, hat also noch nicht aufgegeben. Ich frage mich immer, wo die Grenze ist und wo die Hoffnungslosigkeit beginnt?"*

### Keiner weiß mehr Bescheid

Die Vertreterinnen des ALZ berichten, dass die Menschen, die zu ihnen kommen, zunehmend beklagen, dass ihnen notwendige Hilfen verwehrt werden. Zum einen gibt es zu wenige Beratungseinrichtungen im sozialen Bereich. Die Beschäftigten der

Agentur für Arbeit haben zu wenig Zeit. Arbeitslose fühlen sich häufig nicht gründlich und nicht umfassend beraten. Dies gilt sowohl in Bezug auf das Leistungsrecht als auch zum Arbeitsmarkt. Aktive Unterstützung erfahren wenige. Großes Unverständnis herrscht bei Arbeitslosen darüber vor, warum man z. T. lange auf Beratungstermine warten muss, die oft wenige Ergebnisse haben. Zum anderen ändern sich die gesetzlichen Grundlagen zurzeit in so vielen Punkten so schnell, dass selbst die, die sich gut auskennen, den Überblick verlieren. Gisela Tripp: *"Immer mehr Arbeitslose suchen unsere Einrichtung auf, um sich über Regelungen, gesetzliche Änderungen, Fortbildungen, Hilfen bei der Arbeitssuche zu informieren. Ein weiterer Grund ist, um sich auf Gespräche mit dem Amt vorzubereiten oder Entscheidungen des Amtes überprüfen zu lassen. Bei all dem sehen wir die besonderen Belastungen der Mitarbeiter im Amt. In Dortmund haben wir 600 bis 800 Arbeitslose pro Mitarbeiterin bzw. Mitarbeiter. Für die Zeit der Einführung der gesetzlichen Änderungen in 2005 will das Ministerium für Arbeit von Herrn Schartau die Mittel der Beratungsstellen bzw. Arbeitslosenzentren noch einmal um zwei Millionen Euro aufstocken, weil man gesehen hat, dass man die Einrichtungen gerade bei der Umsetzung von Hartz braucht."*

### Kommunale Vergünstigungen

Gisela Tripp wünscht sich von der Kommune, dass sie die Folgen der Agenda 2010 sieht: *"Also, die Erwartung der Menschen, die zu uns kommen, ist die, dass man ihre Situation in der Stadt Dortmund zu Kenntnis nehmen soll. Die Umsetzungen der Hartz-Gesetze werden vielfältige Folgen für die Menschen und die Stadt haben. Viele befürchten einen rasanten Absturz in die Armut. Sie wünschen sich Arbeit und Lohn und solange sie arbeitslos sind, die Teilhabe am ganz normalen sozialen Leben. Die kommunalen Vergünstigungen müssten erweitert werden."*

ALZ  
Leopoldstr. 16-20  
44147 Dortmund  
fon: 0231/ 812 124  
eMail:  
info@  
alz-dortmund.de  
Internet:  
www.  
alz-dortmund.de

# Werden Arbeitslose künftig zum Umzug in eine kleinere Wohnung gezwungen? – Mögliche Kürzungen bei Wohngeld und Wohnkosten

Von Helmut Lierhaus vom Mieterverein Dortmund e. V.

Das Wohngeld, das zu gleichen Teilen von Bund und Ländern aufgebracht wird, ist in die Diskussion um einen Subventionsabbau geraten. Das Bundesfinanzministerium hat eine Kürzung um 90 Mio. € vorgeschlagen. Wohnungsbauminister Stolpe hat sich zwischenzeitlich davon distanziert. Die Kürzung ist Teil der früheren Koch-Steinbrück-Verabredung zu einer pauschalen bzw. prozentualen Subventionskürzung.

Um deutlich größere Beträge würde es aber bei den Hartz-IV-Reformen zum Arbeitsmarkt gehen. Die Bezieher/innen von Sozialhilfe, Grundsicherung oder Arbeitslosengeld II sollen ab Anfang 2005 nur noch die Unterkunftskosten erhalten. Damit würde die Praxis aus dem Sozialhilferecht auf einen deutlich größeren Personenkreis ausgeweitet werden. Der

Wohngeldetat von Bund und Ländern würde dadurch um rund 2,5 Mrd. € pro Jahr zu Lasten der Kommunen, die diese Unterkunftskosten übernehmen sollen, gekürzt werden. Die zusätzliche Kostenbelastung wird auf ca. 12 Mio. € je 100.000 Einwohner veranschlagt. Ungeklärt ist noch die Frage der Ausgleichszahlungen. In strukturschwachen Gebieten mit hoher Arbeitslosigkeit würde diese Regelung die finanzielle Notlage der Kommunen verschärfen. Diese könnten sich sehr bald gezwungen sehen, den Druck an die erwerbslosen Mieter weiterzugeben und die Obergrenzen für die Übernahme der Unterkunftskosten zu senken. Erwerbslose mit höheren Mieten würden dann verstärkt aufgefordert werden, sich eine billigere bzw. kleinere Wohnung zu suchen.



Mieterverein  
Dortmund e. V.  
Kampstr. 4  
44137 Dortmund  
fon 0231/  
557 656 36  
eMail:  
info@mieterverein-  
dortmund.de  
Internet: www.  
mieterverein-  
dortmund.de



# "Löhne 30 % unter dem Tarif – das führt direkt in die Verelendung"

Aus einem Gespräch mit Sabine Alker, Gewerkschaftssekretärin der Gewerkschaft Nahrung, Genuss, Gaststätten (NGG), am 13.07.2004



Der Zuständigkeitsbereich der NGG gliedert sich in das traditionelle Gastgewerbe – Hotels und Gaststätten, auch die Eckkneipe, die Systemgastronomie mit den bekannten Fast-Food-Ketten, die Ernährungsindustrie, Brauereien, Zigarettenindustrie usw. Sabine Alker hat ihre Wurzeln im Hotelfach: "Und ich habe da sehr schnell den harten Alltag kennen gelernt. Das bedeutet eben auch die ungünstigen Arbeitszeiten und die sehr geringen Entgeltchancen nach der Ausbildung."

## 10,- Euro Praxisgebühr ist für manche Gastronomiebeschäftigten ein Problem

"Zum einen muss man anführen, dass die Gastronomie ein klassischer Niedriglohnbereich ist. Der Ecklohn im Gastgewerbe, also in der klassischen Gastronomie, beträgt 1.364,- Euro brutto im Monat nach einer dreijährigen Ausbildung. Da fragt man sich schon, wie Menschen damit über die Runden kommen. In der Systemgastronomie sieht es auch bescheiden aus. Da gibt es einen Einstiegslohn von 6,61 Euro in der Stunde. Nun kann man sich vorstellen, dass das Beträge sind, die es sehr schwer machen, überhaupt davon zu leben. (...) Und wenn dann noch zusätzliche Belastungen, wie z. B. die Praxisgebühr dazu kommen, dann ist das für die Menschen eine ganz außerordentlich schwierige Situation. (...) Ich hatte hier eine Kollegin sitzen, die einen Suizidversuch unternommen hat in einem Unternehmen, weil sie dort gemobbt wurde. Ich habe ihr dringend geraten, sofort den Arzt aufzusuchen. Erst nach mehreren Gesprächsansätzen habe ich herausgefunden, dass sie die 10,- Euro nicht hat, um zum Arzt zu gehen. Und das sind wirklich so Situationen, die einem die Gänsehaut aufkommen lassen."

## Der schwarze Peter liegt bei den Kolleg/innen

"Die Beschäftigten in der Gastronomie sind der deutschen Sprache sehr häufig nur sehr

wenig mächtig, verfügen also auch über entsprechend wenig Informationen. Es passiert sehr häufig, dass Arbeitgeber ihrer Verpflichtung nicht nachkommen, bei einer Befristung oder einer Kündigung darauf hinzuweisen, dass die Beschäftigten sich unverzüglich beim Arbeitsamt zu melden haben. Die haben dann Abzüge beim Arbeitsamt bekommen, weil sie sich eben nicht unverzüglich gemeldet haben und die Arbeitgeber versäumt hatten, darauf hinzuweisen. Das müssten sie zwar tun, aber wenn sie es nicht tun, haben sie auch keine Sanktionen zu befürchten. Also, den Schwarzen Peter haben die Kolleginnen und Kollegen. Und dann kommt natürlich noch hinzu, dass den Menschen – auch denen, die wenig Deutsch sprechen – bekannt ist, was es für Veränderungen durch Hartz IV geben wird, und, dass ihnen der Absturz im freien Fall bevorsteht, bei einer Arbeitslosigkeit im zweiten Jahr. Und wenn man sich vorstellt, dass es dann ja möglich sein wird oder erzwungen werden kann, 30 % unter Tarif zu arbeiten, bei diesen Löhnen, das ist einfach undenkbar."

## Arbeitslosigkeit als neues Phänomen im Gastgewerbe erhöht die Erpressbarkeit

"Arbeitslosigkeit ist im Gastgewerbe ein relativ neues Phänomen. (...) Dadurch, dass Arbeitslosigkeit eine Bedrohung ist, macht man das in der Branche nicht mehr so, wie es jahrzehntelang üblich war, dass man bei einem Konflikt den Laden wechselte. Das war so: Streit mit dem Chef und dann weg. (...) Das ist jetzt vorbei - diese Fluktuation. Es herrscht Angst vor Verlust des Arbeitsplatzes. Ich hatte jetzt hier einen aus einer Kneipe (...), da haben sich 15 Beschäftigte zusammengetan und haben gesagt, 'ja, wir haben kein Weihnachtsgeld bekommen, da besteht ein Anspruch drauf'. Das Weihnachtsgeld ist nur ein halbes Gehalt, aber viele brauchen das dringend. Die warten da wirklich drauf, um dann die eine oder andere notwendige oder gewünschte Anschaf-



fung zu tätigen. So, dieser Chef hat einfach einen Brief geschrieben, 'der Sommer war nicht so gut, es gibt kein Weihnachtsgeld. Entschuldigung, der Sommer war zwar gut, aber es reicht trotzdem nicht'. Und da haben die Beschäftigten gesagt, 'nee, so geht's ja auch nicht'. Wir, also die NGG, haben dann Klage eingereicht. Der Chef hat die 15 so unter Druck gesetzt, dass sie die Klage wieder zurückgezogen haben. (...) Ja, Siemens macht Schule. Ich habe jetzt dauernd Anrufe von Leuten aus irgendwelchen Kleinbetrieben, wo der Chef sagt: '20 % weniger Einkommen oder 10 % mehr arbeiten.' Arbeitszeiten sind auch so eine Geschichte. Da wird Mehrarbeit geleistet, ohne Ende, sehr häufig, ohne Bezahlung. (...) Es schlägt halt auch sehr viel härter durch. Wenn ich von Siemens oder VW oder Mercedes ausgehe – da ist eine ganz andere Basis an Einkommen und sozialer Sicherung. Z. B. die Änderung des Kündigungsschutzgesetzes greift jetzt demnächst. Zehn Beschäftigte findet man kaum in einem gastronomischen Betrieb. Also, der Durchschnittsladen hat 3,1 Beschäftigte (...) Stichwort: Migranten – die werden häufig geknebelt, weil sie ja einen Arbeitsvertrag haben müssen, um beispielsweise eine Verlängerung ihrer Duldung oder Aufenthaltsgenehmigung zu bekommen. Dann sagt der Arbeitgeber, 'ja, wenn du nicht spurst, dann kriegst du den eben nicht von mir und Tschüss'. Ja und dann arbeiten die (...) für dieses kleine Geld. Die müssen dann zum Teil bis 2.00 Uhr nachts arbeiten oder bis 4.00 Uhr morgens und haben natürlich kein Auto und müssen gucken, wie sie nach Hause kommen. Und damit werden sie dann auch geknebelt. Wenn einer das weiß, dass sie das schlecht können, kriegen sie eben extra diese Schicht, wenn sie nicht brav waren."

### Auswirkungen geringer Bezahlung

"Es gibt inzwischen ja auch legalisiert den Trend zum Zweit- und Dritt-Job, ganz einfach, weil sie mit dem Einkommen aus dem Ersten nicht mehr klar kommen. Das erinnert schon sehr an amerikanische Verhältnisse. (...) Die Lebenssituation der Menschen ist eben auch entsprechend, dass sie sich schlecht ernähren, dass sie sehr bescheiden wohnen, und ..., und ..., und dass sie nicht mobil sind und dadurch eben Schwierigkeiten haben, den Arbeitsplatz zu erreichen. (...) Der Druck wird steigen und man wird

den Leuten – wie heute auch schon – am Mund ansehen, ob sie einen Arbeitsplatz haben oder nicht – Stichwort Prothetik."

### Unverschuldet in die Schuldenfalle

"Und dann gibt es eben auch noch die ganz typische Geschichte im Augenblick - das betrifft die Gastronomie, aber verstärkt auch das Bäckerhandwerk -, dass die Leute sehr, sehr lange im Folgemonat auf ihr Geld warten müssen, und dann in Schwierigkeiten kommen, weil natürlich die Miete abgebucht wird, die Versicherung und was alles so ansteht. Und dann geraten die ganz schnell in die Schuldenfalle, völlig unverschuldet."



**Abserviert?**

Wer arbeitet, muß davon leben können.

**Wer**

- ... möchte nicht mehr Geld
- ... Überstunden bezahlt bekommen
- ... gelegentlich ein freies Wochenende
- ... Urlaubswünsche ohne Bitteteil genehmigt bekommen

Und überhaupt:

**Wie steht es mit Menschlichkeit?**

Wir haben in unserem Regionalvorstand zum ersten Mal seit vielen Jahren wieder Anfragen nach einer sogenannten Notfallunterstützung gehabt. Unsere Satzung sieht das vor, dass wir Mitgliedern, die in solche Situation gekommen sind, mit einer einmaligen Zahlung helfen können. Wir



NGG  
Ostwall 17- 21,  
44135 Dortmund  
fon:  
0231/ 557 979-0  
eMail:  
vst.dortmund@  
ngg.net  
Internet: www.  
ngg-dortmund.de

haben aber jetzt entschieden, dass es das nicht sein kann, weil es spätestens im nächsten Jahr so viele problematische Fälle geben könnte, dass wir das gar nicht mehr leisten können. Wir haben uns eben darauf verlegt, den Menschen Hilfe anzubieten, z. B. bei Behördengängen. Wo können sie noch in irgendeiner Form eine Quelle für sich auftun? Das kann man bei der Krankenversicherung machen und all diesen Dingen."

### **Warum Mitglieder aus der NGG austreten, warum Beschäftigte in die NGG eintreten**

"Wir haben Verluste bei Mitgliedern, aber nicht, weil sie mit der Arbeit von NGG unzufrieden sind, sondern wir kriegen jeden Tag Briefe, in denen die Leute glaubhaft belegen – das müssen sie ja nicht, aber sie erklären sich -, dass sie sich den Beitrag nicht mehr leisten können. Bei den Neuaufnahmen haben wir sehr viele junge Leute, auch viele qualifizierte Beschäftigte. (...) Ein Teil der Deutschen kriegt das Problem auch schon mit. Dass sie an der Stelle angekommen sind, wo sie sagen, 'so, jetzt verzichte ich nicht mehr auf meine Ansprüche. (...) Meine Leidensgrenze ist erreicht.' In den Betrieben ist das schon so, dass wir spüren, dass die Arbeitgeber und die Bundesregierung den Bogen überspannt haben. Dass die Leute sagen, 'jetzt haben wir aber die Schnauze voll. Wo soll das denn noch hin führen?' Insbesondere die Arbeitszeitverlängerungsdebatte: Ich denke, das kann uns nur helfen, wenn die Arbeitgeber weiter so dreist und maßlos sind. Die Menschen kapieren, dass das einfach verrückt ist, mit Arbeitszeitverlängerung Arbeitsplätze schaffen zu wollen. Das ist wirklich so was von hanebüchen – pure Ideologie. Gut, die Leute haben sich ein Stück erpressen lassen, wenn es konkrete Situationen gab, aber ich denke, jetzt haben sie die Schnauze voll und

begreifen auch, was dahinter steckt. Wir spüren das schon. Nur im Gastgewerbe ist halt das Problem, dass wir wenige Betriebsräte haben, wenige Läden, wo wir solche Inhalte auch transportieren können, in Betriebsversammlungen und dergleichen. Das ist in der Industrie eine ganz andere Sache. In der Brauerei hast du einen gestandenen Betriebsrat und da sieht das vollkommen anders aus."

### **Auswirkungen von ALG II**

"Durch das ALG II werden wir noch mehr Präsenz von Ausbeutung hier bekommen, denen wir dann helfen müssen. Wir werden damit zu tun kriegen, dass es Billigkonkurrenz - in Führungszeichen - in den Betrieben gibt. Wenn dann Leute eingestellt werden, 30 % unter Tariflohn, dann wird es sehr schwierig sein, eine Spaltung der Belegschaft zu verhindern. Das ist die Situation, die wir jetzt schon in den outgesourcten Betriebsteilen haben, wenn die da für ein paar Cent arbeiten. Ja, ansonsten wirkt es sich sicherlich auf die gesamten Rahmenbedingungen aus, unter denen wir zu arbeiten haben, insbesondere in der Tarifpolitik. In so einem Umfeld dann eine Lohnerhöhung durchzusetzen oder über eine Arbeitszeitverkürzung zu diskutieren, was dringend notwendig wäre auf Grund der Arbeitslosenzahlen, das wird natürlich immer schwieriger. Das wird eine Herausforderung sein."

### **Wünsche an die Politik**

"Eine unserer Forderungen ist die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns. 1.500,- Euro brutto, (...) 8,87/8,88 Euro Stundenlohn. Da gibt es innerhalb der Gewerkschaft auch Diskussionen drüber. Manche sagen, das gefährde die Tarifautonomie (...) Ich vermag mir einfach nicht vorzustellen ... Löhne 30 % unter dem Tarif – das führt direkt in die Verelendung."

# "Sie sagen: 'Wir haben noch Arbeit und wir sind bereit, dafür zu zahlen!' Und sie zahlen – mit ihrer Lebensqualität und mit ihrer Gesundheit"

Aus einem Gespräch mit Beatrice Apker, ehrenamtliche Beraterin, am 01.04.2004

Beatrice Apker ist u. a. ehrenamtliche Beraterin bei "Mensch-Arbeit" - einem Projekt der Katholischen Kirche im Erzbistum Paderborn. Das Projekt befasst sich mit Problemen in der Arbeitswelt und unterhält ein Internet-Portal, in dem Seelsorge per Mail und als Chat angeboten wird.

## Die hohe Arbeitslosigkeit wirkt auch auf die, die noch Arbeit haben

Im Mittelpunkt der "Elektronischen Seelsorge" stehen Menschen, die auf Grund von Arbeitslosigkeit Probleme haben und Menschen, die mit ihrer Arbeit Probleme haben. Beatrice Apker spürt, dass letztere oft verzweifelt sind, weil der Druck immer größer wird, sie sich immer mehr aufbürden lassen und die Angst vor dem Verlust des Arbeitsplatzes steigt. "Also, im Vergleich zu früher ist es so, dass Leute heute viel länger in ihren Jobs verharren und Sachen ertragen, darüber krank werden. (...) Dass Leute mit unerträglichen Arbeitsbelastungen fertig werden. Mit Mehrarbeit, die angeordnet wird. Dass sie auch nicht mehr schüchtern fragen, 'wie ist es jetzt mit Entlohnung'. Sondern, das ist völlig klar, dass sie sich wirklich drangsaliieren lassen und ausharren, weil sie keine Alternativen sehen. ... Sie sagen 'wir haben noch Arbeit und wir sind bereit, dafür zu zahlen.' Und sie zahlen – mit ihrer Lebensqualität und mit ihrer Gesundheit. Das habe ich schon oft gehört."

## Ein Beispiel, wie Hartz wirkt

Wer eine von der Agentur für Arbeit finanzierte berufliche Weiterbildung besuchen will, benötigt nach den Veränderungen durch die Hartz-Gesetze einen Bildungsgutschein der Agentur. Beatrice Apkers Erfahrungen sind nicht positiv: "Bei mir persönlich wirkt Hartz. (...) Ich wollte eine Weiterbildung als Mediatorin absolvieren; Diplompädagogikstudium, Mobbingberaterin - da hätte das hervorragend herein gepasst. Während im letzten Jahr diese Fortbildung seitens des Arbeitsamtes als sinnvoll erachtet und bewilligt wurde, ist

*mir genau diese Qualifizierungsmöglichkeit als Langzeitarbeitslose ein Jahr später mit der Begründung verweigert worden, dass mir die Nähe zum Arbeitsmarkt fehle. Ein Bildungsgutschein wurde mir verwehrt. Innerhalb dieses einen Jahres ist behauptet worden, dass das, was früher als sinnvoll erachtet wurde, dann plötzlich nicht mehr sinnvoll für mich ist. Und während vor einem Jahr die Nähe zum Arbeitsmarkt noch gegeben war, ist sie nun plötzlich nicht mehr gegeben. (...) Ich habe ziemlich viel gekämpft, aber das war aussichtslos. Ich habe den Bildungsgutschein nicht bekommen und muss sehen, dass es anderen Leuten auch so geht. Hochqualifizierte Menschen, die einfach ein bestimmtes Alter haben und herausfallen. (...) Die Agentur für Arbeit fördert Leute - fördern im Sinne von Erteilen von Bildungsgutscheinen - die jung sind und auf Grund des Alters dem Arbeitsmarkt nahe stehen. So Leute wie ich – ich war da 48 – stehen dem Arbeitsmarkt ihrer Ansicht nach nicht mehr nahe und haben keine Ansprüche mehr auf Fortbildung. Egal auf welche."*

## Anrechnung von Kindesunterhalt als Einkommen von Familien - ein Tabubruch

Zum Stichwort "Hartz" greift Beatrice Apker das Thema "Kinder" auf: "Ich denke, dass zum Beispiel überhaupt noch nicht realisiert worden ist, was die neuen Gesetze für Kinder heißen. (...) Dass Kinder zum Beispiel mit einer Pauschale abgespeist werden und die Erziehungsberechtigten kein Kindergeld mehr bekommen. Und wenn diese getrennt lebend sind, wird das Unterhaltsgeld für das Kind als Familieneinkommen angerechnet. (...) Das heißt, dass zum Beispiel die Kinder von reichen Vätern überhaupt nichts mehr davon haben, dass sie reiche Väter haben. (...) Also, für meinen Neffen trifft das zum Beispiel zu, der ist jetzt noch Kindergeld berechtigt und er bekommt von seinem gut verdienenden Vater einen guten Unterhalt. (...) Er wird als 10-

*Jähriger ab nächstes Jahr mit dem Unterhaltsgeld seines Vaters das Familieneinkommen mit absichern! (...) Beim Kindergeld könnte man ja noch sagen, das ist eine staatliche Leistung und Arbeitslosengeld II ist auch eine staatliche Leistung. Da kann man das vielleicht noch sehen. Das passt in dieses alte Sozialhilfemodell. Da gab es ja auch kein Kindergeld, das wurde ja auch irgendwie angerechnet. Aber, dass jetzt der Unterhalt des Kindes zum Familieneinkommen gerechnet wird, das ist ein Tabubruch. Und das hat eine neue Qualität."*

### **Schlimmer als amerikanische Verhältnisse**

*Die Verhältnisse in der Bundesrepublik beschreibt Beatrice Apker als eine in Reiche und Arme gespaltene Gesellschaft: "Ich finde, es ist schlimmer als amerikanische Verhältnisse, weil wir ja über die Arbeiterbewegung und Arbeitskämpfe genau diese Arbeitsbedingungen erkämpft haben. Die 38,5-Stundenwoche ist durch Lohnverzicht im Prinzip bezahlt worden. Und das wird jetzt doppelt geklaut. Die Arbeitszeit wird wieder heraufgesetzt, obwohl sie damals durch Lohnverzicht schon bezahlt war. (...) Wir sind eine Gesellschaft, die alles erkämpft hat und auch ein bestimmtes Bewusstsein hat, was Sozialstaat sein soll, oder wie wir zusammen leben wollen. Wir haben das als Bewusstsein. Deswegen ist es für uns noch viel schlimmer, wenn wir in*



*diesen Moloch fallen, von unabgesicherten Arbeitsverhältnissen. (...)*

*Arbeitslose sollen ja auch Minijobs annehmen müssen. Das heißt, dass ich dann so einen Minijob, der mit 400,- € entlohnt wird, nehmen soll. Auch, wenn das dann nicht mehr als fünf, sechs Stunden pro Woche sind. Falle ich da heraus (...), gelte ich nicht mal mehr als arbeitslos. Das heißt, dass ich dann noch einmal tiefer falle – ins soziale Nichts. Oder, dass es erst als sittenwidrig gilt, wenn der Arbeitslohn mehr als 50 % unter dem Tarif liegt..."*

### **Offensiv und solidarisch arbeitslos sein**

*"Auf der anderen Seite gibt es natürlich diese Hetze gegen Arbeitslose. (...) Und darüber kriegen sie ja dann auch Hartz oder Arbeitslosengeld II durch. Indem sie das für ihre Propaganda ausschlachten von oben und sich kein Mensch dagegen wehrt. (...) Arbeitslosigkeit ist sehr negativ besetzt. (...) Was aber stattfindet ist, dass die Leute sich zurückziehen, ins Private und das mit sich selber ausmachen. Und das führt natürlich zu Nichts. Das führt zu Depressionen oder zu so einer Tunnelrealität. Dass sie dieses Gedankenkreisen haben, dass sie immer nur denken, 'ich bin arbeitslos' oder 'ich werde betroffen sein davon'. Und das wird gegen sich selbst gewendet. Die Leute werden krank. Es gibt Untersuchungen darüber, dass Arbeitslosigkeit krank macht. Und die Perspektive, die sich daraus entwickelt, müsste sein, die Isolation zu durchbrechen, Gruppen zu bilden und das öffentlich zu machen. Und kreativ damit zu sein. Zu sagen, wenn es Arbeitslosengeld II gibt - unsere Antwort darauf ist: Suppenküchen in der Stadt, um zu zeigen, wir sind nicht alleine arm bei uns in der Küche, sondern wir sind öffentlich arm - und zwar alle zusammen."*

### **Forderungen an die Politik**

*"Eine Forderung (...) an die Stadt ist, wenn es Arbeitslosengeld II gibt - dass sie dann Suppenküchen organisieren sollen. Im Rathaus am besten und gleichzeitig dafür sorgen soll, dass das Gesetz wekommt. Fertig! Ich meine, das sind Visionen, aber wenn man keine Armut in den Städten haben will oder im Land, dann muss man sich mit den Gesetzen auseinandersetzen, die man da beschlossen hat, und gleichzeitig etwas dagegen machen."*

# "Sie müssen davon ausgehen, dass 75 % aller Schuldner Krisenschuldner sind"

Aus einem Gespräch mit Ralf Jeuschede von der Schuldnerberatung des Diakonischen Werkes am 30.03.2004

Die Schuldnerberatung des Diakonischen Werks Dortmund hält ein Angebot für Menschen bereit, die in finanzielle Krisensituationen gekommen sind. Das Angebot nehmen zurzeit 820 Haushalte intensiv wahr. Sie werden auf ihrem Weg aus der Misere begleitet, intensiv beraten und mit ihnen werden Entschuldungspläne entwickelt. Etwa 120 Personen kommen jährlich auf Initiative von Mitarbeiter/innen des Arbeitsamtes. Nach Einschätzung von Ralf Jeuschede haben sie erkannt, dass Menschen mit Schulden nicht vermittlungsfähig sind. Ungefähr 65 % dieser Ratsuchenden sind im Laufe eines Jahres soweit, dass sie eine Entschuldungsperspektive erblicken können und wieder in den Arbeitsmarkt integriert werden können. Die Kosten für diese Beratung trägt das Arbeitsamt, wobei nach Rechnung von Ralf Jeuschede die längerfristigen Einsparungen drei mal so hoch wie die Kosten sind. Ähnliches gilt für Sozialhilfeempfänger: Für sie ist bislang gesetzlich geregelt, dass die Kosten von der Stadt übernommen werden, wenn eine Schuldnerberatung dazu verhilft, dass Sozialhilfebedürftigkeit überwunden oder vermieden wird. Ralf Jeuschede: "Wir lösen das Problem Arbeitslosigkeit nicht, aber für die uns anvertraute Klientel bieten wir einen sinnvollen Service an. Entschuldung, Überwindung von Arbeitslosigkeit und Überwindung von sozialen Problemen. Sie müssen immer davon ausgehen, eine Überschuldungssituation wirkt in die gesamte Familie hinein. Also, Geld ist knapp im Haushalt. Stigma von außen ist gegeben, weil man einfach auffällig ist. Kinder können an Klassenfahrten nicht teilnehmen. Kinder erleben die Ehestreitigkeiten, weil der Gerichtsvollzieher da war und wieder irgendwas gepfändet hat. Und das wirkt in die ganze Familie hinein."

Die beschriebene Praxis wird durch die neuen gesetzlichen Regelungen verändert. Ralf Jeuschede: "Wir befürchten momentan, dass wir zukünftig weder für das

Arbeitsamt tätig sein werden noch für das Sozialamt, was sehr kurzsinzig gedacht wäre von beiden Institutionen. Aber die Rechtslage ändert sich da ganz massiv. Man kann keinen einklagbaren Rechtsanspruch auf diese Beratung aus den Gesetzestexten ableiten. (...) Wir haben bei allen Beratungsstellen in Dortmund 15 Mitarbeiter. (...) Wenn jetzt auf Grund der gesetzlichen Veränderungen Finanzierungsstränge wegbrechen, zumindest rechtlich diese Finanzierung nicht mehr einklagbar ist, ist das wieder ein fiskalisches Problem. Wenn ein zukünftiges Sozialamt oder Arbeitsamt in finanzielle Nöte gerät, dann werden sie freiwillige Leistungen überhaupt nicht mehr erbringen. Und wir stehen da und müssen Personal abbauen und dann sitzen nicht mehr 15 Mitarbeiter in der Schuldnerberatung in Dortmund, sondern vielleicht neun oder zehn. Das heißt also, dass das Problem in der Quantität steigt - also, es sind immer mehr Haushalte überschuldet und das Personal wird immer weniger. Das Beratungsangebot wird unheimlich darunter leiden und das ist fatal für die Betroffenen. Hinzu kommt, dass es seit Ende des Jahres hier keine ABM mehr gibt, weil sich das einfach nicht lohnt. Da ist mehr Einarbeitungszeit, als dass sich da ein Nutzen ergibt. Die Maßnahmen sind nur noch sechs Monate lang. Und davon sind die ABM'ler dann nicht sechs Monate hier in der Dienststelle, sondern da ist ein hoher Qualifizierungsanteil drin. Die Eigenmittel, die die Träger mitbringen müssen, die sind unverhältnismäßig hoch für den Nutzen, den man daraus ziehen kann."

## Wie Entschuldung funktioniert

Die Insolvenzordnung lässt seit 1999 zu, dass private Haushalte sich auch über ein Insolvenzverfahren entschulden können. Vorher gab es diese Möglichkeit im Rahmen der Konkursordnung ausschließlich für Betriebe und Firmen. Wer sich nicht mehr außergerichtlich mit Gläubigern vergleichen – also einigen – kann, wird in der

**Diakonie** 



Regel einen Insolvenzantrag stellen. Ralf Jeuschede: "Der Gesetzgeber hat einen außerordentlichen Einigungsversuch in das Gesetz geschrieben. Der muss auf jeden Fall planmäßig durchgeführt werden und erst wenn der gescheitert ist, kann der Insolvenzantrag gestellt werden. Man braucht eine Bescheinigung über das Scheitern des außergerichtlichen Einigungsversuches. Die kriegt man von den Schuldnerberatungsstellen oder von Rechtsanwälten. Die Beratungsstellen müssen vom Land NRW als geeignete Stelle anerkannt sein und quasi an Eides statt versichern, dass planmäßig außergerichtlich verhandelt worden ist. (...) Nachdem der außergerichtliche Einigungsversuch gescheitert ist, (...) muss mit dem Antrag an das Gericht ein Schuldenbereinigungsplan eingereicht werden. Wenn der Schuldenbereinigungsplan Aussicht auf Erfolg hat – und da können wir als Beratungsstelle ein Votum vor Gericht abgeben – (...) wird das Schuldenbereinigungsplanverfahren durch-

geführt. (...) Das kann der Richter entscheiden. (...) Scheitert das Schuldenbereinigungsplanverfahren oder wird es nicht durchgeführt, dann mündet das Ganze in ein Insolvenzverfahren. Ein Treuhänder wird eingesetzt und der verwertet ungefähr drei bis sechs Monate lang das vorhandene Vermögen, was bei unseren Klienten aber schon längst nicht mehr vorhanden ist, weil das schon gepfändet ist. Nach Abschluss des Insolvenzverfahrens beginnt dann die Wohlverhaltensperiode – man muss sich sechs Jahre wohl verhalten. (...) Ist das Verfahren abgeschlossen, also die Wohlverhaltensperiode abgeschlossen, dann wird der Richter entscheiden, dass die restlichen Schulden erlassen werden."

### **Typische Gründe für Überschuldung: Arbeitslosigkeit**

"Als typischer Grund für Überschuldung liegt Arbeitslosigkeit an der Spitze. Sie müssen davon ausgehen, dass 75 % aller Schuldner Krisenschuldner sind. Das heißt also, die haben ganz solide mit ihrem Einkommen geplant und dann ist irgendwas passiert, was nicht vorhersehbar war. An der Spitze eben Arbeitslosigkeit, Scheidung, Trennung vom Lebenspartner, das heißt also, man muss zwei Haushalte finanzieren. Gemeinsame Schulden, die eingegangen worden sind, werden nicht ordnungsgemäß bedient und dann tritt die Überschuldung ein. An zweiter Stelle eben Krankheit, Berufsunfähigkeit, solche Ereignisse, die einfach nicht planbar sind."

### **Typische Gründe für Überschuldung: neue Selbstständige**

"Jetzt, durch die Insolvenzordnung, das würde ich schon noch ganz gerne ergänzen, hat sich die Klientel gravierend verändert. Es kommen sehr viele gescheiterte Selbstständige. Also hier in NRW, die Gründungs-offensive ..., wenn Sie das sehen, wie da Leute in die Selbstständigkeit hineingetrieben werden, meiner Meinung nach ohne ein solides Fundament für eine Selbstständigkeit zu haben. Die überhaupt nicht in der Lage sind, eine geordnete Buchführung durchzuführen oder eine Geschäftsidee dann auch praktisch umzusetzen. Das passiert unheimlich häufig, dass solche Leute beraten werden, gescheiterte Selbstständige. Bis hin, dass Selbstständige scheitern, die wirklich über Jahre hinweg ein solides Fundament hatten, als Unter-

nehmen, die dann auf Grund der derzeitigen Wirtschaftslage einfach in die Überschuldung kommen. Sei es, dass eben andere Firmen auch in die Insolvenz gegangen sind und die Aufträge, die verrichtet worden sind, nicht mehr bezahlen können und dann auch eine wirtschaftliche Krise beim soliden Unternehmen anrichten. (...) Es gibt auf dem Papier das Angebot der Handwerkskammern, der Industrie- und Handelskammern, dass man sich da Know-how erarbeiten kann, wenn man will, zum Teil auch finanziert über das Arbeitsamt. Ich beobachte bloß, es macht keiner oder es macht kaum einer, zumindest nicht die Leute, die hier später in der Beratung auftauchen. Ich denke, da muss es ein viel niederschwelligeres Beratungs- oder Begleitungsangebot, Coaching geben."

### Typische Gründe für Überschuldung: Ich-AG

"Wenn Sie sich mal anschauen, was eine Ich-AG so geboten bekommt, das zehrt ja gerade mal das auf, was an Krankenversicherungs- und Rentenversicherungsbeitrag wieder auf den Tisch gelegt werden muss. Das ist überhaupt kein stabiles Fundament, wenn man kein Eigenkapital hat, um eine Existenz zu gründen. Und es ist zeitlich befristet und dieser Zeitraum reicht für solide Geschäftsideen oder Fundamente überhaupt nicht aus. Und meine Befürchtung ist, dass viele Arbeitslose denken, 'och, das mache ich jetzt mal, dann bin ich nicht mehr arbeitslos' und es wird häufig scheitern."

### Die Entwicklung der Überschuldeten: Von der Randgruppe bis in die Mittelschicht

"Früher war Überschuldung ein Randgruppenproblem und mittlerweile wirkt das in die Mittelschicht hinein. Wir haben durchaus Betriebswirte, die wir hier beraten. Wir bieten Schuldnerberatung für Studenten an, im Auftrag vom Studentenwerk Dortmund. Das habe ich mir früher überhaupt nie vorgestellt, dass Studierende Schulden haben könnten. Mein Kollege macht das jetzt seit über zwei Jahren und der hat über 200 Studierende in der Beratung. Handyschulden, Versuche sich während des Studiums selbstständig zu machen, um ihr Studium damit zu finanzieren, sind gescheitert, solche Dinge. (...) Ja, das ist seit Jahren

absehbar, dass es jährlich immer mehr werden. Und durch das Arbeitslosengeld II wird das ja wahrscheinlich noch mal steigen. Davon ist auszugehen, weil das Einkommen faktisch sinken wird für diese Haushalte. (...)

Bislang haben die Leute einen Anspruch auf Schuldnerberatung und könnten diesen Rechtsanspruch auch einklagen. Nun sind die Gesetze so verändert, dass eine Schuldnerberatung in das Belieben der Bundesagentur für Arbeit bzw. den Fallmanagern im Job-Center gelegt wird bzw. auch in die Kompetenz der zukünftigen Sozialämter. Und wenn die der Meinung sind, Schuldnerberatung agiert sinnvoll, dann können sie uns beauftragen, wie auch das Job-Center uns beauftragen kann. Florian Gerster hat immer gesagt, 'wir müssen mit den Eigenmitteln auskommen und dürfen keine Bundeszuschüsse mehr in Anspruch nehmen'. Meine große Befürchtung ist, dass das, was z. B. hier in Dortmund ankommt, so gering ist, dass die Fallmanager überhaupt keine Wahlmöglichkeiten mehr haben. Die werden erkennen, Schuldnerberatung ist sinnvoll, aber nicht finanzierbar, und davor habe ich Angst."

## Diakonie

Diakonisches Werk  
Dortmund  
Sozial-,  
Schuldner- und  
Insolvenzberatung  
Lindemannstraße  
66-68  
44137 Dortmund  
fon:  
0231/ 725 496-12  
eMail:  
ralf.jeuschede@  
vkk-dortmund.de  
Internet:  
www.vkk.org



# "Die kommen in einen Teufelskreis"

Aus einem Gespräch mit Kirsten Cordes, Psychologin und Beraterin bei der Kommunikations- und Beratungsstelle für Prostituierte (Kober), am 29.03.2004



Kober ist eine Einrichtung für Prostituierte des Dortmunder Straßenstrichs. Sie berät Frauen, vor allem zu Fragen des Ausstiegs aus der Prostitution und zur Prävention gegen ansteckende sexuelle Krankheiten. In der Beratungsstelle Nordstraße ist Raum für Einzelgespräche mit Klientinnen. Das Cafe im Hinterhof bietet mehrmals pro Woche Frühstück und Kaffeetrinken an und wird von Prostituierten, aber auch von vielen Ehemaligen genutzt. Der Container auf dem Straßenstrich an der Ravensburger Straße enthält sowohl ein Cafe als auch ein Beratungsbüro. Er ist zeitweise in der Mittagszeit und abends geöffnet. Kirsten Cordes: "Der Container ist eine niedrigschwellige Anlaufstelle für die Frauen. Sie können Präventionsmaterialien oder Arbeitsmaterialien erhalten - zum Beispiel Kondome zum Einkaufspreis. Sie können aber auch Kaffee trinken und Süßigkeiten oder eine Suppe essen. Im Winter ist ganz wichtig, dass sie sich auch aufwärmen können."

## Über die Arbeit bei Kober

"Früher hatten wir Frauen, die wir gut kannten, die sich schon lange kannten und die ganz konkret Ausstiegswünsche geäußert haben. Die haben oft schon im ersten Gespräch geäußert, 'ich brauche eure Hilfe, ich will da weg'. Die sind dann auch ganz konkret Schritte mit uns gegangen, von Wohnungssuche über Arbeitssuche, Überlegungen, was kannst du beruflich machen? Vielleicht erst mal einen Schulabschluss nachmachen? Also Frauen, die ganz konkret dran gearbeitet haben, aus der Prostitution raus zu kommen.

Heute ist es sehr viel schwieriger, die Frauen in das – in Anführungsstrichen – normale Arbeitsleben zu integrieren. Die haben entweder einen schlechten oder gar keinen Schulabschluss und von einer Berufsausbildung ist oft überhaupt keine Rede. Die sind aber 35 oder 40 oder sogar 45. Und dann bringen Sie mal eine Frau ohne irgend einen Berufsabschluss im Arbeitsleben in

Dortmund unter. ... Wenn wir dann sagen, 'ja, pass mal auf, du kannst ja doch deinen Schulabschluss nachmachen und dann ..., und dann ..., und dann ...', dann sagt die, 'ja mein Gott, dann bin ich ja 50, wenn ich damit fertig bin'. Es erschwert unsere Arbeit zunehmend, dass wir wenig Alternativen haben. Das Problem ist immer mehr, dass die Frauen sagen, 'was kann ich denn machen, sag mir doch mal einen Job, den ich machen kann? Wo kann ich denn Geld verdienen?' Dann setzen wir uns mit denen an den Computer oder gehen zum Arbeitsamt und dann sind die frustriert. 'Ich soll einen 400 Euro-Job machen? Wie soll ich denn dann leben, meine Miete bezahlen uns so weiter?'"

## Der Weg zum "schmutzigen Geheimnis"

"Ein typischer Weg in die Prostitution war schon immer über Schulden. 2.000,- € Schulden, eine eidesstattliche Erklärung und es folgt die Einschätzung: 'Au Mann, ich komme da im Leben nicht mehr raus, ich kriege nur Arbeitslosenhilfe oder Sozialhilfe oder bin Verkäuferin und kann von meinem Gehalt diese Schulden nie mehr abbezahlen.' Und dann kann es passieren, zum Beispiel häufig durch eine Freundin, dass die sagt, 'Ach Mensch, ich habe da so was gemacht - willst du nicht mal mitkommen?' Und dann kommt die Idee: 'Ach, ich probiere das mal und mache das mal vier Wochen oder acht oder vielleicht ein halbes Jahr und dann bin ich meine Schulden los und dann fange ich das normale Leben wieder an.' Das ist so oft der Anfang.

Was dann aber passiert ist, dass die Frauen sich schmutzig fühlen. Die merken nach ein, zwei Tagen, sie verdienen Geld. Sie verdienen sogar am Anfang in der Regel ganz gut, weil sie ein neues Gesicht auf der Straße sind, das ist immer ein Renner. Die können richtig viel Geld in relativ kurzer Zeit verdienen. Und dann fühlen sie sich aber überhaupt nicht gut dabei. Das ist kein Job, den man macht und wo man hinterher nach



Hause kommt und sagt, 'oh, ich habe tolles Geld verdient'. Sondern die kommen nach Hause und denken, 'ja, ich habe heute Geld verdient, aber ... ach, ich muss jetzt erst mal duschen. Ich muss was von mir abwaschen, das darf keiner wissen, hoffentlich merkt das keiner, hoffentlich sieht mich keiner. Was ist, wenn mein Vermieter da mal vorbei fährt, oder mein Chef oder was weiß ich?' - Man hat ein Geheimnis, ein schmutziges Geheimnis und man möchte sich aber wieder gut fühlen und man hat Geld in der Tasche. Ja, da geht man doch mal in die Stadt und kauft sich ein neues Paar Schuhe und ein chices Rouge-Gel, damit man sich auch wieder wertvoll fühlt. Und dann denkt man, 'ja gut, ich habe ja jetzt das Geld'. Aber das ist dann auf einmal auch ganz schnell wieder weg und die Schulden sind immer noch nicht bezahlt. Aber man hat sich daran gewöhnt, dass man jetzt in einer Boutique einkaufen geht und im Plus und nicht mehr bei ALDI. 'Ich habe es ja jetzt, ich kann es ja jetzt, ich habe es ja hart erarbeitet. Ich habe meinen Körper dafür verkauft und da muss ich mir jetzt auch was gönnen.'"

### Der Teufelskreis der Prostitution

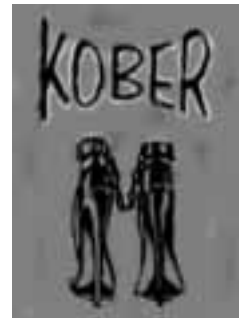
"Das Problem ist, nach acht Wochen verdienen die Frauen plötzlich drastisch weniger Geld. Die sind am Anfang ein neues Gesicht, werden ganz viel nachgefragt. Und dann sind sie eine von allen und stehen da den ganzen Tag und es ist nicht selten, dass wir von Frauen dann hören, dass Sie den ganzen Tag keine 'Tour' hatten. Und dann ist der große Geldregen auf einmal vorbei. Aber die Möbel sind bestellt, ein chicer Fernseher ist gekauft und die alten Schulden sind auch noch da. Jetzt sind womöglich noch neue Schulden aufgelaufen. Das ist ein Kreislauf, der findet sich häufig. Und die Schulden werden mehr, statt weniger und die Frauen können eben nicht mehr aufhören, anschaffen zu gehen, weil sie ja jetzt noch mehr Schulden haben. - Im Nachhinein sagen sie manchmal, 'das war lächerlich, das waren 5.000 DM oder 2.000 DM. Und dafür bin ich auf die Strasse gegangen, um das zu verdienen. Und jetzt stehe ich hier seit acht Jahren und die alten Schulden habe ich immer noch, aber mittlerweile habe ich 20.000 Euro Schulden.'"

### Mit 50 zum ersten Mal auf dem Strich, weil die Rechnungen bezahlt werden müssen

"Es kommen immer mehr neue Frauen, die nicht einfach nur von Stadt zu Stadt rotieren. Das machen ganz viele, dass die mal vier Wochen hier und vier Wochen da sind. Weil dieser Effekt 'neues Gesicht' immer so gut funktioniert, rotieren manche durch die einzelnen Städte. Es kommen immer mehr Frauen völlig unbedarft, Hausfrauen, Mütter, frisch geschiedene Frauen, Verkäuferinnen, Studentinnen - relativ selten, aber kommt auch vor. Die dann plötzlich ganz unbedarft auftauchen und z. B. eine Frau ansprechen, ob sie ihr kurz mal erklären könnte, wie das hier funktioniert, weil sie müsste jetzt mal eben Geld verdienen. Und das nimmt zu. Also, wenn es im Herbst oder im letzten Spätsommer fünf Frauen in der Woche waren, die wir noch nie gesehen haben, dann kommt mir das im Moment so vor, als wären es zwanzig. Und das hat nichts mit dem Wetter zu tun. Das steigert sich tatsächlich. Nicht diese verzweifelten Drogenabhängigen, die nicht wissen, wie sie sonst an ihren nächsten Schuss kommen, die gibt es auch, aber die werden nicht mehr. Sondern Hausfrauen, auch ältere Frauen, Frauen über 40, zwischen 40 und 60, die auftauchen. Die dann zwei Mal die Woche kommen und nicht jeden Tag da stehen. Es sind mehr Frauen aus anderen Gesellschaftsschichten. Es sind nicht mehr so oft, wie früher, Frauen, die sagen, 'ja, ich war ein paar Jahre in Bochum im Puff und jetzt probiere ich es mal auf der Straße, weil mir da die Miete zu teuer ist'. Es sind immer mehr Frauen, die wirklich noch nie so etwas gemacht haben. Die eigentlich sagen, 'ich wäre nie auf die Idee gekommen, dass ich mal hier lande, aber jetzt habe ich gerade diese Stromrechnung und die muss ich bezahlen'. Also, das ist nicht so, dass sich jetzt irgendeine Hausfrau überlegt, 'ach, ich suche einen Nebenverdienst und finde es Klasse, jetzt anschaffen zu gehen'. Es ist häufig wirklich dieses: 'Ich brauche unbedingt schnell Geld!'"

### Wünsche ...

"Ich wünsche mir, dass dieses Bild von Huren, das man als Normalbürger eigentlich hat, dass das mal relativiert wird. Ich sage nicht, dass es die reiche Hure nicht gibt, die selbstbewusst anschaffen geht. (...) Aber

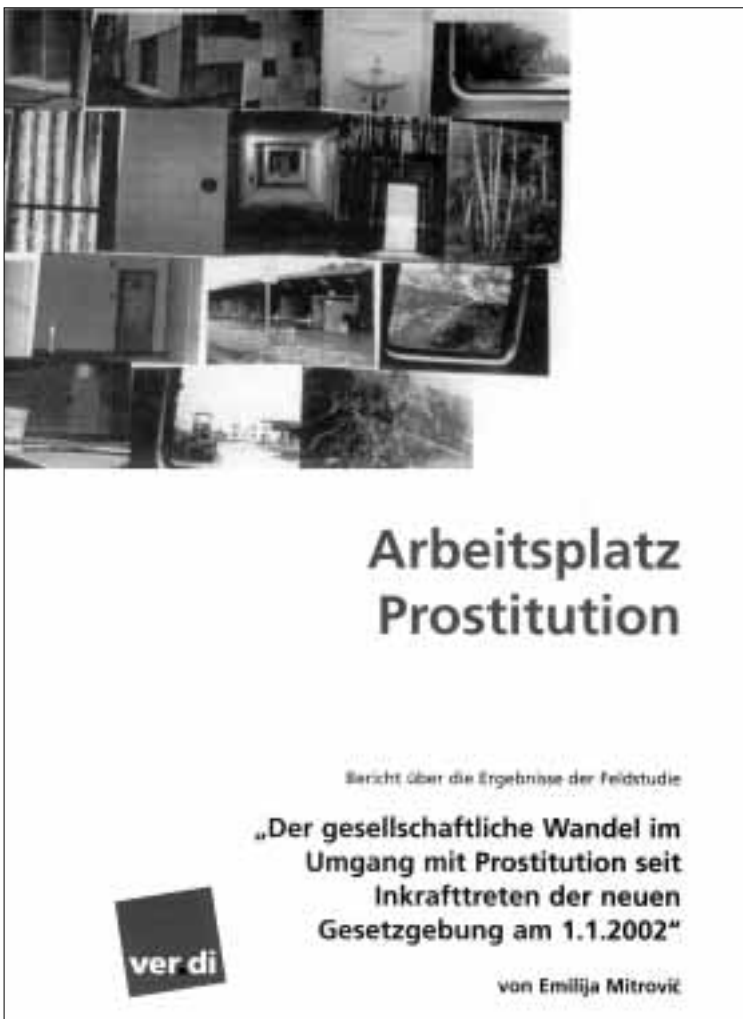


Kober  
Nordstr. 50  
44145 Dortmund  
fon:  
0231/ 861 032-13  
eMail:  
kober-do@  
t-online.de

*das ist nicht die typische Straßenprostituierte in der Dortmunder Nordstadt. Die verdient nicht wer-weiß-wie-viel Geld. Die kommt in einen Teufelskreis und da kann man nicht einfach sagen, 'ach, der geht es doch gut. Die verdient doch viel Geld und die ist doch selber Schuld. Solange die sich tolle Klamotten kaufen kann und ihr teures Appartement hat, geht es der doch gut'. Denen geht es nicht gut, die kommen da nicht raus und die wollen da gerne raus. Die wollen nicht nachts da stehen und für irgendwelche Kerle sexuelle Dienstleistungen vollbringen, das wollen die nicht. Die sind nicht glücklich und selbstbewusst und reich. Also, manchmal habe ich schon fast das Gefühl, es wird mit einem neidischen Blick dahingeguckt. 'Die sind zwar schmutzig, aber Mensch, die können sich ja was leisten.' Das ist nicht so, nicht auf der Straße, nicht in Dortmund. Dass das den Menschen ein bisschen deutlicher wird."*

### **... an die Freier:**

*"Überlegt euch, zu wem ihr geht. Ich will keinen Mann verurteilen, der eine sexuelle Dienstleistung kauft, überhaupt nicht. Ich finde das als Frau nicht nachvollziehbar, aber das ist okay. Es sind halt Männer - die denken anders. Aber sie sollen bitte gucken, zu wem sie gehen und bei wem sie das machen. Ich kann Männer nicht verstehen, die eine Drogenabhängige überreden, es ohne Gummi zu machen. Ich kann Männer nicht verstehen, die um fünf Euro handeln, kann ich nicht verstehen. Die sollen sich mal überlegen, was ihnen dafür geboten wird und dass es eine Unverschämtheit ist, darum handeln zu wollen. Dass das, was die Frau ihnen da gibt, eigentlich etwas ist, was man mit Geld nicht bezahlen kann. Und ein bisschen mehr Achtung vor den Frauen, ein bisschen mehr Respekt und nicht dieses gröhlend über den Strich fahren und die Frauen beschimpfen und dann noch um fünf Euro handeln. Das hat so etwas von einer niedrigen Wertschätzung. Das sind Dienstleisterinnen! Wenn sie sich einer Verkäuferin gegenüber so verhalten würden, würden sie aus dem Geschäft rausfliegen und Hausverbot kriegen. Aber bei einer sexuellen Dienstleistung glauben sie, sich das erlauben zu können. Sie fühlen sich selber dann wahrscheinlich auch noch toll, weil sie ja der Mächtige sind, der das Geld bezahlt. Sie sollen sich mal ein bisschen Gedanken machen über das Thema Respekt und Achtung vor diesen Frauen."*



Auch für ver.di –  
die Dienstleistungsgewerkschaft –  
ist der Arbeitsplatz Prostitution  
ein Thema.

# "Die Gesundheitsreform ist für arme, alte Leute lebensgefährlich!"

Aus einem Gespräch mit Alessandra Alberti, 2. Vorsitzende des Vereins für internationale Freundschaften e. V. (VIF), am 27.04.2004

Besonderheit des VIF ist, dass der Verein nicht – wie viele andere – nur Menschen einer Nationalität anspricht, sondern alle Gruppen von Migrant/innen und Deutsche. Eine kleine finanzielle Unterstützung für "Integrationsmaßnahmen" erhält der VIF vom Paritätischen Wohlfahrtsverband. Er finanziert sich hauptsächlich durch Spenden und Preisgelder: In 2000 gewann er einen bundesweiten Altenpflegepreis des Vincenz-Verlags, in 2003 den Preis "Start-Social - Hilfe braucht Helfer" auf Landes- und Bundesebene. Zudem erhielt der VIF eine Auszeichnung des Bundespräsidenten.

Alessandra Alberti erzählt, dass eines der ersten Projekte sich mit türkischen Migranten befasste, die aus gesundheitlichen Gründen arbeitslos waren oder wegen der Krise in der Montanindustrie frühverrentet wurden. *"Die deutsche Gesellschaft erwartete, dass die türkischen 'Gastarbeiter' in ihr Heimatland zurückkehren. Die türkischen Migranten hatten das auch selbst erwartet. Aber sie taten es nicht, weil ihre Kinder hier geboren und aufgewachsen sind und hier leben. Sie taten es auch deshalb nicht, weil sie sich hier wohl und in ihrer Heimat fremd fühlen. Allerdings verloren sie nach dem Ausscheiden aus der Erwerbstätigkeit den Kontakt zu ihren deutschen Kollegen und verlernten zunehmend die Sprache. Sie zogen sich in ihre Volksgruppe zurück. Die ersten Mitglieder des Vereins bemerkten, dass die alten Freunde, die früher bei Hoesch gearbeitet hatten, immer schlechter Deutsch sprachen und fragten sich, was aus ihnen im Alter wird."* Hier wurde VIF aktiv. Er betreibt seit 1993 eine Altenbegegnungsstätte. Zweimal wöchentlich werden gemeinsam Kaffee und Tee getrunken und die letzten Neuigkeiten ausgetauscht, in Krankheitsfällen Einkaufsdienste organisiert usw. Zudem informiert man sich gegenseitig über kostenlose Veranstaltungen. *"Die Klientel des VIF ist überwiegend sehr arm. Sie lebt entweder von der Sozialhilfe – das sind z. B. alle jüdischen*

*Kontingentflüchtlinge – oder von einer minimalen Rente."*

## Gesundheitsreform auf Türkisch

Von der Agenda 2010 sind alle älteren Migrant/innen, die zum VIF kommen bzw. Vereinsmitglied sind, in unterschiedlicher Weise betroffen. Besonders schrecklich wirkt sich nach Einschätzung von Alessandra Alberti die Gesundheitsreform aus. *"Das Thema Gesundheitsreform ist sehr wichtig, weil die Leute total erschrocken sind. Die sind nicht zum Arzt gegangen. Sie haben kein Geld. (...) Da kam am Montag eine von diesen Frauen und sagte 'ich kann's aber nicht bezahlen, ich habe 520,- Euro Rente und muss die Miete bezahlen und die Heizung, und das, und das – ich weiß nicht, wovon ich essen soll ... Ich habe jetzt meinen Ofen kaputt. Ich kann nicht mehr kochen. Was soll ich machen? Ich habe das Geld nicht.'" Alessandra Alberti glaubt, dass es sehr bitter für die Frau war, das alles zu erzählen, weil Aussiedlerinnen stets versuchten, "das Beste" von sich zu zeigen. Sie weiß, dass es unter ihnen Frauen gibt, die von 200,- bis 300,- Euro Rente leben – mit Hilfe der Familie, der Nachbarn, der Freunde. Manchmal sagt Alessandra Alberti den Aussiedler/innen, dass es eine Möglichkeit zum Bezug von Sozialhilfe gibt und sie schreibt auch entsprechende Briefe für sie. *"Aber sie wollen das auch häufig nicht. (...) Diese Menschen gehen jetzt nicht mehr zum Arzt. (...) Einige versuchen, an Medikamenten zu sparen. Sie kaufen sie nicht. Einige nahmen homöopathische Mittel, die nun nicht mehr bezahlt werden. 'Jetzt bin ich total verunsichert – was soll ich denn jetzt tun? Jetzt vergifte ich mich. Ich wollte doch gesund leben und jetzt kann ich mir nicht einmal das mehr erlauben'. (...) Ich weiß von einem, dass er unregelmäßig Medikamente nimmt, damit sie länger ausreichen. Das ist für ihn tödlich. Ich habe es ihm gesagt. Wir haben deshalb den türkischen Arzt eingeladen."* Mit ihm wurde das Problem vorbesprochen, wobei er es be-*



Ältere Migrant/innen und Deutsche sind gemeinsam im VIF aktiv

reits kannte, weil er selbst Kind türkischer Migranten ist. Es war wichtig, dass ein Landsmann mit den alten Menschen spricht, "damit er auch auf Türkisch ein bisschen Druck ausübt. Die Leute müssen diese Betablocker regelmäßig nehmen. Sogar zur gleichen Stunde. Sonst es ist lebensgefährlich für sie. Ich habe gefragt: 'Ist es besser, du bekommst einen Schlaganfall, nur weil du die Medikamente nicht regelmäßig nimmst?' Für die Leute sind es Sparmaßnahmen, wenn sie nur jeden zweiten Tag eine Tablette nehmen. Das ist so gefährlich und es hat uns gut getan, dass der türkische Arzt mit großem Nachdruck die Gefahren geschildert hat. (...) Die Gesundheitsreform ist für arme, alte Leute lebensgefährlich! Das ist nicht nur teuer und diskriminierend, sondern lebensgefährdend. Das macht mir viel Angst vor der Zukunft."

### **ALG II – Die Zusammenlegung von Arbeitslosengeld und Sozialhilfe wirft ihre Schatten voraus**

ALG II empfinden die Menschen nach den Erfahrungen von Alessandra Alberti als Bedrohung. "Die haben viel Angst – das Schlimmste für sie ist, das alles offen zu legen, der gläserne Mensch zu werden. Das ist unglaublich für einen Menschen, der arbeitslos ist, 50 Jahre alt ist und keine Chance hat. Und plötzlich muss du alles, alles erklären. Wieso nimmst du dies und kaufst du nicht jenes(?) – das ist der totale Abstieg. Mit solchen Fällen haben wir jetzt

zu tun. Hu! Da kriege ich Magenschmerzen."

Andere Auswirkungen der Arbeitsmarktreformen treffen die Älteren nicht mehr persönlich. Die meisten sind Rentner, Vorruhestandler oder ältere Langzeitarbeitslose, die sowieso davon ausgehen, nie mehr erwerbstätig zu sein. Nur eine im VIF Aktive ist noch selbst betroffen. Alessandra Alberti erzählt, dass die Frau 50 Jahre alt ist und sich als Therapeutin selbstständig gemacht hat. Kundschaft hat sie zurzeit noch nicht genug. Im kommenden Jahr erhält sie nur noch das ALG II. Das ist für sie zu wenig. Sie kann dann die Praxismiete nicht mehr bezahlen. Das heißt, das ist der Ruin für sie – es sei denn, sie findet bis dahin genügend Kunden. Aus Sicht von Frau Alberti ist dies ein Beispiel für viele andere. "Mund-zu-Mund-Propaganda dauert ihre Zeit – für Werbung benötigt man Geld. Und man fragt sich, wie man am besten wirbt. Das muss alles gelernt werden, das sind keine Profis!" – Nach ihrer Meinung ist die Zeit, in der Überbrückungsgeld bzw. Geld für die Ich-AG gezahlt wird, zu kurz. Sie müsste insbesondere für Ältere, Unerfahrene länger sein.

### **Arbeitslosigkeit der Kinder zerstört die Großfamilien**

Ein großes Thema für die älteren Migrant/innen ist Arbeitslosigkeit – allerdings weniger ihre eigene, als vielmehr die ihrer

Kinder. Ein Migrant erzählte Alessandra Alberti z. B., dass seine 40-jährige Tochter – Computeringenieurin – entlassen wurde. *"Mit 40 Jahren ist sie schon alt. Gestern stand in der Zeitung, dass 37-jährige schon zu alt sind, um einen neuen Job zu bekommen. Wenn das so ist, dann bin ich schon lange tot!"* Wenn sie manchmal Migrant/innen zum Arbeitsamt begleitete, dann konnte sie feststellen, dass Arbeitsangebote oftmals auf bis 35-Jährige begrenzt waren. *"Danach existiert man nicht mehr."* Aussiedler/innen die zum VIF kommen, insbesondere aus den ehemaligen Sowjetländern, haben 35- bis 40-jährige Kinder, die alle arbeitslos sind. Oder sie haben eine Beschäftigung, die nichts mit ihrer Qualifikation zu tun hat – z. B. eine Ärztin als Putzfrau. *"Wir werfen also praktisch hochqualifizierte Menschen weg. – Ihr Know-how, ihr Wissen, ihr Können wird überhaupt nicht genutzt! Es ist nichts wert. Das ist ein Problem, dass so viele ältere Ausländer wegen ihrer Kinder leiden. Sie selber hatten das Problem Arbeitslosigkeit nicht. Sie sind aber oftmals nach Deutschland gekommen, um ihren Kindern eine Zukunft zu geben. Ein türkischer Kollege sagt, er habe wie ein Geisteskranker gearbeitet. Alle seine fünf Kinder sind Akademiker – drei davon arbeitslos – wofür(?) ... Er dachte, es wäre für sie besser in diesem Land, deshalb ist er gekommen. Ihm geht es einigmaßen gut, aber seinen Kindern ... das ist fürchterlich! Da wird Verzweiflung deutlich – wegen der Arbeitslosigkeit. Auch diejenigen, die erst kürzlich nach Deutschland gekommen sind, leiden mit ihren Kindern. Die Kinder finden keine Arbeit und verlassen kaum die Wohnung. Sie lernen die deutsche Sprache nicht und vereinsamen zunehmend. Junge Menschen! Zwischen 35 und 45. Hier entstehen Kreisläufe, denn so lange sie kein Deutsch beherrschen, finden sie auch keine Arbeit. Sie bekommen aber nur einen Deutschkursus bezahlt. Danach müssen sie selbst klar kommen."*

Alessandra Alberti weist auf ein weiteres Problem hin, das mit der Arbeitslosigkeit verbunden ist: Die Älteren verlieren ihre Kinder. Sie ziehen für Arbeit z. B. nach Frankfurt. *"Dann sind die Migrant/innen im Alter allein. Mitgehen ist auch schwierig, weil sie sich an Dortmund gewöhnt haben. Ich kenne viele türkische oder italienische Kollegen, die 30 bis 40 Jahre hier sind – die*

*lieben diese Stadt. Sie ist für sie die Heimat. Sie können sich nicht vorstellen, nach Berlin oder Frankfurt zu gehen. Es geht auch nicht, dass die gesamte Großfamilie mitgeht. Somit werden durch die Arbeitslosigkeit die Familienbande zerstört. (...)*

*Ältere Migrant/innen leben oft noch in der Erwartung, dass die Kinder die Älteren pflegen. Das wird für viele von ihnen nicht der Fall sein."* Ein multikulturelles Altenheim gibt es z. B. in Duisburg. Das konnte der VIF für eine alleinstehende türkische Frau mit Schlaganfall finden. Die Frau fühlt sich dort wohl. – Den Dortmundern hilft das Heim in Duisburg nicht. Das Problem gab es bislang in Dortmund nicht, weil die Familie für die Älteren sorgte. Jetzt tritt es auf, weil die Kinder wegen Arbeitsmöglichkeiten die Stadt verlassen. Von den Jüngeren wird die Mobilität gefordert. Alessandra Alberti kennt die Folgen: *"Ein Kollege erzählte, dass sein Sohn nach dem Wirtschaftsstudium nach Frankfurt geht. Seine Tochter wurde gerade arbeitslos. Möglicherweise geht sie auch weg – da bekommt er Angst."* Der Sohn eines anderen ging zurück in die Ukraine, weil er hier keine Arbeit fand. Der zweite Sohn wurde arbeitslos. *"Der Kollege ist krank geworden – psychisch krank. Wir können ihn kaum beruhigen. Er ist total unruhig. Das ist ganz schlimm."*

### **Wünsche: Informationen über die Reformen in den Sprachen der Migrant/innen**

Für die älteren Migrant/innen wünscht sich Alessandra Alberti, dass sie nicht "abgewimmelt" werden, wenn sie Ansprüche auf finanzielle Zuschüsse stellen. Zudem wünscht sie sich, dass die Informationen über die Reformen auch in die Landessprachen der Migrant/innen übersetzt werden. *"Selbst wenn sie gut Deutsch sprechen, können sie es sehr oft nicht lesen! Es gibt zum Beispiel kaum etwas zur Gesundheitsreform. Etwas zum Thema fand ich in der ausländischen Presse, z. B. in einer italienischen Gewerkschaftszeitung. Auch russische und türkische Zeitungen haben etwas geschrieben. Aktuelle Informationen sind aber wichtig, weil sie die Migrant/innen auch betreffen. Selbst das Ausländergesetz kam erst Jahre nach Inkrafttreten z. B. auf türkisch heraus."*

VIF  
Westhoffstr. 8 – 12  
44145 Dortmund  
fon: 0231/ 837 287  
eMail:  
vif.do@web.de

# "Wenn sie nichts mehr zu verlieren haben, dann brauchen sie sich keine Sorgen darum zu machen, dass sie etwas verlieren"

Aus einem Gespräch mit Ernst Lange, Geschäftsführer von Bodo e. V., am 31.03.2004



Ernst Lange führt gemeinsam mit Tanja Walter die Geschäfte von Bodo e. V. Der Verein vertreibt nicht nur die Zeitung der Wohnungslosen, sondern führt auch Entrümpelungen durch, handelt mit Büchern und Möbeln und organisiert den Trödel in Bochum-Harpen. Die Projekte laufen – bis auf 500,- Euro jährlich aus dem Sozialetat der Stadt Bochum – ohne öffentliche Zuschüsse.

## Nie wieder eine Chance auf dem ersten Arbeitsmarkt

"Wir arbeiten mit Leuten zusammen, die am Rande der Gesellschaft stehen und im Grunde genommen schon einen Schritt darüber hinaus getan haben, und jetzt dabei sind, sich wieder so ein bisschen auf das Plateau zu hangeln. Das sind Leute, wenn man das jetzt mal arbeitsmarktpolitisch betrachtet, die auf dem ersten Arbeitsmarkt niemals mehr im Leben eine Chance haben werden. Aufgrund von Vorbelastungen die sie haben. Fast alle hatten einmal ein Drogenproblem oder haben es noch – ein Drogenproblem hat man ein Leben lang, auch wenn man clean ist – wobei Alkohol da für mich die härteste Droge ist. Das sind Leute, die straffällig geworden sind, und zwar nicht wegen schwarz Fahrens. Das sind Leute, (...) die Haftstrafen abgesessen haben, die durchaus arbeitswillig und arbeitsfähig sind, die aber im Rahmen des Arbeitsmarktes keinerlei Möglichkeiten mehr haben. Ich sage mal ein Beispiel: Wenn einer wegen schwerer Körperverletzung ... egal was der kann, der wird nicht mehr genommen, weil zu viele andere dagegen stehen, die keine schwere Körperverletzung gemacht haben. Das ist die Zielgruppe, mit der wir arbeiten."

## Arbeit nur durch Beziehungen

"Wenn die einen Job kriegen, dann kriegen die einen, weil jemand sagt: ‚Eh, du gefälltst mir, ich habe dich jetzt arbeiten gesehen. Du arbeitest gut. Ich habe für dich einen Job irgendwo im Hafen, ich haue Schiffe auseinander. Hast du Lust?‘ Und der sagt: ‚Ja klar,

*Schiffe auseinander hauen macht mir doch viel mehr Spaß, da gehe ich doch zu dir.‘ Also, so laufen die Dinge hier bei uns. Vermittlungen laufen über dieses ‚Menschen-Sehen‘ und sagen, ‚ich habe den Menschen gesehen, ich habe gesehen, was der kann, ich habe gesehen wie der sich einsetzt. Und dann ist es mir egal, was für ein Zeugnis der hat und dann ist es mir auch egal, ob der eine Vorstrafe hat. Der ist gut der Typ.‘ So laufen die Dinge ab und nicht über irgendwelches anonyme Schreiben von Bewerbungen. Ganz im Gegenteil: Das frustriert die Leute eher. Wenn man die anhalten würde und sagen würde, ‚jetzt bewirb dich mal heftig. Schreib mal jeden Tag drei Bewerbungen raus‘ – das Ergebnis ist, dass noch nicht mal Absagen kommen. Damit motiviert man die Leute nicht, etwas zu tun."*

## Zuverdienst bei Bodo

"Wenn man die alle zusammen nimmt, die Verkäufer und die Leute, die im Bereich Möbel und Entrümpelung arbeiten – das sind ja alles Zuverdienststellen, das sind ja keine festen Stellen, die haben ja im Rahmen ihrer staatlichen Zuwendung (...) die Möglichkeit, etwas dazu zu verdienen. Und das machen sie dann auch. Wir könnten eigentlich noch viel mehr beschäftigen. Manchmal stehen Leute im Laden und sagen: ‚Haste nicht irgendwie ... ich habe gehört, dass ....‘ – Wir haben hier einmal zwei Jungs drin gehabt – das ist mir unheimlich nahe gegangen. Das waren relativ junge Burschen. Die sagten: ‚Ist doch egal, wir arbeiten auch ohne Geld, nur dass wir mal so zwei, drei Stunden am Tag etwas machen können.‘ Überlegen Sie sich das mal – gruselig, gruselig ist so was."

## Neu sind die Jüngeren

"Verändert hat sich, dass sie jünger werden – das ist so – sie werden jünger. Jugendliche waren bisher eher die Ausnahme bei uns, aus vielerlei Gründen. Man geht nicht so einfach zu Bodo. Bodo ist im Grunde genommen noch stigmatisiert. ‚Das ist die

*Pennerorganisation und wir sind keine Penner und wir sind keine Alkis – wir sind was anderes, wir sind was Besseres.’ Subjektiv. Von daher geht man nicht hin und sagt – ‘he, ich brauche was’. Ich kann das auch nachvollziehen, weil bis vor kurzem war das einzige Angebot, was wir hatten, der Verkauf der Straßenzeitung. Und das ist ein gnadenlos harter Job. Das kann auch nicht jeder. Dazu gehört ein großes Stück Überwindung, sich draußen hinzustellen und die Zeitung hochzuhalten. Ich weiß wovon ich rede, ich habe es probiert. Es ist eine Überwindung und die Sprüche die man kriegt, die kriegt man unabhängig davon, ob man den Verein leitet oder ob man nur die Zeitung verkauft. Das sehen die Leute ja nicht. Die Anpöbeleien haben sie so oder so. Das ist auch mehr geworden. ‘Such dir ne Arbeit’, ‘geh ordentlich arbeiten’ oder irgendwie so etwas.”*

### **Auch Arbeitsagentur und Sozialamt schicken junge Arbeitslose**

*"Hinzu gekommen ist auch ein neues Klientel. Und zwar gibt es beim Arbeitsamt eine Arbeitsgruppe vom Sozialamt - Job 24 – und wir haben Kontakt zu dieser Gruppe bekommen und sind nun dabei, zu gucken, wie wir diese Leute hier integrieren können. Das ist eine Gruppe von jungen Menschen im Alter von 17 bis 25, die im aktiven Sozialhilfebezug steht. Das sind ca. 1.700 Menschen in Dortmund – das kann man sich gar nicht vorstellen – 1.700 junge Menschen, die im aktiven Sozialhilfebezug stehen. Alle haben im Grunde genommen den gleichen Hintergrund. Keine Ausbildung, Schule abgebrochen – auch wieder Leute, die mit 20, 25 keine Perspektive mehr haben. Ich sage immer zynisch: Man müsste anfangen Knäste zu bauen, weil die werden irgendwann alle einmal das Problem kriegen."*

### **Zukunftsangst hat nur der, der eine Zukunft hat**

*"Es kommt häufig vor, dass die aus Familien kommen, die nicht so ganz in Takt gewesen sind. Mittlerweile gibt es ja schon Geschichten ..., es gibt ja die Leute, die in der Sozialhilfe eine Geschichte haben, die sind ja schon in der dritten Generation Sozialhilfeempfänger. So und da verfestigen sich ganz bestimmte Dinge. Wenn Leute bei Opel am Band stehen und wenn da der Absatz nicht stimmt, dann haben die*



*Zukunftsangst. Das kennen diese Leute nicht mehr. Weil sie keine Zukunft haben, haben sie auch keine Angst. Wenn sie nichts mehr zu verlieren haben, dann brauchen sie sich keine Sorgen darum zu machen, dass sie etwas verlieren. Das ist meines Erachtens ein guter Nährboden. Wenn sie sagen, ich habe nichts zu verlieren, ich habe keine Zukunft zu gewinnen, dann ist es mir eigentlich auch egal, was mit mir passiert. So, und bestimmte Dinge braucht man, man braucht Dinge des täglichen Lebens und man braucht das, was einem immer wieder suggeriert wird, man braucht Luxus, dann klaut man sich das einfach. Oder gesellschaftliche Gruppen, da muss man ein bestimmtes Outfit haben, das fängt ja schon teilweise im Kindergarten an. Dann kommt Diskriminierung hinzu. Spätestens dann, wenn man sich diskriminiert fühlt, dann sagt man sich, 'wenn der die Jacke an hat und ich will sie haben und mir die Größe passt, dann frage ich den erst einmal höflich, ob er mir die Jacke nicht geben möchte.*



Und wenn der mir die nicht geben möchte, dann haue ich dem einfach etwas vor die Mappe. Und dann habe ich sie auch, so einfach ist das. ... Die Konsequenzen sind mir egal, weil ob ich im Knast sitze oder zu Hause sitze oder auf der Straße herumlungere ... wo ist der Unterschied? Wo ist der Unterschied?' Oder: 'Die Erfahrung muss man auch mal gemacht haben, im Knast gewesen zu sein.' Die lernen ja auch etwas im Knast, das muss man ja auch einmal sehen."

### **Das Vorenthalten eines Arbeitsplatzes ist ein Verstoß gegen Menschenrechte**

"Ich finde es grauselig, dass man diesen jungen Menschen keinerlei Perspektive bieten kann. Ich frage mich, was ist das für eine Gesellschaft, die sich so etwas herausnimmt, die sagt, das interessiert uns nicht – in Dortmund 1.700 Mann, die schreiben wir ab. Für mich sind die abgeschrieben, weil das, was wir mit denen machen können, oder auch, was die Kolleginnen und Kollegen beim Arbeitsamt mit denen machen können, das ist ganz einfach nicht, eine echte Lebensperspektive vermitteln. Man kann so ein bisschen heilen, an den Symptomen, dass die etwas zu tun haben. Dass die zumindest einmal wissen, was es bedeutet zu arbeiten, das ist ja sehr wichtig.

Ich persönlich denke, Arbeit ist für uns Menschen konstituierendes Merkmal. Und wenn man das jemandem vorenthält, enthält man ihm ein Menschenrecht vor. Also sollten wir nicht immer nach Afrika gucken und sagen, dort werden Menschenrechte verletzt, oder in China werden Menschenrechte verletzt. Die werden hier auch verletzt – nur subtiler. Ich kann jemanden foltern, indem ich ihn physisch malträtiere, ich kann aber auch foltern, indem ich ihn psychisch misshandelt. Das soll keine Analogie sein, aber es ist für mich eine Verletzung von Menschenrechten."

### **Was machen wir mit denen, die der erste Arbeitsmarkt nicht aufnimmt?**

"Es gibt auf dem ersten Arbeitsmarkt für diese minderqualifizierten Tätigkeiten nicht genügend Aufnahme. Deshalb muss man sich überlegen, ob man nicht andere Beschäftigungsfelder und -strukturen schafft, wo man diesen Menschen Beschäftigung anbieten kann. Wir starren immer nur wie

die Schlangen auf den ersten Arbeitsmarkt und überlegen nicht, was er überhaupt aufnehmen kann und was er nicht aufnehmen kann, was übrig bleibt und was wir mit dem was übrig bleibt machen.

Ich habe manchmal den Eindruck, dass dieser Bereich völlig außerhalb der Diskussion steht. Ich habe zumindest noch nichts davon gehört, dass sich jemand intensiv Gedanken darüber macht, wie man diesen gesellschaftlichen Bodensatz so aktiviert, dass man ihn auch als gesellschaftliches Element erhält. Dass man ihn nicht immer weiter nach außen wegdrängt. Das wird meiner Meinung nach perspektivisch auch sehr, sehr, sehr teuer werden für die Gesellschaft. Die Frage ist, wenn wir jetzt sparen und für die Leute nichts tun... Irgendwann werden die als Problemfall für die Gesellschaft wieder auftauchen und dann wird es höchstwahrscheinlich teurer, als wenn man sich jetzt Gedanken machen würde, wie man sie integrieren kann.

Das merkt man an so kleinen Beispielen. Also die Schwarzfahrerei - also unsere Leute fahren zu 90 % schwarz, wobei ich auch sagen könnte, zu 100 % – glaube ich fast. Und die werden auch irgendwann mal erwischt und irgendwann gehen sie dafür in den Kahn. Wir hatten vor zwei Jahren einen Fall, der ist notorisch. Es gibt ja so Pechvögel, die werden dann auch vier mal in der Woche erwischt. Der ist dann für ich glaube drei Monate ins Gefängnis gegangen – für das Schwarzfahren. Da begreife ich das nicht mehr. Für die Kosten, die der verursacht hat, hätte er sein Leben lang eine Fahrkarte kriegen können. (...) Mit dem Ergebnis, der kommt raus und fährt wieder schwarz. Es ist kein Erfolg zu sehen. Das kann auch nicht sein, weil sie das Geld einfach nicht haben. Deshalb sind diese Maßnahmen völlig unsinnig. Sie führen zu nichts, außer, dass man einem Paragrafen genüge getan hat, aber nicht überprüft hat, ob dieser Paragraf sinnvoll ist (...). Das meine ich, dass da Geld auf der einen Seite vergeudet wird, was man anderweitig einsetzen könnte, aber man rechnet halt eben nicht gesamtgesellschaftlich Kosten ab, sondern irgendwie einzel-betriebswirtschaftlich."

### **Für Bodo ist die Gesundheitsreform kein Thema**

"Unsere Leute haben die 10,- Euro. Und wenn die hingehen wollen und müssen,



dann gehen die auch hin. Und das diskutieren die auch nicht. Über solche Dinge können wirklich nur Menschen diskutieren, die eine gesellschaftliche Perspektive haben. Die sagen, ich rege mich darüber auf, weil ich denke, ich kann da noch etwas dran ändern. Aber die Menschen, mit denen wir

zu tun haben, die haben so weit resigniert, dass sie sagen, 'die machen sowieso was sie wollen. Ich nehme das zur Kenntnis und ich verhalte mich danach, weil ich mich danach verhalten muss und keine andere Möglichkeit habe. ...'"





# bodo



**bodo,  
der gemeinnützige Verein  
mit den 4 Buchstaben  
und 4-fachem Service!**

**Postanschrift:**  
8000 Postfach 10 05 43, 44005 Dortmund

**Internet:** [www.bodoev.de](http://www.bodoev.de)

**email:** [info@bodoev.de](mailto:info@bodoev.de)

**Vereinsitz + Redaktion:**  
Mallinckrodtstr. 270, 44147 Dortmund  
Telefon 0231 – 98 22 97 96, Fax: 88 22 527

**Spendenkonto:**  
Stadtparkasse Dortmund  
BLZ: 440 501 99, Konto: 00 104 83 76  
Sparkasse Bochum  
BLZ: 430 500 01, Konto: 10 406 254

**4 x in Bochum und Dortmund:**

- 1. Bücherbasar:**  
Mallinckrodtstr. 270, 44147 Dortmund, U-Bahn Haltestelle „Hafen“  
Telefon 0231 – 88 22 833 Ernst Lange  
Mo. bis Fr. 11.00 – 18.00 Uhr; Sa 10.00 – 15.00 Uhr
- 2. Möbel-Basar:**  
Rheinische Straße 81, 44137 Dortmund, Haltestelle „Heinrichstraße“  
Telefon 0231 – 47 65 883  
Mo. bis Fr. 11.00 – 18.00 Uhr
- 3. Bunker-Basar (Kleider und Trödel):**  
Bunker am Springerplatz (Eingang Maxstraße), 44793 Bochum  
Linie 302, 310 in Richtung Gelsenkirchen, Haltestelle „Annastraße“  
Telefon 0234 – 68 07 72  
Di. und Fr. 10.00 – 17.00 Uhr
- 4. Entrümpelungen, Haushaltsauflösungen, Umzüge und Transporte:**  
Telefon 0231 – 88 22 825 Tanja Walter



**bodo e.V. – Arbeit statt Almosen!**

Bodo e.V.  
Mallinckrodtstr.  
270  
44147 Dortmund,  
fon: 0231/ 882 25 27  
eMail:  
[info@bodoev.de](mailto:info@bodoev.de)

## "Also, ein Wohnungsloser und Quittungen sammeln ... da begegnen sich Welten, die nicht zusammenpassen"

Aus einem Gespräch mit Anne Rabenschlag, Geschäftsführerin des Diakonischen Werks, am 07.05.2004

**Diakonie** 

Das Diakonische Werk ist in Dortmund tätig in den Bereichen Jugendhilfe, Wohnungslosenhilfe, Suchtkrankenhilfe, Hilfe für psychisch Kranke und für Behinderte, Beratung und Gemeinwesen. Ca. 470 bis 480 Mitarbeiter/innen arbeiten in ambulanten und stationären Diensten, wobei Versorgungsketten im Mittelpunkt stehen, die dem Einzelnen bedarfsgerechte Hilfe bieten.

### **Rückläufige Fördermittel und rückläufige Kirchensteuern – eine doppelte Bedrohung für die Zukunft der Beschäftigungsverhältnisse beim Diakonischen Werk**

*"Wir bieten Beschäftigungsverhältnisse mit einer Bezahlung in Analogie zum BAT. (...) Das bringt uns in Schwierigkeiten, da unsere Personalkosten häufig höher sind als die unserer Mitanbieter. (...) Viele sind bereits aus einem dem öffentlichen Dienst vergleichbaren Tarifsystem ausgestiegen. (...) Wir haben bisher alles getan, um betriebsbedingte Kündigungen zu vermeiden. Ich denke, das ist auch bei Kirchen ein Thema, dem man sich mit sehr viel Sorgen nähert, weil wir natürlich wissen, was Arbeitslosigkeit für Leute bedeutet. (...) Nichtsdestotrotz haben wir natürlich eine doppelte Problematik. Einmal die Problematik der Refinanzierungen, wie alle anderen Träger, und dann die rückläufige Kirchensteuer um ca. 25 %. Und wenn man die Enden irgendwann nicht mehr zusammenkriegt, dann weiß ich nicht, ob betriebsbedingte Kündigungen dauerhaft vermeidbar sind. (...) Bisher sehe ich das so, dass wir noch gut eine soziale Absicherung bieten für die Mitarbeiter, die längerfristig bei uns beschäftigt sind. Aber man muss natürlich realistisch sagen, dass ein Einstieg für junge Leute ausgesprochen schwierig ist. Das geht dann nur über Zeitverträge. (...) Also, ich weiß noch, (...) vor 25 Jahren hat man sich über das Thema Zeitverträge überhaupt keine Gedanken gemacht. Fand sie eher als ein unmoralisches Angebot eines Arbeit-*

*gebers. Heute sind die Leute froh und dankbar, wenn sie überhaupt einen Zeitvertrag bekommen."*

### **Integration durch Beschäftigung und nicht durch Bildungsgutscheine**

*"Was ich auch nicht in Ordnung finde, ist immer nur über das Thema Vermittlungsfähigkeit nachzudenken, obwohl nachweislich zu wenig Arbeitsplätze vorhanden sind, in die vermittelt werden kann. Hierdurch wird das Problem den Leuten individuell zugewiesen, obwohl klar ist, dass im großen Umfang Arbeitsplätze fehlen. (...) Bei der anhaltend hohen Arbeitslosigkeit und dem hohen Anteil an Langzeitarbeitslosen haben wir Sorgen, dass die Förderinstrumente der Bundesagentur für Arbeit in erster Linie eingesetzt werden für Menschen mit guten Vermittlungschancen. Unsere Klientel hat dann kaum Chancen auf berufliche Integration. Diese Menschen haben jedoch ebenfalls Entwicklungspotenziale. Wenn die Gesellschaft diese Integration nicht ermöglicht, heißt das nicht automatisch, dass die Leute nicht in der Lage dazu sind. (...) Nach langer Arbeitslosigkeit und mit Begleitproblemen dauert es eine Zeit, wieder in Arbeit reinzukommen. Deshalb sind wir immer der Meinung, es muss für die Leute so etwas wie Förderketten geben. (...) Unsere Klientel kriegt in der Regel kaum Bildungsgutscheine, bzw. kann die selbstverantwortlichen Schritte der Auswahl geeigneter Maßnahmen nicht umsetzen. Und mir ist kein Einzelfall bekannt, wo eines unserer Klientel mal in eine Personalserviceagentur vermittelt worden ist und auf diesem Wege integriert wurde. (...) Das sind Leute, die stärker von dem Beschäftigungsbereich erreicht wurden und dann von da aus in eine Qualifizierung gehen. Deshalb wird man die Folgewirkung z. B. der Bildungsgutscheine auf unsere Klientel zeitverzögert merken. (...) Meine große Sorge (...) ist, dass die Förderinstrumente ausschließlich Menschen zu Gute kommen, die eine hohe Vermittlungsfähigkeit haben. Das*

sind unsere Leute ganz eindeutig nicht und da ist meine große Sorge, dass diese aus beruflicher Integration langfristig rausfallen. Wir finden das Thema Integration in Arbeit immer sehr wichtig, weil wir in einer Arbeitsgesellschaft leben. Nur wer da Fuß fasst, hat auch eine Chance, langfristig klar zu kommen. Und deshalb muss man auch für solch schwierige Personengruppen gucken, was zu tun ist, um ihnen eine Integration zu ermöglichen."

### **Zum Beispiel Wohnungslose: Der kurze Weg von der "normalen Existenz" bis zum Verlust der Wohnung**

"Der Großteil der Wohnungslosen kann in seiner früheren Lebensgeschichte eine ganz normale soziale Existenz vorweisen. Viele von denen haben Berufe ... es ist natürlich auch ein bestimmter Teil der ungelernt ist oder (...) nur eine geringfügige Berufsausbildung hat. Aber viele haben auch Berufsausbildungen und haben auch Jahre in ihrem Beruf gearbeitet. Die fallen ja nicht aus der Gesellschaft raus, weil sie von vornherein keine Grundlagen hatten, sondern unter anderem weil z. B. das Thema Arbeitslosigkeit massive Auswirkungen hat. Z. B. im Familiensystem - Scheidung, Verlust von Partnern usw. und dann verlieren Leute den Boden unter den Füßen, die durchaus mal sozial integriert waren. (...) Und dann kommt der gesundheitliche Aspekt mit dazu und wer bei uns gesellschaftlich im Bereich Arbeit nicht integriert ist, der verliert auch immer mehr Sozialbeziehungen. Wer immer weniger Sozialbeziehungen hat und eine Suchtproblematik hat, der hat damit auch mehr Probleme. Das hängt einfach schlichtweg zusammen. (...) Da stellt sich aber hier die Frage, wenn jemand mal sozial integriert war, kann man da eigentlich sagen, der kann nie wieder sozial integriert werden? Also, ein Großteil der Leute hat durchaus auch was gelernt und hat auch in den Berufen jeweils gearbeitet. (...)"

### **Gesundheitsreform: Die Praxisgebühr und das bürokratische Verfahren schließen Menschen aus dem System der gesundheitlichen Versorgung aus**

"Wir arbeiten ja nun häufig mit Klientel zusammen, die erstens kaum Geld hat und zweitens auch nicht so sozial organisiert ist,



und diesen ganzen Verfahren nicht gewachsen ist. Ich mache das mal am Beispiel fest: Auch Wohnungslose müssen Praxisgebühren, Krankenhauskosten vorfinanzieren, Medikamentenkosten vorfinanzieren, Quittungen sammeln, Anträge auf Anerkennung als Chroniker stellen etc. und nachweisen, dass die Zuzahlung von 1% bzw. 2% bereits erfolgt ist. Also, ein Wohnungsloser und Quittungen sammeln ... da begegnen sich Welten, die nicht zusammenpassen. Und das Ergebnis davon ist, dass die Menschen sich gar nicht mehr trauen, zum Arzt zu gehen, sich keine Medikamente mehr besorgen und, dass sie mit Selbstmedikation arbeiten. Die Vorschläge der Selbstmedikation sind abenteuerlich. Vor kurzem hatten wir z. B. einen, der hatte offene Verletzungen und eitrige Verletzungen und schmierte sich da fleißig Tabak rein, weil er gehört hatte, dass das in irgendeiner Beziehung desinfiziert. Was natürlich wieder erhebliche gesundheitliche Auswirkungen hat. Also, da sehen wir jetzt

Diakonisches Werk  
der Vereinigten  
Kirchenkreise  
Dortmund  
Jägerstr. 5  
44145 Dortmund  
fon:  
0231/ 84 94-274  
eMail:  
geschaefts  
fuehrung.dw  
@vkk-do.de  
Internet:  
www.vkk.org

*schon, dass tut der Gesundheit der Leute nicht gut. Und das ist eine Personengruppe, die bisher schon von Gesundheitsmaßnahmen eigentlich eher weniger erreicht wurde. Die eine besondere Ermutigung und Unterstützung braucht, um zum Arzt zu gehen und die Schamschwelle zu überwinden. (...) Viele Wohnungslose brauchen eine besondere Unterstützung. Viele von denen haben überhaupt kein Körpergefühl mehr, sie unterschätzen ihre Krankheiten und Schädigungen und trauen sich nicht zum Arzt zu gehen. (...)*

*Gesundheitsmaßnahmen sind für die Leute wesentlich schwieriger zu erreichen. Den Leuten deutlich zu machen, du musst jetzt deine Praxisgebühr bezahlen, und 'komm spar mal für die Medikamente und dann rechne mal ab', ist schwieriger. (...) Das Beispiel Quittungen sammeln bei Wohnungslosen macht es ja deutlich. Um so klarer ist auch, dass sie schon alleine auf Grund der bürokratischen Verfahren rausfallen. Nicht nur auf Grund der finanziellen Möglichkeiten, sondern, da beißen sich Lebenswelten."*

### **10,- € sind auch eine hohe Hürde für Verdienende und Rentner/innen mit geringen Einkommen**

*"Es ist ja bei vielen Leuten so, die ganz normal sozial integriert sind, die wenig Geld haben, Familien usw., wo der Lohn von der Sozialhilfe nicht so fürchterlich weit weg ist, die haben auch massive Probleme. Vor wenigen Tagen musste z. B. mein Sohn zum Arzt, wie bei allen Volljährigen waren Praxisgebühr und Medikamentenzuzahlungen fällig. Ist auch in Ordnung, kann ich auch bezahlen, will ich auch bezahlen, ist nicht das Thema. Neuerdings haben volljährige Jugendliche keinen Anspruch mehr auf Kostenbefreiung. Gut, in unserer Situation ist das kein Problem, wir können das bezahlen. Aber was macht jetzt eine Familie mit einem Niedrigeinkommen, mit ein, zwei volljährigen oder fast volljährigen Kindern, die beruflich noch nicht integriert sind? Wie zahlen denn die das? Ich denke, dass es da viele geben wird, bei denen ab einem bestimmten Alter auch die medizinische Versorgung der Kinder wesentlich schwieriger wird.*

*Wir haben ja immer auch Spenden- und Beihilfetöpfe, gerade auch im Bereich der Wohnungslosenhilfe. Wir gehen da sehr*

*vorsichtig mit um, weil Leute an Spenden zu gewöhnen heißt ja auch, sie in eine vollkommene Abhängigkeit rein zu bringen. (...) Aber im Bereich Beihilfen ist das momentan bei uns ansteigend, weil die Leute dann zum Teil teure Medikamente brauchen, die sie wirklich überhaupt nicht bezahlen können. Da hat man jemanden mühsam motiviert, ins Krankenhaus zu gehen, sich behandeln zu lassen, dann wird der behandelt, kommt wieder raus und scheitert an der Thematik 'Zuzahlungen'. Da muss man was machen.*

*Ich hab mit unseren Pfarrern gesprochen und die beschreiben, dass sie zunehmend auch ältere Menschen haben, die mit ihrem Geld hinten und vorne nicht mehr klarkommen. Gerade eben auch über das Stichwort Zuzahlung von Medikamenten und Ähnlichem. Die dann zwar alle wissen, sie können als Chroniker einen Antrag stellen. Sie sind auch in der Regel so sortiert, dass sie das hintereinander kriegen können. Die scheitern nicht daran, dass das Quittungen sammeln ein Problem ist, aber die scheitern daran, dass das Vorfinanzieren der Medikamente – bis sie das dann nachweisen können, 'ich hab die Summe für das Jahr erreicht' –, schon in den ersten Monaten zur Folge hat, dass sie im Portemonnaie nichts mehr zum Leben haben. Und, dass dann Leute wirklich, die für ihre Rente gearbeitet haben, mit Tränen in den Augen beim Pfarrhaus stehen, weil sie nicht mehr wissen wie ..."*

### **Dortmund tut etwas: Fünf Millionen für das Dortmund-Projekt und 15 Millionen für die Beschäftigungsförderung – das soll so bleiben!**

*"In Dortmund können wir froh sein, dass wir eine Kommune haben, die die Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung sehr hoch hält und auch besonders in dem Bereich Beschäftigungsförderung sehr viel macht, kommunales Geld rein steckt. (...) In das Dortmund-Projekt gehen z. B. fünf Millionen Euro, in die Beschäftigungsförderung gehen fünfzehn Millionen Euro. Ich finde das auch eine gut gesetzte Dimension. (...) Dass auch in dieser schwierigen Zeit die Bereitschaft weiterhin da ist, in diese Bereiche zu investieren, hoffe ich. Das ist eine hohe, aber notwendige Herausforderung – auch für die Zukunft. Ich wünsche mir, dass das weiterhin ein kommunaler Schwerpunkt bleibt."*

## **"In der öffentlichen Debatte steht einfach nicht, wie Voraussetzungen für die Realisierung der Zumutbarkeit geschaffen werden können"**

**Aus einem Gespräch mit Christine Gilbert, Projektleiterin und Sigrid Pettrup, Trainerin und Personaldisponentin im Projekt "JOBlokal" bei der Dortmunder Beschäftigungs-, Qualifizierungs- und Ausbildungsgesellschaft (dobeq GmbH), am 31.03.2004**

Christine Gilbert leitet das Projekt "JOBlokal – Initiative für Geringqualifizierte", das im Rahmen der Europäischen Gemeinschaftsinitiative Urban II läuft. Das Projekt verfolgt das Ziel, Arbeitslosen in der Dortmunder Nordstadt den Zugang zu Arbeit durch Qualifizierung und Arbeitsvermittlung zu erleichtern. Christine Gilbert erläutert das Angebot: "Wir haben eine offene Kontaktstelle eingerichtet und bieten Arbeitsvermittlung, gekoppelt mit einem 14-tägigen Qualifizierungsangebot (...). Wir führen ein Profiling und ein achttägiges EDV-Bewerbstrainingsprogramm durch. Die Teilnehmenden erstellen hier ihre kompletten Bewerbungsunterlagen (...). Letztlich alles mit dem Ziel, alle notwendigen Voraussetzungen für die effektive Arbeitssuche zu schaffen, um dann auch passgenaue Arbeitsstellen zu suchen (...)." Auf Nachfrage erläutert die Projektleiterin den Begriff 'Profiling': "Profiling ist im Grunde genommen eine Erhebung von Stärken und Fähigkeiten, um heraus zu bekommen, wo Chancen liegen. Das heißt, grundsätzlich wird im Profiling alles erhoben, (...) was die Integrationschance - die Vermittlung in Arbeit - erhöht. Dabei wird natürlich über die Erfassung des beruflichen Werdeganges hinausgegangen. Schlüsselqualifikationen werden abgefragt, soziale Kompetenzen werden eingeschätzt und gleichzeitig trainiert. Dies erfolgt zum einen in Einzelgesprächen, zum anderen auch in einem mehrtägigen Gruppenangebot."

### **Menschen mit erheblichem Qualifizierungsbedarf**

Christine Gilbert: "Wir erleben hier einen erheblichen Qualifizierungsbedarf, gerade bei benachteiligten Gruppen im Bereich der Geringqualifizierten. Ein großes Problem sehe ich darin, wenn Fördermittel für diese Zielgruppe, insbesondere für Migrantinnen und Migranten, immer weiter gestrichen

werden. (...). Hinzu kommt, dass schnelle Arbeitsvermittlung erste Priorität hat, die möglichst nach einem kurzen standardisierten Test- und Einschätzungsverfahren erfolgreich erfolgen soll. Und das lässt sich mit unserer Zielgruppe der benachteiligten Menschen nicht realisieren. Die brauchen mehr (...), viele Analphabeten. Wenn Benachteiligtenförderung weiterhin reduziert wird, stellt sich für uns die Frage, was passiert dann mit diesen Menschen, die durchs Netz fallen? Die können de facto mit dem nicht mehr Schritt halten, was man von ihnen an Selbstständigkeit und Eigenständigkeit erwartet (...). Wir haben hier viele, die können an unserer Gruppenqualifizierung nicht teilnehmen. Sie sind nicht in der Lage, dem zu folgen. Hier bieten wir Einzelqualifizierungen an, um die notwendigen Voraussetzungen für die Arbeitssuche zu schaffen. (...) In der Nordstadt lebt ein hoher Anteil an Geringqualifizierten. Das ist kennzeichnend für unsere Klientel. (...), keinen Schulabschluss, Schulausbildung abgebrochen, große Lernferne, mitunter Jahrzehnte lang keinen Zugang mehr zu Bildung."

Sigrid Pettrup ergänzt aus ihren jüngsten Erfahrungen das Spektrum der Zielgruppe: "Wir hatten in der letzten Gruppe drei geschiedene moslemische Frauen, was relativ untypisch ist. Die Tradition dieses Personenkreises sieht ja nicht unbedingt berufliche Selbstständigkeit und eigene Erwerbstätigkeit vor. Sie sind nicht darauf vorbereitet, dass sie wirklich einmal beruflich aktiv werden müssen (...), auf eigenen Füßen stehen müssen. (...) Sie haben auch keine große Chance, weil sie einfach Jahre lang für Kindererziehung zuständig waren."

### **Die Fähigkeit, mobil zu sein**

Christine Gilbert: "Es gibt Menschen, die sind nicht in der Lage, innerhalb Dortmunds von A nach B mit der Bahn zu fahren. Sie



werden von uns einmal begleitet, damit sie es schaffen, zur Arbeit zu kommen. Das sind Vermittlungshemmnisse, die tatsächlich und real vorhanden sind und wo unser Service dann eine Brücke in die Arbeitswelt bieten kann. Und das sind nicht nur Einzelfälle."

Sigrid Pettrup: "Nein, Einzelfälle sind das nicht. (...) Hier gibt es dann so Vorstellungen: 'Ja klar, ich kann in Hamm arbeiten, weil ich kenne Hamm, meine Oma wohnt in Hamm, aber ich weiß nicht, wie man nach Essen kommt.' Sie haben also nicht die Erfahrung gemacht, dass Essen genau so mit Bus und Bahn erreichbar ist. In der öffentlichen Debatte steht einfach nicht, wie Voraussetzungen für die Realisierung der Zumutbarkeit geschaffen werden können. Beispielsweise bei den Menschen, die hier immer im Ort gearbeitet haben. (...) Das ist ihre Unerfahrenheit. Die haben so etwas nie gemacht und die müssen sich jetzt umorientieren, was erst einmal in Ordnung ist. (...) Man muss aber dafür sorgen, dass sie die Möglichkeit haben, sich zu flexibilisieren. Es gibt einige, die, wenn ich ihnen einen Job in Essen vorschlage, vor mir stehen und Angst haben. Hier muss man ganz konkret die Ängste nehmen. Man kann nicht einfach sagen: 'Er hatte einen Vermittlungsvorschlag in Essen, den hat er nicht angenommen' (...), mal abgesehen davon, dass es einfach schwierig ist, jemandem zu vermitteln, dass er nach Essen-Kray fahren soll für eine Teilzeitstelle für 6,20 € brutto pro Stunde."

### **Arbeit muss lohnenswert bleiben, auch für Geringqualifizierte**

Christine Gilbert: "Die andere Seite ist aber auch, dass die Löhne so in den Keller gegangen sind. (...) So, dass (...) sich Arbeit gar nicht mehr lohnt, wenn der Arbeitslohn für eine Tätigkeit möglicherweise unter dem Sozialhilfesatz liegt oder minimal darüber." Sigrid Pettrup: "Ab ersten April dürfen zum Beispiel Reinigungsjobs über Zeitarbeitsfirmen vermittelt werden. In der Reinigungsbranche wurden bis jetzt ganz gute Löhne bezahlt. Wir haben eine Frau vermittelt (...), ihr ist ganz klar gesagt worden, dass sich ab dem ersten April eine Lohnminderung ergeben wird, (...) von 8,14 € auf 6,94 €. Das ist natürlich auch einfach so eine Sache, die man hinnehmen muss. 'Ich werde angestellt, habe einen

Vertrag, aber ab dem ersten April bekomme ich weniger."

### **Unsicherheit, Angst und Arbeitslosengeld II**

Christine Gilbert: "Es ist einfach immer mehr Unsicherheit da (...), es ist wirklich schwierig, und nicht nur für unsere Kunden zu durchschauen, (...) was demnächst auf sie zukommt. (...) Das ist der Faktor Angst, der zunimmt, weil vieles noch gar nicht so klar ist (...). Unsicherheit, Zukunftsängste, Existenzängste. (...) Wenn dann die Zusammenlegung von Arbeitslosengeld und Sozialhilfe kommt. Dann wird es noch mal anders werden. (...) Da ist zum Beispiel so ein Fall von jemandem, der fast 40 Jahre in Beschäftigung war, jetzt aber als Vermittlungshemmnis an erster Stelle hat, dass er über 50 ist. (...) Der zählt sehr schnell nicht mehr zu den 'Arbeitslosen', sondern zu den 'Sozialhilfeempfängern'."

### **Wünsche an Gewerkschaften**

Christine Gilbert: "Einerseits finde ich Mindestlöhne ganz wichtig, so dass der Ermessensspielraum nicht ganz in betriebswirtschaftlicher Hand liegt. Das andere aber auch – kümmert euch um Arbeitszeit. Da geht ja der Trend wieder in Richtung Mehrarbeit, 40 Stunden und mehr. Das Arbeitsaustrittsalter soll noch einmal verlängert werden. Das ist sicher nicht der Weg, wenn immer mehr arbeitslose Menschen sich wenig vorhandenes Arbeitspotenzial teilen müssen."

### **Wünsche an die Politik**

Die Zielgruppe 'Geringqualifizierte' setzt sich aus sehr unterschiedlichen Individuen zusammen. Christine Gilbert und Sigrid Pettrup haben die Erfahrung gemacht, dass die einen schnell zu vermitteln sind, wohingegen die anderen nicht einmal in der Lage sind, bestimmte Voraussetzungen für die Vermittelbarkeit zu erfüllen: Sie sind z. B. nicht in der Lage, Bewerbungen zu schreiben, oder sind in ihrer Mobilität stark eingeschränkt. Eine Integration hält Christine Gilbert nur mit einer Arbeitsgesetzgebung für möglich, die es erlaubt, auf die Bedürfnisse der Einzelnen einzugehen: "Das geht mit einem statischen Regelwerk nicht, in dem individuelle Ermessensspielräume nicht mehr vorgesehen oder untransparent dargestellt sind, so dass sie nicht erkannt werden."

# "Die Dienstleistung 'Integration von Arbeitslosen' ist bei 'Geringqualifizierten' die Quadratur des Kreises"

Aus einem Gespräch mit Gabriele Lenz und Manfred Trinkert vom Christlichen Jugenddorf (CJD) "Zeche Germania" am 17.03.2004

Manfred Trinkert ist Leiter der Umweltwerkstatt und Geschäftsführer des Integrationsbetriebes Zeche Germania gGmbH. Gabriele Lenz arbeitet in Projekten des CJD, akquiriert Maßnahmen und ist für die Kooperation mit anderen Projektträgern zuständig. Auf der Zeche Germania befindet sich ein Qualifizierungszentrum für Jugendliche mit und ohne Behinderung, Langzeitarbeitslose, Menschen mit Migrationshintergrund, Erwachsene mit Behinderungen, Menschen, die älter sind und deshalb keinen Arbeitsplatz finden. Durch die Art der Gewerke sind die Teilnehmenden weit überwiegend männlich.

## Mehr Aufwand ...

Gabriele Lenz und Manfred Trinkert berichten, dass die Veränderungen auf Grund der Hartz-Gesetze die Arbeit extrem verdichten – wegen der Verkürzung der Maßnahmen – und unplanbar machen – wegen der neuen Vergabeverfahren. Das CJD hat sich bereits an den Ausschreibungen für die Durchführung von Qualifizierungs- und Beschäftigungsmaßnahmen beteiligt. Die Maßnahmen, die in Dortmund stattfinden sollen, werden immer häufiger bundesweit von der Agentur für Arbeit ausgeschrieben. Den Zuschlag erhielten andere Träger. Gabriele Lenz beschreibt die Verfahren: *"Das gesamte Verfahren bedeutet ein großes Maß an Arbeitsaufwand für alle in Konkurrenz zu anderen Trägern und mit dem Bewusstsein, dass nur ein Sieger übrig bleiben kann. Die gesamte Arbeit der Projektentwicklung wird nicht bezahlt. Sie muss von den Trägern als Eigenleistung erbracht werden und bindet damit viel Kraft und Personalkapazität."* Die gewachsenen Strukturen, die Kontakte mit dem Jugend- und Sozialamt, die Kontakte mit dem Arbeitsamt, die regionalen Bezüge gehen verloren. Manfred Trinkert: *"Früher hatte man Ansprechpartner, mit denen man die Anträge, die man stellte, besprechen konnte. Aktuell gibt es statt dessen*

*einen unpersönlichen interpretationsfähigen Fragen-Antworten-Katalog via Internet auf der Webseite der Bundesagentur für Arbeit."*

Frühere Anträge wurden nicht nach "VOL-A"<sup>2</sup> vergeben, sondern man bekam einen Bewilligungsbescheid. Das ist jetzt nicht mehr so. Gabriele Lenz: *"Die Dienstleistung 'Integration von Arbeitslosen' ist jetzt, zynisch gesagt, vergleichbar mit der Lieferung von 100.000 Blättern Kopierpapier. Diese Dienstleistung wird unter kaufmännischen Gesichtspunkten betrachtet. Wenn jedoch bis zum untersten Limit kalkuliert wird, droht auf Trägerseite Insolvenz."*

Andere Maßnahmen des CJD werden aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF) finanziert. Hieraus werden überwiegend Projektnetzwerke gefördert. Damit entsteht ein zusätzlicher Abstimmungsbedarf. Gabriele Lenz: *"Durch die elektronischen Medien ist das hohe Maß an Abstimmung überhaupt erst in dem notwendigen Umfang möglich geworden, jedoch ist die Verdichtung der Arbeit dadurch immens."*

## ... für kürzere Integrationsmaßnahmen

Die Verkürzung der Dauer von Integrationsmaßnahmen auf ein halbes Jahr bewerten beide generell mit großer Skepsis. Lenz: *"Wir hatten gute Vermittlungsquoten (...), teilweise bis zu 100 %. Die Teilnehmenden waren mindestens ein Jahr beim Träger beschäftigt. Sie wurden darüber hinaus drei Monate in dem neuen Arbeitsverhältnis weiter betreut – so war eine realistische Chance der Integration in den Arbeitsmarkt gegeben. Die neue Förderphilosophie 'kürzer – schneller – besser' mit zunehmend mehr Halbjahresprogrammen erscheint für Träger und Teilnehmende in vielen Fällen wenig erfolgreich und sinnvoll."* Nach den Erfahrungen von Frau Lenz ist ein Jahr das Minimum an Zeit, die man braucht, um

<sup>2</sup> (vgl. "Lesehilfen")





Langzeitarbeitslose zu integrieren. *"Teilnehmende müssen zunächst ankommen, sich an die ungewohnte Situation der neuen Aufgaben und Kollegen gewöhnen. Es stürzen viele Dinge auf die Langzeitarbeitslosen ein, die verarbeitet und verstanden werden wollen: wichtige und notwendige Qualifizierungen, Ämtergänge, Urlaub und eventuell Krankheitszeiten während der Arbeitszeit und Einarbeitung in das Berufsfeld – ein Jahr ist im Flug vorbei. Alle Anforderungen müssen jetzt in sechs Monaten bewältigt werden. Und der Organisationsaufwand ist gleich geblieben für Berichte, Listen, Verwendungsnachweis, Personalwesen etc."* Manfred Trinkert ergänzt: *"Für die Teilnehmenden ist das der Tod der Motivation."*



### **Wenn Jugendliche schon eine Maßnahmekarriere haben**

Wenn die Maßnahmen zu kurz sind und die Integration nicht gelingt, gehen die Teilnehmenden in eine weitere Maßnah-

me – manchmal in mehrere hintereinander. Gabriele Lenz: *"Ganz prekär wirkt sich das bei Jugendlichen aus, die so eine Maßnahmekarriere haben. Sie sind noch ganz jung und haben schon kein Interesse. (...) Ein typischer, durch die Lebensumstände geprägter Verlauf sieht bei diesen Jugendlichen folgendermaßen aus: keinen Schulabschluss, nach der Schule ohne Ausbildungschance geschweige denn Arbeit, Teilnahme an einer Maßnahme, fehlt, kommt nicht, taucht wieder unter, hat Handyschulden – die klassische Schuldenfalle bei Jugendlichen – taucht wieder auf, weil er zu Hause heraus geschmissen wurde, ist dann wieder in einer anderen Maßnahme, macht wieder ein halbes Jahr, stabilisiert sich. – Jetzt wäre es wichtig, dies zu stärken und als dauerhafte Grundlage auszubauen. Dann ist die ohnehin kurze Maßnahme ohne Nachbetreuung zu Ende und es geht nicht weiter, so dass sich der junge Mensch wiederum verschoben fühlt. Sitzt auf Fluren, wartet, wartet ... und hofft. Das Gefühl verstärkt sich, nicht gebraucht zu werden, überflüssig zu sein. In der Folge entwickelt sich Frust, Aggression und destruktives Gedankengut."*

### **Für Jugendliche um die 16 sind die Jobcenter genau richtig**

Zurzeit wird mit jungen Leuten aus Integrationsmaßnahmen ein Abschlussgespräch geführt. Dann werden sie an die Fallmanager im Jobcenter weitergeleitet. Die Fallmanager haben wesentlich kleinere Betreuungsschlüssel – ein Fallmanager ist für 60 Jugendliche zuständig. Anders als die Vermittler/innen im Arbeitsamt, die jeweils für 600 bis 900 Arbeitslose zuständig sind. Gabriele Lenz: *"Im Jobcenter ist die Chance größer, dass die Vermittlung erfolgreich verläuft. Den Eindruck erhält man durch die dortige Kommunikation - 'was können wir tun(?)' - und Betreuung. Für Jugendliche um die 16 Jahre ist das Jobcenter genau richtig, weil sie dort noch einen Motivationsschub bekommen. (...) Früher wären sie zur Zeche oder zu Hoesch gegangen. Dort hätten sie ihren Job als Hilfsarbeiter bekommen und auch ausgeübt. Nur diese Arbeitsplätze existieren heute nicht mehr. Auch die Anzahl der Ausbildungsplätze reicht nicht aus. Deshalb müssen Wege gefunden werden, damit diese jungen Menschen Lebens- und Arbeitsperspektiven entwickeln können."*



## Ein Appell an alle, die meinen, in Zukunft nicht betroffen zu sein

Frau Lenz richtet zum Abschluss einen Appell an die, die es lesen: "... dass wir alle ebenfalls ganz schnell in die Situation kommen können, 'ein arbeitssuchender Teilnehmer' zu sein – wenn keine Beziehungen und Seilschaften – 'Selbstvermarktungsstrategien' – während des Arbeitslebens aufgebaut wurden, weil es nicht notwendig erschien. Wenn der Betrieb unerwartet in Insolvenz geht, stürzen sie in ein Loch. Sie haben vielleicht jahrelang ihre ganze Kraft in den Betrieb gegeben, sind jetzt in dem 'Greisenalter' von 45 Jahren und besitzen einem Erfahrungsschatz, den jetzt plötzlich niemand mehr will. Sie glaubten, mit ihrem

Engagement und ihrer Qualifikation kann ihnen nichts passieren – und doch ist ein Jahr Arbeitslosengeldbezug schnell vorüber. Jetzt geht es darum, dass sie ihre Lebensversicherung kündigen müssen, um von den Erträgen zu leben, die für Ihre Altersvorsorge vorgesehen war. Sie fühlen sich ungerecht behandelt, ausgeschlossen, verunsichert und arm an Perspektive. Das passiert, ohne, dass man Alkoholiker ist, ohne, dass man unqualifiziert ist, ohne, dass man ständig krank war, ohne, dass man schlechte Arbeit gemacht hat, trotz Loyalität zum Arbeitgeber. Arbeitslosigkeit hat viele Gesichter und ist erst in zweiter Linie eine Prozentzahl in der Statistik."



**Keiner darf verloren gehen!**

CJD Dortmund

CJD Jugenddorf  
Dortmund  
Zeche Germania  
Martener Str. 429  
44379 Dortmund  
fon:  
0231/ 961 307-0  
eMail:  
cjd.dortmund@  
cjd.de  
Internet: www.  
cjd-dortmund.de

# "Allen Trägern schwimmen die Felle davon!"

**Aus einem Gespräch mit Angelika Axmann von der Koordinierungsstelle der Interessengemeinschaft Sozialgewerblicher Beschäftigungsinitiativen e. V. (ISB) und Andreas Koch, Vorstand ISB sowie Geschäftsführer der Grünbau GmbH, am 16.03.2004**

Der ISB e. V. ist ein Zusammenschluss von Qualifizierungs- und Beschäftigungsträgern aus Dortmund bzw. dem östlichen Ruhrgebiet (vgl. auch das Abkürzungsverzeichnis im Kapitel "Lesehilfen"). Mit ihm wird das Ziel verfolgt, Kompetenzen und Ressourcen zu bündeln, um sie für unterschiedliche Zielgruppen optimiert bereit zu stellen. Die Angebote vereinen die Bereiche Qualifizierung, Beschäftigungsförderung und Weiterbildung. Zudem ist es für die Träger notwendiger geworden, sich zusammen zu schließen, um der neuen Ausschreibungspraxis der Bundesagentur für Arbeit gerecht zu werden. Die Ausschreibungspraxis spricht insbesondere Bietergemeinschaften an. Andreas Koch: *"Allen Trägern schwimmen die Felle davon. Bewährte Programmstrukturen gibt es nicht mehr. Alle paddeln umher. (...) Etablierte Strukturen brechen weg. Man erwartet von uns, dass wir das mit den Ausschreibungen organisieren. – Innerhalb des ISB oder gemeinsam mit anderen Trägern."* Angelika Axmann: *"Die Situation in Dortmund ist insofern eine besondere, weil sich hier eine breit gefächerte, dezentrale Trägerlandschaft entwickelt hat. Es gibt eine große Anzahl an Trägern. Die Träger, die sich hier halten, leisten gute Arbeit. (...) Durch diese dezentrale Struktur ist die Situation hier ganz anders, als in den Kommunen, in denen ein bzw. wenige zentrale Träger arbeiten."*

## **Schnelleres Handeln unter größerer Unsicherheit**

Angelika Axmann: *"Obwohl viele Maßnahmen wegbrechen wird die Arbeit für die Entscheidungsträger und insgesamt für die Bildungs- und Beschäftigungsgesellschaften nicht weniger. Das trifft auch auf den Trägerzusammenschluss des ISB zu. Die Geschäftsführerinnen und Geschäftsführer unserer Mitgliedsorganisationen oder auch diese Koordinierungsstelle haben die Aufgabe, die entstandenen Auftragslücken zu füllen. Und das bedeutet Mehrarbeit für alle."*

Andreas Koch beschreibt, dass jetzt alle Träger in einer Orientierungsphase sind. Dass sie schauen, wo sie überhaupt stehen, und ob sie sich neu positionieren müssen. Solche Verfahren wie Ausschreibungen waren für die meisten neu. Sie wussten überhaupt nicht, welche Preise realisiert werden können. Andreas Koch: *"Der Markt der Ausschreibungen befindet sich in einer Preisbildungsphase. Große werden sich dabei länger halten, die Kleinen kommen da nicht mit!"* Wenn die Träger diese Orientierung erfolgreich bewältigen, was schon Mehraufwand bedeutet, kommt zudem auf sie zu, dass sie für sehr wenig Geld sehr viel Zeit investieren müssen. Der Aufwand, einen Antrag auf ein dickes Förderprogramm oder ein kleines zu schreiben, ist nach den Erfahrungen von Andreas Koch relativ identisch. *"Also, wenn ich mir angucke, was wir bei manchen Programmen für Anforderungen an das Berichtswesen haben (...) – das ist unglaublich. Generell habe ich auch den Eindruck, viele Behörden haben nichts mehr zu bewilligen, sondern widmen sich jetzt ganz ausgiebig dem Prüfen. (...) Die Anforderungen gehen immer weiter nach oben und scheinen oft gekoppelt mit dem Generalverdacht, dass die Träger betrügen. Öffentliche Äußerungen z. B. aus der Politik wie 'Arbeitsmarktmafia' geben dieser Einstellung Arbeitsmarktdienstleistern gegenüber zusätzlichen Auftrieb."*

## **Die Notwendigkeit zu handeln**

Angelika Axmann befürchtet, dass die Neuregelungen deutliche Spuren in der Trägerlandschaft hinterlassen wird: *"Ich glaube, dass in der Arbeitsverwaltung und bei anderen öffentlichen Geldgebern eine Entwicklung forciert wird, die langfristig wenig nützlich ist, indem man Strukturen zerschlägt, oder zulässt, dass sie kaputt gehen oder aktiv daran mithilft (...). Dieser Prozess ist nicht umkehrbar, falls erkannt wird, dass das Ergebnis nicht den Erwartungen entspricht. Die Strukturen sind*

nicht einfach wieder rückholbar. (...) Es wird eine andere Trägerlandschaft sein. Es wird etwas fehlen. Es werden Kompetenzen verloren gegangen sein. Das glaube ich schon. Und das schlimmste, was die Träger machen können, ist meiner Meinung nach, zu sagen, wir überwintern. Sie müssen sich entwickeln. Alle müssen das tun, was jetzt nur manche tun – nach neuen Wegen suchen, wenn sie ihre Dienstleistung weiter verkaufen wollen. Sie müssen ihre Dienstleistungen und Angebote profilieren. (...) Der Versuch zu überwintern wäre fatal. Decke über den Kopf und dann, wenn alles vorbei ist kann ich ja wieder rauskommen. Wenn ein Träger das zu seiner Strategie erklärt, wird er hinterher eben nicht mehr herauskommen. Er wird nicht mehr dabei sein. Das ist genau das Schwierige. Sich als Träger in dieser unsicheren Situation auf seine Kompetenzen zu besinnen und auf dieser Grundlage intelligente, marktfähige Produkte zu entwickeln."

### Das Beispiel GrünBau

GrünBau gibt es seit 1987. Seine Wurzeln liegen in der sozialen Stadterneuerung. Zu Hause ist der Berufshilfebetrieb in der Dortmunder Nordstadt. Er versucht eine Beschäftigungspolitik mit sozialräumlichem Ansatz. Das heißt, dass insbesondere für die Menschen, die in der Nordstadt leben, durch die Beschäftigungsprojekte eine Verbesserung des eigenen Wohnumfeldes erreicht werden soll. Auch für GrünBau gehen in der neuen Zeit wesentliche Aspekte der bisherigen Arbeit verloren. Andreas Koch: "Das Ausschreibungsverfahren der Agenturen sieht keinen sozialräumlichen Ansatz mehr vor, sondern Ausschreibungslose, die von ihrer Größe her meiner Meinung nach mancher Klientel überhaupt nicht gerecht werden. Manche Zielgruppen muss man da abholen, wo sie wohnen und leben - in ihrer Lebenswelt. Das ist zurzeit nicht mehr möglich. (...) Wenn man sich überlegt, dass die Programme der sozialen Stadterneuerung – z. B. Soziale Stadt, URBAN II –, aber auch Jugendberufshilfemaßnahmen (...) absolut sozialräumlich organisiert sind, und dass die gesamte fachliche Entwicklung in den letzten Jahren in diese Richtung ging – Quartiersmanagement etc. – dann sehe ich, dass die neue Ausschreibungspraxis dieses konterkariert."

### Sie fordern mehr als sie fördern!

Andreas Koch: "Das 'Hartz-Prinzip ,Fördern und Fordern' - das ist schon jetzt so, dass die Teilnehmer das massiv merken. (...) Dabei steht das Fordern deutlich über dem Fördern" Dies bestätigt auch Angelika Axmann und bringt dafür ein anderes Beispiel: "Fördern würde ja – zumindest nach meiner Auffassung – bedeuten, dass alles darangesetzt wird, etwaige Qualifikationslücken der arbeitslos gewordenen Menschen zu schließen. Darüber hinaus ist hinlänglich bekannt, dass Zeiten von Arbeitslosigkeit in der Regel zu einem Verlust von Kompetenzen bei den Betroffenen führen. Einmal erworbene berufliche Qualifikationen veralten nicht nur, sie müssen auch genutzt werden, um berufliche Handlungsfähigkeit zu erhalten. Hier sind Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung erforderlich. Die werden jedoch z. Z. zurück gefahren. Wird das Qualifikationsniveau eines formal qualifizierten Arbeitslosen nicht durch geeignete Maßnahmen der beruflichen Fort- und Weiterbildung erhalten bzw. erhöht, besteht die Gefahr, dass er auf Dauer aus dem Beschäftigungssystem herausfällt. Der Verkauf seiner Arbeitskraft wird ihm immer weniger gelingen." Andreas Koch: "Das ist doch fatal, die werden wirklich dauerhaft abgekoppelt. Das sieht man ja gerade daran, dass für sie keine Arbeitslosenversicherung mehr bei ABM-Lohn gezahlt wird. Das heißt, sie kommen nicht mehr in das andere System zurück. Es gibt dann ein Parallelsystem, aus dem man ganz schlecht heraus kommt. Das ist fatal und auch sehr diskriminierend, auf einmal zu hören, 'ich bin nur noch Profiling fünf'. Da kommt man schlecht wieder heraus. Das ist ein geschlossenes System, das da kreierte wird. Im Gegensatz zu dem alten, das hat man ja Verschiebebahnhof genannt. 'Die Kommunen schieben ja nur Leute und Kosten rüber zur Bundesanstalt für Arbeit mit Arbeit-statt-Sozialhilfe'. Aber gleichzeitig war das auch immer eine Auf- und Ausstiegchance. Das wird völlig verschwiegen. Es wird nur der Verschiebebahnhof gesehen. – Es wird jetzt mit den Aktivierungshilfen, den neuen ABM, den Arbeitsgelegenheiten etc. ein geschlossenes System aufgebaut, wie es das zum Beispiel bei den Behindertenwerkstätten schon lange gibt. Dort wird dieses System schon lange fach-

<sup>3</sup>(vgl. "Lesehilfen")

ISB  
Koordinierungs-  
büro  
Münsterstr. 38  
44145 Dortmund  
fon:  
0231/ 847 954-12  
eMail: axmann@  
isb.vffr.de

lich als Ausgrenzung kritisiert und inzwischen werden viele Menschen durch Integrationsfirmen etc. ein Stück weit aus den Werkstätten für Behinderte zurück ins 'Normalsystem' geholt. Warum schafft man gleichzeitig jetzt für sogenannte Arbeitsmarktferne ein neues Diskriminierungsinstrument außerhalb des ersten Arbeitsmarktes und koppelt sowieso schon benachteiligte Menschen endgültig vom Arbeitsmarkt ab?"

### Wünsche an die Politik

Von der Kommune wünscht sich Andreas Koch: "..., dass sie sich auf keinen Fall aus der Umsetzung der Hartz-Instrumente heraus halten darf. Es gibt eine gewachsene intensive Zusammenarbeit mit den kommunalen Fachämtern und eine hohe fachliche Kompetenz der städtischen Mitarbeiter. Das Wissen um die Arbeitsmarktregion und gerade um die Zielgruppen der Sozial- und Jugendhilfe muss weiter in den JobCentern verfügbar sein. Die eher zentral ausgerichtete Bundesagentur kann hiervon profitieren. Es sollte daher ein Umdenken aller Beteiligten stattfinden. Zunächst gab es eine Euphorie: Alles macht jetzt die Agentur

mit den Hartz-Konzepten, wir machen unsere kommunalen Läden zu. Die heißen: 'Abteilung für berufliche Integration' des Sozialamtes, 'Jugendberufshilfe' des Jugendamtes und 'kommunaler Arbeitsmarktfonds' der Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung. Auch letzterer wird sicherlich einmal zur Diskussion stehen. Ab 2005 werden wir die Diskussion kriegen, dass wir den nicht brauchen. Und das wäre fatal. Der war immer das Schmiermittel bei den Maßnahmen. Der Fonds ist sehr klein, aber er hat immer durch seine Restkostenfinanzierung dazu beigetragen, dass viele Maßnahmen überhaupt durchgeführt werden konnten. Oder, dass sie qualitativ aufgewertet wurden. Es wäre mein Wunsch, dass die Kommunen ihre Verantwortung der Förderung aller Zielgruppen ebenso wie die Agenturen für Arbeit weiter wahrnehmen, die sie meiner Meinung nach haben. Wenn sie es nicht tun, dann glaube ich, begeben sich die Kommunen in eine Abwärtsspirale. Das wird man dann auch auf den Straßen und Plätzen in dieser Stadt irgendwann sehen. Die neue Armut wird sichtbar werden!"



# "Die Situation der Weiterbildungsträger ist absurd!"

Aus einem Interview mit Ilse Knapp-Geiger, Geschäftsführerin des Vereins zur Förderung von Frauenerwerbstätigkeit im Revier e. V. (VFFR), am 12.03.2004

Der VFFR ist ein Beratungs- und Qualifizierungsträger mit 18 festangestellten Mitarbeiterinnen, der sein Angebot ursprünglich nur an Frauen richtete. Durch die veränderten Anforderungen der Agentur für Arbeit ist die Arbeit im VFFR nach Ansicht von Ilse Knapp-Geiger sehr viel anstrengender und unbefriedigender geworden. Sie beschreibt:

- Früher bot der VFFR ein stabiles Programm an Maßnahmen, das stark auf die Bedürfnisse seiner Zielgruppe – Berufsrückkehrinnen und Migrantinnen – ausgerichtet war. Heute müssen die Mitarbeiterinnen viel häufiger ganz plötzlich auf Ausschreibungen und Programme reagieren. Gleichzeitig hat sich die finanzielle Ausstattung verschlechtert, weil die Beträge, die der VFFR pro Teilnehmenden für Maßnahmekosten erstattet bekommt, geringer geworden sind.
- Früher war es sehr befriedigend, zu sehen, wie Frauen sich in den Kursen veränderten und ihr Leben wieder in die Hand nehmen konnten. Das ist heute nicht mehr möglich. Zielgruppenbezogene Arbeit wird nicht mehr gefördert.
- Früher bekam der VFFR die Teilnehmerinnen vor allem durch Mund-zu-Mund-Propaganda. Heute muss er viel Geld für Öffentlichkeitsarbeit ausgeben, damit die Besitzer/innen von Bildungsgutscheinen wissen, dass der VFFR eine Maßnahme startet, die für sie in Frage kommt. Bildungsgutscheine erhält nur eine begrenzte Anzahl an Arbeitslosen von der Agentur für Arbeit.

Die Geschäftsführerin des VFFR hält die veränderten Regelungen und Anforderungen nicht für hilfreich. Sie bezweifelt, dass unter den aktuellen Bedingungen bessere Vermittlungsquoten erreicht werden.

## Bildungsziele und Bildungsgutscheine

Maßnahmen die der beruflichen Bildung dienen, heißen heute "Bildungsziel". Ein

Bildungsziel setzt sich aus einzelnen Bausteinen – sogenannten Modulen – zusammen. Jeder Träger, der sich auf ein Bildungsziel bewirbt, muss alle Module in festgelegter Reihenfolge anbieten. Ein Bildungsziel umfasst zum Beispiel 16 Module. Die einzelnen Teilnehmenden erhalten allerdings häufig für eine geringere Anzahl an Modulen einen Bildungsgutschein. Ein Verzahnen von Bildungsinhalten ist auf Basis dieses Modells nicht mehr möglich. Kaufmännischer Schriftverkehr und EDV werden in aufeinander folgenden Modulen unterrichtet und nicht mehr, wie es pädagogisch sinnvoller wäre, miteinander verzahnt.

Ilse Knapp-Geiger berichtet, dass zurzeit die letzten Maßnahmen im VFFR ablaufen, die nach den bewährten Konzepten aufgebaut sind. Zukünftige Maßnahmen beinhalten zum Beispiel keine EDV-Abschlussprüfung mehr bei der Handwerkskammer. Nicht mehr von der Agentur für Arbeit finanziert werden auch Inhalte wie "Bewerbungstraining" oder "Lernen lernen".

Für ein Bildungsziel werden zum Beispiel pro Quartal insgesamt 20 Bildungsgutscheine von der Agentur für Arbeit vergeben. Die Träger müssen dann warten, ob sie eine ausreichend hohe Anzahl Bildungsgutscheine bekommen. Da es mehrere Anbieter gibt, bleibt es für die Träger lange unklar, ob sie die Maßnahme durchführen können. Der VFFR braucht z. B. beim Bildungsziel "Büroberufe" mindestens elf Bildungsgutscheine, damit die Maßnahme überhaupt durchgeführt werden kann. Da es bis zum geplanten Startzeitpunkt oft unsicher bleibt, ob genügend Gutscheine abgegeben werden, hat der VFFR ebenso wie alle anderen Träger ein gravierendes Problem: Nichts ist mehr planbar.

## Es gab gute Regelungen

Positiv bewertet Ilse Knapp-Geiger die Zeit, in der JobAktiv galt. Arbeitslose je nach Arbeitsmarktnähe in Gruppen zu teilen und ihnen spezifische Bausteine anzu-





VFFR  
Deutsche Str. 10  
44339 Dortmund  
fon:  
0231/ 985 158-0  
eMail:  
info@vffr.de  
Internet:  
www.vffr.de

bieten, hält sie für effektiv. Die Qualifizierungen für Menschen mit relativ großer Arbeitsmarktnähe (z. B. gut ausgebildet, nicht alt und nicht lange arbeitslos) sind entsprechend kurz, die für Menschen mit großer Entfernung zum Arbeitsmarkt entsprechend lang. Die Eingliederungswahrscheinlichkeit nach einer so gestalteten Maßnahme ist hoch – sie liegt bei 75 %. Entsprechend selten kommt ein nachfolgender Bezug von Arbeitslosengeld o. ä. vor. Die kurzen Trainingsmaßnahmen bringen wenig, weil die zur Verfügung stehenden Hilfen nicht so schnell wirken können. Auch Ilse Knapp-Geiger befürchtet, dass Arbeitslose, die beim sogenannten Profiling – der Feststellung der beruflich verwertbaren Fähigkeiten - schlecht abgeschnitten haben, heute kaum noch Chancen auf eine längerfristige Weiterbildung haben.

### **Gute Arbeit wird missachtet**

In Dortmund existiert eine ausdifferenzierte Trägerlandschaft, die durch die neue Praxis der Agentur für Arbeit zerschlagen wird. Große Träger drängen mit Dumpingpreisen die lokalen kleinen vom Markt. Dass geringe Kosten einziges Kriterium für die Vergabe von Maßnahmengeldern sind, empfinden die Träger als Missachtung ihrer Arbeit.

### **Was wird aus dem VFFR?**

Noch geht es dem VFFR gut. Seine Arbeit wird in der Region sehr geschätzt. Dennoch ist der Bereich der Förderung der beruflichen Bildung ein großes Problem. Der VFFR ist mit drei Maßnahmen am Start. Ob sie stattfinden, hängt davon ab, wie viele Bildungsgutscheine zum VFFR kommen. Daran geknüpft ist auch der Personalbestand und die generelle Frage, ob das "Weiterbildungsstandbein" gehalten werden kann. Die anderen Bereiche - z. B. die betrieblich unterstützte Kinderbetreuung (B.u.K.) – tragen sich selbst. Allerdings stellte die Weiterbildung in 2003 mit 60 % des Umsatzes das Kerngeschäft dar.

Ab dem 1. April werden die Bildungsgutscheine für das II. Quartal 2004 vergeben. Die Anzahl der Konkurrenten ist hoch. Die Maßnahmen des VFFR starten am 19.

April. Wer einen Bildungsgutschein erhält, entscheidet die Konferenz der Berater/innen der Agentur für Arbeit Dortmund.

Der VFFR bewirbt sich ausschließlich auf "Bildungsziele" – also Maßnahmen, die er tatsächlich durchführen möchte und für die er sich für kompetent hält. Im Vorfeld der Maßnahmen muss die Teilnehmendenakquisition durchgeführt werden: Öffentlichkeitsarbeit und Beratungsgespräche. Dabei gilt es, den Balanceakt zwischen Akquisitionsaufwand und dem Risiko, die Maßnahme doch nicht durchführen zu können, zu bestehen. Der Vorbereitungsaufwand ist für jede Maßnahme hoch, weshalb der VFFR ihn nicht für viele Maßnahmen betreiben kann.

### **Was wird aus der Klientel?**

*"Die Menschen sind mit dem Umgang mit Bildungsgutscheinen nicht vertraut. Es gibt immer mehr, die merken, dass das System ihnen Nichts bietet."* Zum Beispiel Migrantinnen ohne gute Deutschkenntnisse und Berufsrückkehrerinnen mit langer Unterbrechungszeit – sie sind Personen, die zu weit weg vom Arbeitsmarkt sind, und deshalb keine Bildungsgutscheine erhalten. Sie haben zu geringe aktuelle Qualifikationen oder beherrschen die deutsche Sprache nicht gut genug. Damit gelten sie nicht als "arbeitsmarktnah" und haben auch kein Anrecht auf einen Bildungsgutschein.

Die klassische Berufsrückkehrerin – eine Frau, die nicht arbeiten müsste, aber will – geht mit einer positiven Erwartung zur Agentur für Arbeit. Fraglich ist allerdings, ob sie dort etwas geboten bekommt. Einige Frauen haben keine Chancen mehr! *"Man spürt viel Elend!"* Ilse Knapp-Geiger fallen Frauen in Beratungssituationen ein: *"Die Frauen sind da, sitzen vor mir und ich höre, was sie wollen und ich weiß, sie werden es nicht kriegen! Sie könnten integriert werden, aber der VFFR darf zielgruppengerechte Kurse mit intensivem Bewerbungstraining nicht mehr durchführen. So haben sie keine Chance auf dem schwierigen Arbeitsmarkt."*

# "Für mich ist die Frage, ob die Bedeutung der Qualität im Bildungsbereich irgendwann erkannt wird"

Aus einem Gespräch mit Angelica Erbslöh, Geschäftsführerin des Entwicklungszentrums für berufliche Qualifizierung und Integration GmbH (EWZ), am 17.03.2004

Das EWZ wurde 1985 gegründet und startete als Beschäftigungsträger. In den 90er Jahren entwickelte es sich zu einem reinen Qualifizierungsträger, der sein Angebot insbesondere an Migrantinnen, Aussiedlerinnen und zunehmend auch an Kontingentflüchtlinge aus Weißrussland und der Ukraine richtet. Zudem führt das EWZ seit vielen Jahren Berufsvorbereitungen für benachteiligte Jugendliche durch.

## Die ersten Erfahrungen mit Bildungsgutscheinmaßnahmen

Im April 2003 begann für das EWZ die erste Maßnahme, in die nur Arbeitslose mit einem Bildungsgutschein der Agentur für Arbeit aufgenommen werden durften. Die Umschulungsmaßnahme zur Fleischfachverkäuferin war ausgeschrieben für zwölf Dortmunder und für acht Nicht-Dortmunder Teilnehmerinnen mit Bildungsgutschein. Angelica Erbslöh: "Wir haben dann von Anfang des Jahres an sehr stark gerödelt und auch viel Geld für überregionale Anzeigen ausgegeben, um die acht Bildungsgutscheine der auswärtigen Arbeitsämter zu bekommen. Das war der erste Schlag, als wir merkten, dass kein auswärtiges Arbeitsamt aus dem Tagespendelbereich – Bochum, Castrop, Unna – Bildungsgutscheine für Maßnahmen ausgibt, die außerhalb der eigenen Zuständigkeitsgrenzen stattfinden. So erhielten wir keinen einzigen Bildungsgutschein von Teilnehmenden, die nicht aus Dortmund kamen." Die Mitarbeiter/innen des EWZ forschten bei den zuständigen regionalen Arbeitsämtern nach den Gründen: "Die einen haben gesagt, dass Bildungsziel würde sie nicht interessieren, die anderen haben gesagt, dass sie es nicht machen, weil sie kein Geld haben. (...) Sie würden gar keine Bildungsgutscheine mehr ausgeben, schon gar nicht nach außerhalb. (...) Es war eine Katastrophe. Wir haben die Dortmunder Bildungsgutscheine alle bekommen und wir führen diese Maßnahme durch – mit zwölf

Teilnehmern statt mit 20. Was das finanziell bedeutet, kann man sich ausrechnen. Wir führen die Maßnahme effektiv mit einem monatlichen Minus durch, weil wir mehr ausgeben müssen, um diese zwölf Personen anständig zu schulen, als wir einnehmen. Es muss wirklich guter Unterricht gemacht werden, weil sie einen Kammerabschluss machen. Wir geben für die Dozenten, für Räume und so weiter mehr aus, als wir über die Stundensätze einnehmen. Das ist schon ein großes Problem. (...)

Wir haben uns damals beim örtlichen Arbeitsamt bemüht, ob man diese Regelung nicht etwas aufweichen kann, dass man nicht nur zwölf, sondern vielleicht 15 Dortmunder bekommen kann. Aber das war nicht möglich – diesem Wunsch wurde nicht entsprochen. Mit verschiedensten Begründungen. Es kam dann nach und nach heraus, dass Umschulungsmaßnahmen gar nicht mehr gewünscht sind. Dass lieber die Betriebe ausbilden sollen. Wobei es gerade im Fleischfachverkauf so ist, dass es keine Auszubildenden gibt. Die Berufsschulen fahren Klassen mit fünf, sechs, sieben Jugendlichen und es gibt keine Nachwuchskräfte, die Fleischfachverkäufer werden möchten. Unsere russischsprachigen Teilnehmerinnen sind oft die einzigen, die diesen Beruf ausüben wollen."

## Die Arbeit beim EWZ hat sich verdichtet

"Das Problem ist, dass es Kräfte bindet ohne Ende – diese Kämpfchen zu führen, die Bildungsgutscheine einzusammeln, die Interessentinnen bei der Stange zu halten und parallel die laufenden Maßnahmen durchzuführen, aus denen die sozialpädagogische Betreuung ja völlig raus gestrichen worden ist. Die gibt es nicht mehr. Wir haben aber in der Regel Teilnehmer und Teilnehmerinnen, die es ohne besondere pädagogische Unterstützung nicht schaffen. Sie haben Probleme mit der Familie oder im Umfeld, und sie waren lange aus dem Arbeitsprozess heraus; da ist es ein län-





gerer Weg, sich wieder einzufinden. Und diese vielen Einzelgespräche und motivierenden Maßnahmen, die bekommen wir nicht mehr bezahlt. Unsere Arbeit hat sich sehr verändert und stark verdichtet. (...) Für die Vollzeitmaßnahme 'Verkauf' im Februar haben wir zehn Bildungsgutscheine bekommen – also die Hälfte. 20 gibt es, zehn haben wir bekommen, zehn ein anderer Träger. Mit diesen zehn führen wir den Lehrgang durch. Wir sind da nicht ganz so schlecht dran, wie bei der Fleischfachverkäuferin. Aber es ist auch hier so, dass wir nach Abzug der



Personalkosten und Honorare für die eigenen und die externen Dozenten noch 700,-€ pro Monat für den Rest – Räume, PC, Lehrmaterial und Overhead – haben. Also liegt diese Maßnahme auch im Minusbereich. (...) Wir haben natürlich – das ist auch eine Auswirkung – die Honorarsätze gedrückt. (...) Wir haben sie nicht so weit gedrückt, wie wir es tun müssten. Dann wären manche nicht bereit gewesen, zu

unterrichten, und wir brauchen sie ja. Wir stehen nicht auf dem Standpunkt, dass man jetzt Studenten oder Ungelernte in die Lehrgänge stecken sollte. Wir nehmen weiter unsere qualifizierten Dozenten und Dozentinnen. Ich weiß nicht, was die Arbeitsverwaltung meint, wo man da noch sparen soll. Die eigenen Mitarbeiter wurden schon im Jahr davor herunter gestuft."

### **Der modulare Aufbau von Maßnahmen – vorprogrammierte Monotonie**

"Bei der Organisation und der Durchführung der Lehrgänge kommt erschwerend der modulare Aufbau hinzu. Früher konnten wir den Stundenplan abwechslungsreich gestalten, was die Fächer und die Lehrkräfte betrifft. Das kam unseren Teilnehmern und Teilnehmerinnen entgegen, da die Abwechslung die Aufnahmefähigkeit förderte. Heute wird in einem Modul am Stück Tag für Tag acht Stunden lang ein Thema geschult. Vier Wochen Verkaufstechniken oder Warenkunde, in einer anderen Maßnahme zwei Monate Personalwesen oder fünf Monate Rechnungswesen. Das ist aus unserer Sicht vorprogrammierte Monotonie.

Es ist auch ganz schlecht zu organisieren. Wir haben als Dozentinnen (...) Frauen, die wollen oder können nur an einem Tag in der Woche kommen. Früher waren die Inhalte verzahnt. Eine Dozentin konnte einmal in der Woche kommen und mehrere Monate lang einmal pro Woche Warenverkaufskunde oder Kassentraining geben. Jetzt müssen wir das alles auf einmal machen und müssen andere Dozenten finden. Unsere bewährten, langjährigen Dozentinnen können wir also nicht mehr so viel einsetzen. Und unsere festbeschäftigten Lehrkräfte können wir auch nicht vier Wochen am Stück einsetzen, da sie noch andere Aufgaben haben."

### **Das Prinzip der Bildungsgutscheine**

"Prinzipiell könnte so eine Gutscheingeschichte ganz gut sein. Dass man die Eigenverantwortung der Interessenten, Interessentinnen stärkt und sie sich die Bildungsträger aussuchen können ist gut. Aber die Kontingentierung auf 20 oder weniger ist ein Problem. Die Aufsplitterung auf verschiedene Träger bedeutet, dass dann ein Lehrgang gar nicht läuft oder dass



Träger ihn in Unterzahl fahren, so wie wir ja auch, nur um nicht ganz aus dem Markt zu kommen. Wir könnten natürlich sagen, 'nein, wir führen die Maßnahme nicht durch', dann sind wir aber raus aus dem Markt. Ich hörte von Trägern, die Maßnahmen auch mit drei oder vier Personen durchführen. Nur, um als Anbieter nicht aus dem Markt zu fliegen, den Kontakt nicht zu verlieren. Das ist schon sehr bedenklich. Wenn das ein echter Wettbewerb wäre, ja, aber Wettbewerb ist keine Kontingentierung. Wenn sie hundert Bildungsgutscheine ausgeben würden, dann könnte man Wettbewerb treiben, aber nicht mit 15 oder 20. Das reicht gerade für eine Maßnahme bei einem Träger."

### Wie geht es weiter?

Wie alle Träger weiß auch das EWZ nicht, ob es eine ausreichende Anzahl an Bildungsgutscheinen für die Maßnahmen im nächsten Quartal erhält. Diese Planungsunsicherheit macht der Geschäftsführerin zu schaffen. Angelica Erbslöh: "Wir wissen nicht, worauf wir uns vorbereiten sollen. Sollen wir uns darauf vorbereiten, dass die Maßnahme läuft, oder nicht? (...) Wir sind gerade dabei, uns für das eine oder andere Bildungsziel für das zweite Halbjahr zu bewerben. Wir werden weiter machen. Ich kann heute nicht sagen, was wir in der zweiten Jahreshälfte tun werden. Außer, dass wir jetzt auch unabhängig von der öffentlichen Förderung uns noch stärker andere Felder erschließen müssen. Wenn das mit der Arbeitsagentur so bleibt, (...) dann fahren wir die eine oder andere Maßnahme mit Verlust ... so lange es nicht kippt ..."

Angelica Erbslöh beschreibt, dass bei den bisherigen Ausschreibungen der Bundesagentur für Arbeit ausschließlich große Träger den Zuschlag für die Durchführung von Maßnahmen erhalten haben. "Namen, die wir hier vor Ort noch gar nicht gehört

hatten. (...) Na gut – da sind wir alle herausgefallen. Keines unserer Angebote ist angenommen worden. Die großen Träger (...) führen die Maßnahmen durch. Sie führen sie aber unserer Meinung nach zu einer herabgeminderten Qualität und zu sehr viel geringeren Kosten durch. (...) Für mich ist die Frage, ob die Bedeutung der Qualität im Bildungsbereich irgendwann erkannt wird. Wenn das nicht gewollt ist, dann wird da auch kein Umschwung passieren. Denn ein Angebot wird es immer geben, (...) die Frage ist nur, zu welchem Preis und mit welcher Qualität? (...) Wir werden sicher auch anders arbeiten müssen – so wie es viele Träger schon seit langem tun. Wenige fest Beschäftigte, viele freie Dozenten. Unsere Philosophie war bisher anders. Eher wenig freie und mehr fest Beschäftigte."

### Der Druck erzwingt Disziplin

Frau Erbslöh beobachtet, dass die Teilnehmerinnen Druck durch die Gesetzesänderungen spüren und sich disziplinierter zeigen. Anwesenheit und Pünktlichkeit haben sich verbessert. Die Gefahr eines "Rausschmisses" wird vermieden. Diese stärkere Verbindlichkeit wird im EWZ positiv gewertet. Ansonsten: "Ich weiß nicht, ob unsere Teilnehmerinnen schon realisiert haben, was auf sie zukommt. Insbesondere, wenn sie eine Maßnahme besuchen. Früher hat ein Maßnahmebesuch den Bezug des Arbeitslosengeldes oder der Arbeitslosenhilfe unterbrochen. Jetzt wird sie durch den Lehrgang aufgebraucht. Wenn sie zum Beispiel noch drei Monate Arbeitslosenhilfe erhalten und sind aber sechs Monate in der Maßnahme, dann hört die Unterstützung mitten drin auf. Und wenn sie anschließend nicht sofort einen Arbeitsplatz finden, stehen sie ohne Unterstützung da. Zukünftig wird es sicherlich auch eigentlich an Bildungsmaßnahmen Interessierte geben, die deshalb nicht an ihnen teilnehmen."



EWZ  
Evinger Platz 11  
44339 Dortmund  
fon:  
0231/ 728 484-0  
eMail:  
info@ewz-do.com  
Internet:  
www.ewz-do.com

# "Im Wesentlichen läuft der Kampf im Moment über den Preis"


Aus einem Gespräch mit Herbert Dörmann, Geschäftsführer der Werkstatt im Kreis Unna, am 25.03.2004



Die Werkstatt Unna gibt es seit 21 Jahren. Herbert Dörmann ist seit Beginn dort beschäftigt. Die Funktion des Geschäftsführers übernahm er vor 10 Jahren. Ziel der Werkstatt ist die Integration von besonders benachteiligten Personen in den ersten Arbeitsmarkt. Das Angebot umfasst zum Beispiel Beratung, Feststellung der beruflichen Fähigkeiten und Eignung (Profiling), Vermittlung, Coaching, Qualifizierung, Begleitung im Betrieb, direkte Kooperation mit Betrieben und Beratung von Betrieben für die Qualifizierung der Beschäftigten.

## Angebote auf eine Ausschreibung zwischen 86.000 und 6,5 Mio. Euro

Auf dem Tisch vor Herbert Dörmann liegt eine Absage. Der Bescheid enthält die Information über das geringste Angebot – 86.000,- Euro und das höchste Angebot – 6,5 Mio. Euro. *"Ja, das zeigt so ein bisschen das absurde Theater in dieser Republik. – Also, verändert hat sich die Arbeit. Ich denke, sie ist von unglaublichem Veränderungstempo. Die Beschäftigungs- und Arbeitsmarktpolitik war sowieso relativ veränderungsintensiv, aber das, was wir jetzt da erleben, das ist einmalig in den letzten 20 Jahren. Da werden Strukturen der Bundesagentur verändert, da werden Verfahren verändert, da werden die Laufzeiten von Projekten verändert, da werden konzeptionelle Essentials verändert – Stichwort*



**Bundesagentur für Arbeit**  
Regionaldirektion  
Nordrhein-Westfalen

Regionaldirektion Nordrhein-Westfalen, Postleitzahl 10100, 40301 Düsseldorf

Werkstatt im Kreis Unna GmbH  
Nordring 43  
59423 Unna

(Post)-Verteiler

Dr:	<input checked="" type="checkbox"/>	Schm:	<input type="checkbox"/>	Zur:	<input type="checkbox"/>
Bre:	<input type="checkbox"/>				

Datum: 15. März 2004

D-Z:		Vr:		Wv:	
Br:					
Pl:					

Ihr Zeichen:  
Ihre Nachricht:  
Mein Zeichen: 11d1 - 1700  
(Bei jeder Antwort bitte angeben)

Name: Herr Hellmann  
Durchwahl: 0211 4306 686  
Telefax: 0211 4306 648  
E-Mail: [Nordrhein-Westfalen.11d-Vergabestelle@arbeitsagentur.de](mailto:Nordrhein-Westfalen.11d-Vergabestelle@arbeitsagentur.de)  
Datum: 10. März 2004

Öffentliche Ausschreibung oberhalb des Schwellenwertes 37/03;  
Information gem. § 27 VOL/A  
Hier: Los 66

Sehr geehrte Damen und Herren,

für die Zusendung Ihres Angebotes und die damit verbundene Mühe danke ich Ihnen. Leider konnte Ihr Angebot bei der Vergabe nicht berücksichtigt werden. Ich bitte auch um Verständnis, wenn Ihnen aus Gründen der Vertraulichkeit keine Angaben aus Angeboten anderer Bieter bereitgestellt werden können.

Die näheren Gründe für die Nichtberücksichtigung Ihres Angebotes kann ich nicht bekannt geben, da

- der Zuschlagspreis unter 5.000,- € liegt.
- der Aufforderung zur Angebotsabgabe eine funktionale Leistungsbeschreibung zugrunde gelegen hat.
- Ihr Angebot nach § 25 VOL/A auszuschließen war oder nicht berücksichtigt werden konnte.
- weniger als 8 Angebote eingegangen sind.
- Ihr Angebot konnte aus
 

<input type="checkbox"/> preislichen	<input type="checkbox"/> technischen	<input type="checkbox"/> funktionsbedingten
<input type="checkbox"/> gestalterischen	<input type="checkbox"/> ästhetischen	<input type="checkbox"/> nutzwertermittlungsbedingten (nach UfAB-Formel)

Gründen nicht berücksichtigt werden.

Insgesamt sind 15 Angebote eingegangen.

niedrigster Angebotspreis der geprüften Angebote	86.907 EUR	höchster Angebotspreis der geprüften Angebote	6.565.600 EUR
--	------------	---	---------------

Diese Mitteilung ist gemäß § 27 Nr. 6 VOL/A abschließend.  
Mit freundlichen Grüßen  
Im Auftrag

Modularisierung. Es ist im Grunde alles und zwar gleichzeitig geändert worden. Und dieser Geschwindigkeit stand zu halten, ist wahrscheinlich eines der großen Probleme der Träger und das auch noch wirtschaftlich zu tun. Denn in der Summe ist damit verbunden, dass die Refinanzierung von allen Projekten schlechter geworden ist. Die Problematik heißt, immer schneller, immer kürzere Projekte, mit immer weniger Refinanzierungsmodalitäten. Das führt dazu, dass wir im Moment einen Akquise-Erfolg haben, der bei 1:8 liegt. Das heißt, ich muss acht Projekte anbieten, um noch bei einem zum Zuge zu kommen. Früher war das mal 1:2. Das führt dazu, dass wir zur Zeit für 45 Kolleginnen und Kollegen Kündigungen ausgesprochen haben. (...) Und das führt möglicherweise dazu, dass wir 400 Teilnehmerplätze in diesem Jahr verlieren. Wir reden im Moment über 1.000 Teilnehmerplätze bei der Werkstatt. (...) Wir sind bei allen Ausschreibungspaketen – Vermittlung und Trainingsmaßnahmen – rausgeflogen."

### **Konzernstrukturen bei den Trägern**

"Dahinter steht ja auch die Intention, du gehst weg vom festangestellten Personal. Du kannst dein Personal nicht bezahlen. Das ist ein irrsinniger Druck auf die Mitarbeiterschaft – bundesweit gibt es heftige Diskussionen, die Tarifverträge zu knicken – wenn sie denn überhaupt da sind. Viele Träger zahlen schon gar nicht mehr tariflich. Wir haben es gewerkschaftlich einfach auch nicht hingekriegt, einen bundesweiten Tarifvertrag zu erwirken. So dass wir dann eben auch untereinander (...) schön fröhlich konkurrieren und die Spirale weiter in Gang halten, damit wir selber überleben. (...) Im Wesentlichen läuft der Kampf im Moment über den Preis. Es gibt maßgebliche Tendenzen, dass die bundesweit agierenden Träger sich jetzt zu noch größeren Einheiten zusammenschließen, so dass wir eine Art Konzernstruktur kriegen. Und die Intention der Bundesagentur ist ja ohnehin, sich selber auch wie ein Konzern aufzustellen, nur große Einheiten zuzulassen. Und das passiert dann auf der anderen Seite der Auftragnehmer genau so. In die Knie gehen werden die kleinen regionalen. Das passiert ja schon – die ersten Insolvenzen sind ja bekannt. (...)

Da laufen in diesem Ausschreibungsprozedere Dinge, die glaubt man sowieso nicht.

Da sind bei Trainingsmaßnahmen Bieter zum Zuge gekommen, die bieten günstiger an, als unsere Bietergemeinschaft. Haben aber nichts an örtlicher Infrastruktur vorzuweisen. Und die rufen anschließend, nachdem sie den Zuschlag bekommen haben, bei der Bietergemeinschaft an und fragen, ob man mit ihnen nicht zusammen arbeiten will, weil sie hätten die Werkstätten nicht. (...) Sie müssen ja bei einer Ausschreibung nicht einmal den Nachweis bringen, dass sie an allen Standorten wirklich das Angebot realisieren können. Sie müssen es nur behaupten. (...)

Die Qualität ist ja schon lange nicht mehr entscheidend. Wenn man nach Qualität ginge, dann hätte man einen Wettbewerb um Ideen machen können und wenn man den Preis reduzieren will, hätte man eine Preisvorgabe machen können. Da hätte man sagen können, 'die Unterrichtsstunde (...) ist mir nur vier Euro wert'. Damit hätte ich ja einen Deckel drauf gehabt. Aber jetzt dieser Wettbewerb – das kann nur über Verdrängung laufen. Genau so passiert es – wir haben jetzt solche Effekte, dass Träger, die in den neuen Bundesländern mit Arbeitsamtsgeldern Werkstätten aufgebaut haben, jetzt keine Weiterbildungsmaßnahmen in den neuen Bundesländern mehr kriegen. Die packen ihre Maschinen auf's Auto und bieten hier bei den überregionalen Ausschreibungen an und bauen dann neue Werkstätten auf."

### **Wie weiter für die Träger?**

"Wir müssen überwintern. Das heißt, im Moment ist das für uns sozusagen eine Sicherungsstrategie, die nächsten zwei Jahre zu überstehen. Ich glaube, bis dahin wird es erstens dadurch, dass es viele Träger geben wird, die in die Knie gegangen sind und letztlich auch durch andere politische Aktivitäten hervorgerufen, so viel Widerstand geben, dass sie das nicht durchhalten. Diese Bewegung nach unten wird irgendwann eine Gegenbewegung generieren. (...) 'Worst case'<sup>4</sup> wäre, dass die Träger schließen müssen und nur noch ein paar Konzerne tätig sind. ... Und vielleicht die Teilnehmer dann auch noch zumindest landesweit verschickt werden. (...) Nur, damit erreichst du nicht die Schwachen und Schwächsten. Denn die haben die Mobilität nicht."

<sup>4</sup>"worst case" = schlechtester Fall





## Klare Ausgrenzung der Langzeitarbeitslosen

"In diesem Jahr gibt es vom Arbeitsamt Hamm keine einzige Gruppenumschulungsmaßnahme. Es ist das erste Mal, seit ich Arbeitsmarktpolitik mache, dass das der Fall ist. Die haben also vor dem Hintergrund der veränderten Bedingungen, insbesondere finanziellen Bedingungen alle Gruppenumschulungen eingestellt. Selbst Altenpflegeumschulungen sind auf Null gesetzt worden bei erzielten Integrationsquoten von 90 %. Da kann man doch mal sehen, dass das Argument, wir müssen vermittlungsorientiert arbeiten zwar eines ist, es wirkt aber nicht, wenn dann nicht einmal das Geld für die gut integrativen Maßnahmen zur Verfügung gestellt wird. ... Das heißt, es wird einen 'Creaming the poor-Effekt'<sup>5</sup> zusehens geben und auf der Strecke werden die besonders Benachteiligten bleiben, die ja eigentlich zu vorderst unsere Zielgruppe sind. Das merken wir jetzt schon – klare Ausgrenzung der Langzeitarbeitslosen. Das heißt, die Zahl der Neueintritte in berufliche Weiterbildungsmaßnahmen, die wird bundesweit hochgehalten durch kurzfristige Trainingsmaßnahmen, die lange Umschulungen ersetzen. Und das Ergebnis bei diesen Geschichten ist obendrein, dass die Langzeitarbeitslosen immer weniger in solche Maßnahmen reinkommen, weil die Idee ist, mit kurzen Maßnahmen möglichst viele zu vermitteln. Und das kannst du schon gar nicht, wenn die Leute alle sonst so ein Bündel an Schwierigkeiten mit sich rum tragen. Stichwort: Die kriegen die Pünktlichkeit nicht auf die Kette, sind der deutschen Sprache nicht mächtig, die haben vielleicht auch noch ein Schuldenproblem, was sie auf Grund der Arbeitslosigkeit drückt. So muss man also mehrere Dinge gleichzeitig bearbeiten, bevor man in den ersten Arbeitsmarkt integrieren kann. Das, was da sozial mit verbunden ist, interessiert zusehens niemanden mehr – wenn ich es mal so sagen darf - in der Arbeitsmarktpolitik. Das sollen nach der Lesart tunlichst andere vermitteln. Nur, die anderen gibt es im Moment nicht. Da wird das eine kassiert, bevor das andere da ist."

<sup>5</sup> "Creaming-the-poor-Effekt" meint das "Abschöpfen" der Besten unter den Benachteiligten am Arbeitsmarkt

## Kriminalisierung von Jugendlichen

"Man wird jetzt die Opfer maßgeblich in Täter umdefinieren und sie mit allen zur Verfügung stehenden Instrumentarien versuchen, zu peinigen. Bis dahin, dass man Jugendlichen unter 25 Jahren bei Nichtmitwirkung die Sozialhilfe auf Null setzen kann. Und wenn ich mir unsere Leute angucke, unsere Jugendlichen – ich habe bisher noch keinen Fall, dass es wirklich passiert ist. Aber, wenn sie einem Jugendlichen, weil er zum Beispiel nicht an einer Bildungsmaßnahme teilnimmt, an einer Trainingsmaßnahme, die Sozialhilfe sperren. Da ist mir völlig klar, was da passiert. Und wenn man das in größeren Schlagzahlen denkt, wirkt das nur als Kriminalisierung von Menschen. Wir haben im Moment in NRW die Situation, wo 7 % aller Schüler das allgemeinbildende Schulwesen ohne Abschluss verlassen. Das sind Jugendliche, die werden auch keine Ausbildungsstelle kriegen. In der Regel kumulieren sich bei jungen Leuten die Probleme, Sprache, Kriminalisierung, Schulden, Drogen. Und diesen Personenkreis in modularisierte Quicky-Maßnahmen zu stecken, das wird den Personen nicht gerecht. (...) Die gucken jetzt nur noch auf Quantität – wirkungsorientiert heißt das ja so schön bei der Bundesagentur – und das misst sich nur noch in Vermittlungszahlen. Aber wir reden hier über Menschen. Wenn man das allgemeinbildende Schulwesen so betrachten würde, ja was denn dann für ein 'Hallo' hier in der Republik wäre."

## Typische Klientel

"Wir haben in der Vergangenheit ein typisches Schicksal gehabt, das ist zum Beispiel der Jugendliche, der in der Regelschule auf Grund zum Beispiel von Konflikten mit Lehrern oder Schwierigkeiten im Elternhaus keinen Fuß mehr in die Tür bekommen hat. (...) Das sind Jugendliche, die landen dann, weil sie ja schulpflichtig sind, irgendwo in den Berufskollegs, werden da aufgenommen und gehen da aber nicht hin. Und dann ist es unterschiedlich, ob sie polizeilich vorgeführt werden oder ob man sich um sie nicht kümmert. Im wesentlichen kümmert man sich nicht um sie. Eventuell tauchen sie ein Jahr später dann bei uns auf und haben ein Jahr verloren. (...) Klassische andere Personengruppe sind die der Berufsrückkehrerinnen. Gerade bei Sozialhilfebeziehenden sind es viele, denen eine abge-

schlossene Ausbildung fehlt. (...) Aber abgeschlossene Ausbildung kann man heutzutage über die Bundesagentur nur noch schwer erwerben. Also müssen Kurzzeitschulungen her. Die sind nicht durchgängig zielgerichtet für diese Personengruppen. Allein die Sprachdefizite zu kompensieren im Bereich der Aussiedlerinnen, da reichen kurze Dinge in Kombination mit einer fachlichen Qualifizierung kaum aus.

Der klassische Langzeitarbeitslose ist nicht nur zwei Jahre arbeitslos und deutlich über 45. Das sind Menschen, wenn man die nicht vernünftig unterstützt, dann haben die keine Chance. Wer auf 50 zugeht sowieso nicht mehr - in dieser Arbeitswelt. (...) Die die formalen persönlichen Voraussetzungen nicht erfüllen werden einfach gnadenlos heraus geschmissen. Man kann absehen, wie sich der Anteil der Langzeitarbeitslosen an den Maßnahmen weiterentwickelt. Und wenn ich mich recht erinnere, war er bis zum Ende des Jahres schon um 23 % gefallen."

#### **Hartz IV und die Betroffenen**

"Die Leute, die jetzt noch Arbeitslosengeld beziehen, die werden ja jetzt in kürzester Zeit in die Arbeitslosenhilfe, und damit in die Höhe der Sozialhilfe rutschen. Ich glaube, das wird zu einer deutlichen Verarmung führen – nicht nur der unmittelbar Betroffenen, sondern auch ihrer Familien. Da hängen ja schon alleine unglaublich viele Kinder hinten dran. Das wird dazu führen,

das die Sozialisationsbedingungen der nachwachsenden Generation in diesen Familien sich weiter verschlechtern. Und wir wissen ja, dass Lernleistung in Familien auch davon abhängig ist, wie der soziale Status und die materielle Situation von Eltern sich darstellt. Aus meiner Sicht wird das auf lange Sicht fatale Folgen haben, für die Eltern und für die Kinder. Und die Kinder, das werden dann die Personen sein, die in fünf oder acht Jahren dann wieder in einer neu aufzubauenden Institution betreut werden."

#### **Die Kommune muss verstehen und die Menschen im Blick behalten**

"Ich glaube, die Kommunalpolitik ist im Moment heftigst überfordert, weil sie gar nicht mehr nachvollziehen kann, was hier passiert – da gibt es nur noch einige, die das überhaupt noch verstehen können. Ich würde mir wünschen, dass die vor allem den Blick für die Menschen vor Ort – die Arbeitslosen und die Langzeitarbeitslosen und auch gerade für die Jugendlichen nicht verlieren. Weil ich glaube, wenn sie davon ausgehen, dass Hartz das alles schon richten wird, werden sie sich irgendwann die Augen reiben. (...) Und ich glaube, es muss wieder eine Diskussion über Moral und Werte erfolgen. Und nicht nur eine über Geld und Globalisierung. Und ich denke, es muss wieder deutlich werden, dass die Wirtschaft im Grunde eine Funktion für die Menschen hat und nicht umgekehrt."



Werkstatt Unna  
GmbH  
Nordring 43  
59423 Unna  
fon: 02303/ 280 50  
eMail: zentral@  
werkstatt-unna.de  
Internet:  
www.werkstatt-  
im-kreis-unna.de

# "In Dortmund wird es in einigen Jahren Slums geben"

Aus einem Gespräch mit Andreas Gora, Geschäftsführer der Arbeiterwohlfahrt Dortmund, am 24.03.2004



Andreas Gora ist als Geschäftsführer der AWO Dortmund in einer Arbeitgeberrolle. Er weiß, dass damit auch unangenehme Entscheidungen verbunden sind. Erleichtert wurde ihm die Arbeit durch eine ausgeprägte Mitbestimmungskultur, wie sie in einem klassischen Betrieb nicht üblich ist. Er erzählt, dass auf Grund des Kostendrucks die für die AWO geltenden Tarifverträge gekündigt werden mussten und bedauert sehr, dass es dabei – trotz der guten Kooperationen vor Ort – zu schwierigen Auseinandersetzungen mit den Mitarbeiter/innen und den Gewerkschaften gekommen ist. Dass Gewerkschaftsmitglieder damals vor dem Gebäude der AWO streikten, empört ihn. Sie sollten doch auch dort streiken, wo schon lange keine Tarifentgelte mehr bezahlt werden – zum Beispiel bei den privaten Anbietern, die die Preise kaputt machen. Andreas Gora: *"Wenn die Gewerkschaften von mir verlangen, ich soll die Tarife einhalten, dann erwarte ich auch, dass gleiche Standards geschaffen werden. Damit letztendlich über die Frage der Qualität entschieden wird."*

## Regionale Netze werden zerschlagen ...

Druck entsteht aber auch durch die Auswirkungen von Agenda 2010 und insbesondere durch die Hartz-Gesetze: *"Das Problem, das wir haben ist, dass wir über viele lange Jahre gepflegte Arbeit zu Bruch gehen sehen. Es ist in Dortmund so, dass wir in Netzen zusammenarbeiten. Es gibt eine Vielzahl an Maßnahmen, die wir durchführen, wo wir aber darauf angewiesen sind, mit anderen zusammen zu arbeiten. Bis dahin, dass wir eine ganze Reihe an Maßnahmen mit anderen teilen. Zum Beispiel hat die dobeq Assessments<sup>6</sup> in Auftrag gegeben. Sich in so ein Thema einzuarbeiten, erfordert einen hohen Investitionsaufwand. Wenn andere diese spezialisierten Aufgaben übernehmen können,*

*spart das Geld. Das heißt, es gibt in Dortmund ein Netzwerk von einer Vielzahl an Trägern, die eine hohe Produktivität haben und sich zusammengeschlossen haben. Sie tragen eine lokale Verantwortung für die Verhältnisse in unserer Stadt. Hartz zerschlägt diese Strukturen."*

## ... und regionale Kompetenzen entlassen

Andreas Gora führt aus, dass regionales Erfahrungswissen nicht zum Zuge kommt, weil überregionale Träger den Zuschlag für die Durchführung von Maßnahmen der Agentur für Arbeit in Dortmund erhalten. Aus Kostengründen. Seitdem ist die Qualität gesunken. Die ansässigen Träger müssen entlassen, die Kompetenz vor Ort geht verloren, die Leute gehen in Arbeitslosigkeit. *"Das halte ich für das größte Drama von Hartz und das passiert nicht nur hier in Dortmund! Dieser Prozess findet bundesweit statt. Das würde sich ein Arbeitgeber nicht leisten – 'ich entlasse meine guten Leute' – das macht kein Mensch. Jemand, der nur im Ansatz mit einer langfristigen Perspektive denkt und sagt, wirtschaftlicher Erfolg ist der Erfolg, der nachhaltig wirkt, und nicht kurzfristig, der wird das nicht tun. Deutschland leistet sich das. Das ist ein Skandal. Und die Reaktionen vor Ort sind so, dass sehr viele Menschen realisieren, was passiert, und sehr viele auch versuchen, es zu verhindern. Aber im Grunde genommen gibt es - trotz mittlerweile guter Organisation - die Einsicht, dass wir als "Lokale" nicht in der Lage sind, uns gegenüber den Verantwortlichen zu artikulieren. Selbst wenn wir uns hier insgesamt aufstellen würden, vom Oberbürgermeister bis hin zum ... Portier, selbst dann würde es nicht gelingen, Wesentliches zu bewegen. Und wir sind auch nicht in der Lage, das, was hier stattfindet, zu vermitteln."* Deshalb befürchtet Gora, dass spätestens Ende des Jahres die kommunale Trägerlandschaft mit großer Dynamik unter Druck gerät. Eine ähnliche Situation

<sup>6</sup> Ein Assessment ist ein komplexes mehrstufiges Auswahlverfahren von Bewerber/innen.

sieht er im Bereich der Behindertenwerkstätten. Dort versucht sich die Agentur für Arbeit gerade aus der Finanzierung herauszuziehen. Sie argumentiert damit, dass sie Kundengelder verwaltet und deshalb keine sozialen Leistungen zahlen muss.

### **Hartz ist ein exzellentes Vermittlungsinstrument – es gibt nur keine Arbeitsplätze**

Insgesamt werden die Folgen aufgrund des Rückzugs der Bundesagentur für Arbeit aus der Finanzierung von Qualifizierungs- und Beschäftigungsmaßnahmen dramatisch sein. Die gesamte Hartz-Reform bewertet Gora als exzellentes Vermittlungsinstrument. Aber es gibt keine Stellen. Dass die Leute in Arbeit gezwungen werden – z. B. über die Zumutbarkeitsregelung - führt maximal zu einer Verdrängung. *"Das heißt, billige Kräfte stürmen den Arbeitsmarkt und vertreiben teure."* Er glaubt, dass die Regierung die Gesetzesänderungen vor dem Hintergrund eines konjunkturellen Aufschwungs gesehen hat. *"Ich glaube, das eigentliche Problem ist, dass dieser Ansatz verkehrt ist, zu sagen, Konjunktur schafft Arbeit. Selbst wenn diese Konjunktur kommt, wird sie keine Arbeit schaffen, weil der Arbeitsplatzabbau im Bundesgebiet auch in Zeiten der Hochkonjunktur stattgefunden hat. Wir haben einfach einen Rationalisierungsprozess, der zu einem Abbau von Arbeitsplätzen führt. (...) Aber das ist ein Prozess, der ist ja nicht neu. Das ist ja schon lange so. Konsequenz wäre gewesen, wenn eines der Module von Hartz gewesen wäre, sich mit der Frage des zweiten Arbeitsmarktes zu befassen. Einer dauerhaften Nutzung des zweiten Arbeitsmarktes. Genau das haben die aber nicht gemacht. Diese Menschen werden mit Sicherheit nicht auf Arbeitsplätze kommen, weil es keine Arbeitsplätze gibt. Da zu sagen, ich schmeiße die einfach aus der sozialen Sicherung, das geht nicht. Der Anteil an Menschen, die aus dem ersten Arbeitsmarkt herausfallen, wird immer größer und gleichzeitig wird für diese Menschen nichts getan."*

### **In Zukunft haben wir Slums in Dortmund ...**

In zwei, drei Jahren wird die AWO noch mehr bezahlte Dienstleistungen als heute

anbieten. Auf Grund der finanziellen Situation der Kommunen wird nur noch das finanziert werden, wozu die Kommunen gesetzlich verpflichtet sind. Zusätzliche Angebote werden auf Dauer nicht mehr stattfinden: Jugendzentren, Erziehungsberatung, Streetworker etc. *"Was übrig bleibt sind die harten, maßnahmebezogenen Hilfen. Wenn es keine Erziehungsberatung mehr gibt, für Eltern, die Bedarf an Erziehungshilfen haben, dann bleibt eben irgendwann nur noch die stationäre Erziehung – die wird dann wieder bezahlt. Dieser Prozess findet bei den Krankenkassen ja auch statt. Bisher haben wir das immer aufhalten können. Wir haben gesagt, investiert in Prophylaxe – nur jetzt ... Heute wird entschieden über die Frage: Was kann ich mir leisten? Die Budgets für soziale Maßnahmen sind eingefroren. Die Kosten steigen aber. Wenn nicht jetzt in diesem Bereich investiert wird, wird in der Zukunft der Anteil an Gruppen, die außerhalb des Systems stehen, wachsen. Das wird eintreten. In Dortmund wird es in einigen Jahren Slums geben. Es werden Verhältnisse wie in den USA kommen."*

### **...wenn die kommunale Politik nicht dagegen steuert**

Nach Goras Erfahrung sagen viele Politiker, dass sie nichts ändern können, weil sie eigentlich nicht dafür verantwortlich sind. Sie kümmern sich nur noch um das, was in den engen eigenen Zuständigkeitsbereich fällt, hält er auch für ein allgemeines gesellschaftliches Problem. Das hat zur Folge, dass kaum noch Verantwortung übernommen wird, es an Rückgrat fehlt. An die kommunale Politik stellt Gora die Forderung, dass sie diese Ausgrenzung nicht zulassen und Verantwortung übernehmen soll. *"Sie müssen gegen diese Politik mobilisieren! Die Leute merken, ob Verantwortung übernommen wird, ob die Probleme ernst genommen werden. Kommune muss sich so definieren – dass sie Verantwortung dafür übernimmt, was sie tut. Wenn das passieren würde, wäre es ein Prozess mit hoher Qualität. Dann hätte man eine Chance, Menschen zu aktivieren, damit dabei auch etwas herauskommt. Auch wenn man nicht alles ändern kann, aber vielleicht ein paar entscheidende Akzente."*



AWO Dortmund  
Klosterstr. 8-10  
44135 Dortmund  
fon: 0231/ 99 34-0  
eMail: info@  
awo-dortmund.de  
Internet: www.  
awo-dortmund.de

# "Die Auswirkungen von Hartz werden bis tief in die bürgerlichen Schichten gehen"

Aus einem Gespräch mit Heiko Holtgrave, Mitglied im Vorstand Akoplan e. V., am 09.03.2004



Akoplan ist ein politisch aktiver Verein, in dessen Interessenmittelpunkt Fragen der Stadtentwicklung stehen. Heiko Holtgrave ist eines der langjährigen Mitglieder des Vereins und zurzeit Vorstandsvorsitzender mit dem Arbeitsschwerpunkt Beschäftigungspolitik. Der Verein befasst sich zudem mit Themen wie soziale Benachteiligung und ist Bestandteil einschlägiger Netzwerke vornehmlich auf lokaler Ebene, z. B. des Sozialforums Dortmund.

Akoplan hat die Stadtentwicklung in Dortmund seit Beginn der 80er Jahre kritisch begleitet. Projekte wurden insbesondere daran gemessen, ob sie ökologisch verträglich sind und ob sie den kulturellen und sozialen Interessen der Bürger/innen gerecht werden. Im Hintergrund steht nicht zuletzt die Frage, ob Stadtentwicklung und auch beispielsweise Beschäftigungspolitik dazu beitragen, soziale Gerechtigkeit herzustellen. Der Verein versteht sich als Ideen- und Konzeptküche für Bürgerinitiativen und nahe stehende Parteien, der sich selbst aber nur punktuell direkt einmischt. Die aktuellen Entwicklungen sind jedoch so bedrückend, dass Akoplan beim Bekanntwerden erster Entwürfe für Hartz III und Hartz IV aktiv wurde.

Die Bundesregierung hat sich nach der Auffassung von Heiko Holtgrave von der sozialen Gerechtigkeit verabschiedet. Der Politikschwenk von Rot-Grün seit 2000 in Richtung mehr Eigenverantwortung und schlanker Staat entspricht einem Paradigmenwechsel. Mit dem Rückbau der sozialen Sicherungssysteme übernimmt die Regierung seiner Einschätzung nach eine Aufgabe, an der alle früheren Regierungen gescheitert sind. Die Agenda 2010 betrachtet der Verein mit Skepsis. Sie hat nicht zuletzt massive Konsequenzen für die Stadtentwicklung. Ein Beispiel: Der Kaufkraftverlust durch die Zusammenlegung von Arbeitslosengeld und Sozialhilfe zum Arbeitslosengeld II (ALG II) und die damit einhergehende Verarmung.

## **Durch ALG II entsteht in Dortmund ein Kaufkraftverlust von mehr als 50 Mio. Euro**

Die Leistungssätze beim ALG II sind deutlich niedriger als bei der Arbeitslosenhilfe; zugleich werden andere Einkünfte, z. B. Partnereinkommen, erheblich schärfer angerechnet. Wird die Arbeitslosenhilfe wie beschlossen abgeschafft, dann verringert sich das Volumen der Unterstützungsleistungen an die betreffenden Haushalte um gut ein Drittel. Etliche werden ganz aus dem Leistungsbezug fallen – bis zu 7.800 von insgesamt 20.000 Dortmunder/innen, die derzeit noch Arbeitslosenhilfe beziehen. Nur eine kleine Gruppe wird vielleicht etwas mehr Geld erhalten als bisher. Das alles hat Konsequenzen für die Stadt: Die Verkürzung der Bezugsdauer für Arbeitslosengeld mit eingerechnet entsteht ein Kaufkraftverlust von 50 bis 75 Millionen Euro pro Jahr.

## **Auch viele Bürgerliche werden tief sinken**

Welche Auswirkungen bereits heute mit den Reformen der Arbeitsmarktpolitik verbunden sind, beschreibt Heiko Holtgrave mit Beispielen aus seiner unmittelbaren Umgebung:

- Einer Kollegin, deren Mutter gerade gestorben ist, steht ein Teil des elterlichen Erbes zu. Ihr Arbeitslosengeld-Anspruch ist erschöpft. Um Arbeitslosenhilfe zu erhalten, müsste sie zunächst ihre Vermögensverhältnisse ordnen und dann gegenüber der Arbeitsverwaltung darlegen. Das Vermögen einer Person hat schließlich erheblichen Einfluss auf die Höhe der Arbeitslosenhilfe. Die Kollegin ist derzeit aber nicht im Stande, die Aufteilung des Erbes zu regeln, weil der Verlust der Mutter sie nach wie vor sehr belastet. Verständnis vom Arbeitsamt kann sie dafür nicht erwarten. Deshalb verzichtet sie bislang auf das Beantragen der Arbeitslosenhilfe und jobt stattdes-



sen – nimmt alles mögliche an, was sie bekommen kann. Wie lange sie das durchhält, ist für Heiko Holtgrave fraglich.

- Eine andere Bekannte bekommt Arbeitslosenhilfe und hatte sich wiederholt um eine Maßnahme zur Förderung der beruflichen Weiterbildung beworben, sie aber nicht bekommen. Offenkundig nur, weil ihre Vermittlungsaussichten als zu gering eingestuft werden. Heiko Holtgrave hält sie für äußerst qualifiziert, aber der Markt für ihren Beruf ist wie leergefegt. Aus lauter Verlegenheit will sie sich nun um eine schlecht bezahlte Halbjahres-ABM bemühen. Sie möchte in jedem Fall vermeiden, in den Bezug von ALG II zu kommen.

Beide Frauen sind Raumplanerinnen. Beide verbringen eine beträchtliche Zeit mit dem Schreiben von Bewerbungen, weil die Agentur für Arbeit Dortmund sie dazu auffordert. Sie bekommen die gleichen Arbeitgeberadressen – genau so, wie auch alle anderen ihm bekannten arbeitslosen Raumplaner. Die Arbeitgeber erhalten auf diese Weise auf jede ausgeschriebene Stelle Hunderte von Bewerbungen. Es müssen sich aber alle bewerben, weil ihnen ansonsten Sperrzeiten drohen.

Mit den schematischen Aufforderungen zur Bewerbung werden die Arbeitslosen nach Ansicht von Heiko Holtgrave unnötig schikaniert. Er nennt solche Maßnahmen daher auch schlicht "Quälmaßnahmen". Er hält es für Quatsch, dass Kollegen gezwungen werden, sich innerhalb kürzester Zeit auf drei unterschiedliche Stellen bei der gleichen Kommune zu bewerben. In jeder Bewerbung werden spezifische Qualifikationen herausgestellt, die die besondere Befähigung zum Erfüllen der Anforderungen für die jeweilige Stelle betonen. Da macht es keinen Sinn ein paar Wochen später bei ein und dem selben Arbeitgeber mit ganz anderen Fähigkeiten angelaufen zu kommen. Das untergräbt die Glaubwürdigkeit, die Bewerbungen haben kaum eine Chance. – Andere Arbeitslose werden nach Kenntnis von Heiko Holtgrave systematisch in die Ich-AG oder Existenzgründung getrieben. Auch das hält er für keine seriöse Vermittlungstätigkeit. Da Langzeitarbeitslosigkeit jeden treffen kann, glaubt er: "Die Auswirkungen von Hartz werden bis tief in die bürgerlichen

Schichten wirken. Für manch einen wird es ein böses Erwachen geben. Doch die meisten sind sich der neuen Risiken nicht bewusst; trennen die sogenannten Reformen noch von ihrem Leben. Als hätten sie nichts mit ihnen zu tun. Sie sehen nicht die Maschinerie des sozialen Abstiegs, in die auch sie dank Hartz IV geraten können."

### Qualifizierungs- und Beschäftigungsträger stehen in Dortmund unter Druck

Akoplan gehört zu den Gründern des ISB. In vielen Städten existieren kommunal dominierte einzelne große Träger. In Dortmund gibt es stattdessen eine große

AKOPLAN



Vielfalt an Qualifizierungs- und Beschäftigungsträgern. Diese Träger stehen nach Meinung von Heiko Holtgrave vor der größten Krise ihrer Geschichte, seit die Bundesagentur für Arbeit ihre "Einkaufspolitik" geändert hat. Bisher bewährte Prinzipien dezentraler Arbeitsmarktpolitik



AKOPLAN e. V.  
Huckarder Str.  
8 – 12  
44147 Dortmund  
fon: 0231/ 521 980  
eMail:  
info@akoplan.de  
Internet:  
www.akoplan.de

werden aufgegeben: Es gibt keine speziellen Maßnahmen für einzelne Zielgruppen mehr (zum Beispiel Berufsrückkehrerinnen, Langzeitarbeitslose) und die Maßnahmen werden auch nicht mehr lokal vergeben, sondern an den preisgünstigsten Träger – egal woher er kommt. Heiko Holtgrave beobachtet, dass sich ortsgebundene Träger – erst recht diejenigen, die sich mit einem Stadtteil verbunden haben – kaum noch halten können. Die Konkurrenz der Überregionalen ist zu groß.

Im Bereich der Beschäftigungsmaßnahmen hat es in den letzten Jahren einen erheblichen Rückgang an Mitteln und Instrumenten gegeben. Von der Agentur für Arbeit bzw. der Bundesregierung wird dies laut Heiko Holtgrave vorzugsweise damit begründet, dass die Instrumente sich als nicht tauglich erwiesen hätten. Da nur noch der Vermittlungserfolg zählt, gerieten z. B. Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) und Maßnahmen zur Fortbildung und Umschulung (FuU) immer mehr in Misskredit. Ergebnis ist, dass heute Personen mit besonderen Vermittlungsproblemen, denen früher durch diese Maßnahmen zumindest eine zeitlich befristete Perspektive und eine neue Chance gegeben wurde, kaum noch etwas angeboten werden kann.

Die neue Arbeitsmarktpolitik führt auch bei den Trägern zu Veränderungen. Ihre Möglichkeiten werden nicht mehr optimal genutzt und sie sind gezwungen, sich der neuen Förderpolitik anzupassen, um selbst zu überleben. Damit setzen sich zunehmend Managerfähigkeiten durch, sozialarbeiterische Ansätze gehen verloren.

## Ein Appell an die Verantwortung der Stadt

Heiko Holtgrave wünscht sich, dass die Kommunalpolitik in Dortmund sich verantwortungsvoll verhielte und nicht nur strukturpolitisch agiert. Es wäre ihre Pflicht, auf die Gefahren durch Hartz IV aufmerksam zu machen. *"Andere Kommunen haben Transparente über die Autobahn gespannt."* Ein Aufruf zu einer breiten Demonstration um Kommunalfinanzen und private Armut – das wäre in seinen Augen eine vernünftige Antwort der Stadtspitze auf die rot-grünen Gesetzesvorhaben gewesen. *"Nichtsdergleichen kam. Stattdessen ständiges Freudestrahlen beim Oberbürgermeister – wegen der Millionen für Phoenix-Ost und Phoenix-West. Da wird Geld ohne Ende reingepumpt. Auch die Förderer verbinden sich ganz offensichtlich lieber mit dem 'vordergründigen' Erfolg, als mit den Mühen der kleinen Fortschritte. Aber die kommunale Spitze kommt um die Verantwortung für die zunehmenden Armutsrisiken nicht herum. 25.000 Haushalte sind immerhin 9 % aller Haushalte in Dortmund. Gerade, wenn man Grundlegendes an der Agenda 2010 nicht mehr ändern kann, muss die Stadtspitze sich auf neue Gegebenheiten einstellen. Wie kriegen die Leute was zu füttern? Das ist nicht nur eine Frage für karitative Einrichtungen! Auch die Teilhabe am öffentlichen und kulturellen Leben muss gewährleistet sein."* Vor dem Hintergrund der neuen Situation müsse die Stadt alle Ausgaben überprüfen. *"Auch noch einmal das neue Bahnprojekt, 3do genannt. 150 Mio. DM öffentliche Zuschüsse für die Erschließung von 3do und die Privatinvestoren erwarten eine Rendite von 10 %! Das passt nicht zusammen, schon gar nicht in jetzigen Zeiten."*

# Kooperationsstelle Wissenschaft-Arbeitswelt

**Ziele** | Vermittlung zwischen Wissenschaft und Arbeitswelt (Hochschulen, Forschungs-, Beratungs-, Weiterbildungseinrichtungen, Betriebsräte, Gewerkschaften) | Zusammenführung von wissenschaftlichem und praktischem Wissen | Organisieren der Zusammenarbeit |

**Angebote** | Informationen durch Schriften, über das Internet, durch Vorträge und Gespräche | Austausch von Erfahrungen durch Gesprächskreise, Podiumsdiskussionen und Tagungen | Vermittlung von Wissen durch Seminare und Workshops | Kooperationen in arbeitsbezogenen Projekten | Vernetzung in Arbeitskreisen und Kooperationsverbänden

**Themen** | Regionale Strukturpolitik | Arbeitsgestaltung in neuen Branchen | Betriebsklima |

**[www.werkstadt-dortmund.de](http://www.werkstadt-dortmund.de)** | Diskussionen über aktuelle Entwicklungen in Wissenschaft und Arbeitswelt | Informationen über Gewerkschaften, Initiativen und Aktionen | Tipps rund um das Thema Arbeit |

**Förderung** | Die Kooperationsstelle wird gefördert vom „Verein zur Förderung der Kooperation zwischen Wissenschaft und Arbeitswelt in NRW e.V.“ Mitglieder des Vereins sind Gewerkschaften, Hochschulen, wissenschaftliche und andere Einrichtungen der Region sowie Einzelpersonen.



Kooperationsstelle  
Wissenschaft - Arbeitswelt  
im Landesinstitut  
Sozialforschungsstelle  
Dortmund

Evinger Platz 15 · 44339 Dortmund  
Tel.: (02 31) 85 96-140  
Fax.: (02 31) 85 96-144  
E-Mail: [kowa@sfs-dortmund.de](mailto:kowa@sfs-dortmund.de)  
[www.kowa-dortmund.de](http://www.kowa-dortmund.de)  
[www.werkstadt-dortmund.de](http://www.werkstadt-dortmund.de)